

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 6. Juli 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: halbjährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., einschließlich 20 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsblätter mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Betriebsstellenliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepolte Kolonietabelle oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 50 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pfg. (zweifache 2-fache Wort), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Im Zeichen des Imperialismus.

Der soeben erschienene halbamtliche „Nauticus“, dessen Aufgabe es ist, den imperialistischen Wahnsinn in Deutschland immer mehr zu entfachen und das ehemalige Volk der Dichter und Denker in immer tollere Kriegsrüstungen hineinzutreiben, bringt gleichwohl in seinen Tabellen das wertvollste Material zur Bekämpfung des imperialistischen Rüstungsstauens. So ist z. B. folgende Tabelle sehr interessant:

	Ausgaben 1912 M.	Ausgaben 1911 M.
England	1 467 682 000	1 452 483 000
Rußland	1 417 634 000	1 285 328 000
Deutschland	1 409 808 000	1 259 029 000
Vereinigte Staaten	1 181 651 000	1 094 020 000
Frankreich	1 075 022 000	1 052 111 000

Diese Zahlen beweisen, daß von den fünf großen Militär- und Flottenmächten, die zurzeit in Betracht kommen, kein Staat seine Rüstungsausgaben in einem solchen Maße vermehrt hat, wie Deutschland. Nicht einmal Rußland, das nach der gänzlichen Vernichtung seiner Kriegsflotte im russisch-japanischen Kriege jetzt verzweifelte Anstrengungen macht, seine Kriegsflotte wiederherzustellen, vermag in der prozentualen Steigerung der Rüstungsausgaben mit Deutschland gleichen Schritt zu halten! Noch viel gewaltiger ist bei allen übrigen Staaten der Abstand in dem Tempo des Werrüstens, bei dem Deutschland mit vielen Pferdelängen den Sieg davonträgt.

Aber dies Bild wird für Deutschland noch weit ungünstiger, wenn man die Rüstungsausgaben des Jahres 1912 nicht nur mit denen des Jahres 1911 vergleicht, sondern zum Vergleich bis zu dem Jahre 1900 zurückgeht. Dann zeigt sich (die Zahlen für das im Jahre 1900 entnommen wir dem „Nauticus“ für das Jahr 1909) folgendes interessante Bild:

	1912	1900
England	1467 Millionen	1144 Millionen
Rußland	1417	907
Deutschland	1409	813
Verein. Staaten	1181	875
Frankreich	1075	885

Diese Vergleichsziffern beweisen erst recht, daß Deutschlands Rüstungssteigerungen diejenigen aller anderen Staaten in geradezu ungeheurer Weise überholt haben. Während z. B. Frankreich seine Rüstungsausgaben in den letzten zwölf Jahren nur um 240 Millionen, und England nur um 323 Millionen vermehrt hat, hat Deutschland die Kosten seiner Kriegsrüstungen in demselben Zeitraum um 596 Millionen gesteigert! Was um so mehr heißen will, als Deutschlands Rüstungsausgaben im Jahre 1900 niedriger waren als die Frankreichs und Englands. Nicht einmal das weltpolitischen Abenteuerer größten Stils nachjagende Kaiserreich Rußland hat mit Deutschlands Werrüstens gleiches Tempo einzuhalten vermocht.

Ein ganz erheblicher Teil der deutschen Rüstungsausgaben entfällt auf die Flotte. Der „Nauticus“ für 1912 gibt dafür folgende Vergleichsziffern:

	1903	1912
England	728,4 Millionen	899,8 Millionen
Deutschland	212,6	461,9
Verein. Staaten	494,7	529,9
Frankreich	248,7	338,6
Rußland	246,1	349,9

Auch diese Zahlen beweisen wieder, daß keine andere Macht ihre Flotte auch nur in annähernd demselben Tempo verstärkt hat, wie Deutschland. Dabei tritt Deutschlands Rüstungsieber erst recht hervor, wenn wir auch hier wiederum bis zum Jahre 1900 zurückgehen wollten, wo Deutschlands Ausgaben für die Flotte nach dem „Nauticus“ für 1900 nur 157 Millionen betragen, also nur den dritten Teil dessen, was das deutsche Volk heute für seine „herrliche Kriegsflotte“ ausgeben hat. Der Erfolg ist denn auch ein derartiger, daß selbst unsere Flottenferge darauf stolz sein können. Ein Stärkevergleich der acht größten Seemächte nach dem Bestande am 15. Mai 1912 ergibt nach dem „Nauticus“ folgenden Kriegsschiffbesitz:

	Linien- schiffe		Panzer- kreuzer		Fertige Groß- Kampfschiffe
	Fertig im Bau	Gesamt- Deplacem- ent Zo.	Fertig im Bau	Gesamt- Deplacem- ent Zo.	
England	62	1 294 170	30	632 640	19
Vereinigte Staaten	31	620 770	15	180 540	6
Deutschland	30	655 970	11	229 990	10
Frankreich	22	475 750	22	214 000	6
Japan	16	278 080	13	251 680	4
Rußland	12	817 800	6	64 950	2
Italien	14	355 830	10	81 120	1
Oesterreich-Ungarn	12	202 600	3	18 870	—

Danach ist jetzt Deutschland unbestritten nach England die weitaus stärkste Seekriegsmacht. Einzig England besitzt

ihm gegenüber noch eine erhebliche Ueberlegenheit, die aber schon deshalb sehr in Frage steht, weil ja Englands Flotte auf dem ganzen Erdball verteilt ist, während Deutschland in der Lage ist, seine Kriegsschiffe in der Nord- und Ostsee konzentrieren zu können. Frankreich dagegen ist bereits weit in den Hintergrund gestellt. Sein Deplacement an Linien Schiffen und Panzerkreuzern beläuft sich nur auf 690 000 Tonnen, während das Deplacement der deutschen Kriegsschiffe dieser beiden Klassen 885 000 Tonnen beträgt. Dabei war Fürst Bismarck noch Ende der achtziger Jahre der Ansicht, daß es ganz ausgeschlossen und auch völlig unmöglich sei, daß Deutschland jemals in bezug auf Flottenstärke Frankreich ebenbürtig werden könne!

Will man aber die Ausgaben, die die einzelnen Großmächte für Rüstungszwecke machen, insbesondere für Marinezwecke, objektiv mit einander vergleichen, so muß man vor allen Dingen in Betracht ziehen, welche dieser verschiedenen Staaten als Kolonialmächte in Betracht kommen. Denn das Flottenrücken selbst hat ja vom kapitalistischen Standpunkt aus nur dann einen Sinn, wenn sich die starke Flotte mit dem Hinweis auf den eventuell zu verteidigenden Kolonialbesitz motivieren läßt. Vergleichen wir so die Ausgaben der verschiedenen Mächte mit der Größe der unter Umständen zu verteidigenden Kolonien, so ergibt sich folgendes:

	Ausgaben 1912	Bevölkerung der Kolonien
England	1467,6 Millionen	372,8 Millionen
Rußland	1417,6	60,0
Deutschland	1409,8	12,4
Verein. Staaten	1181,6	9,4
Frankreich	1075,0	52,3

Deutschland besitzt also, von Amerika abgesehen, die unbedeutendsten Kolonien, dabei aber die zweitstärkste Flotte. Amerika kann aber schon deshalb nicht in Betracht gezogen werden, weil seine Flottenrüstungen bedingt werden einmal durch den Besitz der Philippinen, wie überhaupt seine gesamten ostasiatischen Interessen, bei denen ein Konflikt mit Japan in ziemlich sicherer Aussicht zu stehen scheint, zum anderen aber durch den Grundsatz der Monroe-Doktrin, den es nur mit Hilfe einer starken Flotte für Süd- und Mittelamerika durchzusetzen hoffen kann.

Deutschlands ungläubliche Rüstungsausgaben möchten aber immer noch verzeihlich sein, wenn nun wenigstens ein Ende des Werrüstens und ein vernünftiges internationales politisches Verhältnis zu den Nachbarstaaten, insbesondere zu England, zu erwarten wäre. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Gerade Deutschlands beispiellose Flottenrüstungen verschlechtern ja das Verhältnis zwischen den ihrer Rasse nach so nahe verwandten Nationen Deutschland und England immer mehr, weil England nun einmal glaubt, daß Deutschlands abnormes Werrüstens nur eine Drohung für Englands weltpolitischen Besitz bedeuten könne. Und trotz aller Friedensbeteuerungen deutscher Diplomaten (die ja schon durch die infame Englandhege unserer Flottenpatrioten entkräftet werden) kann das Verhältnis zwischen England und Deutschland auch nicht eher ein besseres werden, bis Deutschland in eine Rüstungsverständnis mit England willigt und seine uferlosen Flottenbauten einstellt.

In einem Punkte freilich möchten wir noch das Material des „Nauticus“ von 1912 und 1909 ergänzen. Unsere Flottenferge und Rüstungsfanatiker begründen ja bekanntlich die angebliche Notwendigkeit für Deutschland, seine Flotte unausgesetzt zu verstärken, damit, daß England Deutschlands industrielle und handelspolitische Expansion nur mit steigendem Ingrimm beobachten könne und daß England deshalb eines schönen Tages nach Filibustierart über Deutschlands Handelsflotte herfallen werde, wenn nicht Deutschland mit einer ebenbürtigen Kriegsflotte Englands Aktion abwehren könne. Wir haben immer wieder den Wahnsinn dieser Vorstellung mit dem Hinweis darauf bekämpft, daß in bezug auf die gegenseitigen Handelsbeziehungen England und seine Kolonien durch Deutschlands Entwicklung nicht etwa benachteiligt, sondern viel eher begünstigt worden seien, daß England also geradezu merkantilen Selbstmord begehen würde, wenn es Deutschlands weltwirtschaftliche Entwicklung zu beeinträchtigen suche. Zum Beweis für die Richtigkeit unserer Argumentation seien hiermit die zwar nicht im „Nauticus“, aber im „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“, also einem amtlichen Werke, enthaltenen Zahlen wiedergegeben. Es betrug:

	Ausfuhr nach Deutschland in Millionen Mark	Einfuhr aus Deutschland in Millionen Mark
Großbritannien	766,6	1162,0
Britisch-Indien	404,0	89,8
Australien	281,7	69,9
Brit.-Westafrika	108,8	15,2
Ägypten	93,6	34,2
Brit.-Südafrika	59,4	54,0
Ceylon	35,4	10,2
Brit.-Amerika	13,2	—
	1762,2	1375,3

Es steht also statistisch fest, daß Deutschland, gerade infolge seiner wirtschaftlichen Entwicklung der weit- aus beste Abnehmer Englands und seiner

Kolonien ist, daß die Ausfuhr von England und seinen Kolonien nach Deutschland den Export deutscher Waren nach England und seinen Kolonien noch um fast 400 Millionen Mark übertrifft! Daß unter solchen Umständen England jemals so hinüberbrannt sein könnte, durch eine Schädigung der deutschen volkswirtschaftlichen Entwicklung sich selbst des allerbesten Absatzgebietes zu berauben, kann nur jemand annehmen, der die Engländer für komplette Irren hält!

Umgekehrt aber ist auch Deutschlands Ausfuhr nach England und seinen Kolonien eine derart beträchtliche, daß es geradezu als Aberwitz erscheint, unserer deutschen Kolonialpolitik zuliebe dem deutschen Volke Milliarden Ausgaben zuzumuten, da doch nach dem amtlichen „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ die gesamte deutsche Ausfuhr nach unseren sämtlichen deutschen Kolonien sich auf höchstens 50 Millionen Mark beziffert. Und den größten Teil dieser Ausfuhr bildeten obendrein die Waren für unsere deutschen Kolonialbeamten und die Transporte für die Kolonialbahnen, die für das Geld der deutschen Steuerzahler in unseren Kolonien gebaut werden!

All diese Tatsachen würden unserem Rüstungswahnsinn und unserem imperialistischen Koller die tödlichsten Schläge versetzen, wenn nicht auch auf diesem Gebiete die Interessen des Volkes von denen unserer Kolonial- und Flottenferge grundverschieden wären! Der Ruin des Volkes bedeutet ja auch hier die Werrüstung und Privilegierung einer kleinen herrschenden Minderheit! Der Kampf gegen den imperialistischen Wahnsinn ist deshalb gleichbedeutend mit dem Kampf gegen die kapitalistische Klassenherrschaft!

Landtagschluß in Württemberg.

Aus Württemberg wird uns geschrieben:

Im Dezember 1906 und Januar 1907 wurde der Württembergische Landtag letztmals auf 6 Jahre gewählt, am Schluß des laufenden Jahres haben die Neuwahlen stattgefunden. Die Hauptwahlen in den Bezirken werden auf einen Tag der zweiten Novemberwoche fallen, der zweite Wahlgang hat spätestens 14 Tage darauf zu erfolgen und die Landesproporzahlen müßten danach Mitte Dezember stattfinden.

Die Landtagsarbeiten sind, abgesehen von einer auf wenige Sitzungen berechneten Schlußtagung im Oktober, die eigentlich nur der Wahl des Ständischen Ausschusses und der Auflösung des Landtags dient, abgeschlossen. Die Parteien sind eifrig mit der Vorbereitung des Wahlkampfes beschäftigt. In den bürgerlichen Lagern dauert der Aufbruch schon Wochen und Monate. Die bürgerliche Demokratie, die im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte ihren Charakter vollständig verändert hat, vermag die führende Rolle, die sie seit den Wahlen von 1895 innehatte, aus eigener Kraft nicht mehr zu verteidigen. Solange die Sozialdemokratie im Schwabenlande ein kleines Häuflein darstellte, war die Volkspartei, gestützt auf die Kleinbürgerlich-demokratischen Volksschichten, die Partei der entschiedenen Opposition. In dem Maße aber, in dem die kapitalistische Entwicklung die der sozialdemokratischen folgende Proletarierarmee answellen ließ, vollzog sich die Rechtsentwicklung der Volkspartei, und heute unterscheidet sich diese Partei von den Nationalliberalen kaum noch. Beide Parteien stehen unter dem entscheidenden Einfluß der Großindustrie und des Großhandels; nur sucht die Volkspartei immer noch, so gut wie es geht, ihren traditionellen Schein zu wahren und die Wählerhaft mit demokratischen Wären zu täuschen, während bei den Nationalliberalen der Einschlag des frömmelnden höheren Beamtentums sich bemerkbar macht. Dieses Beamtentum bildete in früheren Zeiten das Bindeglied zwischen der „Deutschen“ (nationalliberalen) und der alten konservativen „Landespartei“, an deren Stelle inzwischen der mit den konservativen Mittelständlern vereinigte Bund der Landwirte getreten ist. Es liegt auf der Hand, daß am wenigsten in einem Lande von der sozialen Struktur Württembergs, das in der großkapitalistischen Entwicklung noch nicht den Reichsdurchschnitt erreicht hat, zwei selbständige Parteien mit nationalliberalem Gepräge nebeneinander existieren können. Die Annäherung zwischen der Volkspartei und den Nationalliberalen ist daher soweit gediehen, daß sie, die noch bei den letzten Landtagswahlen den bittersten Kampf gegeneinander ausfochten, nunmehr völlig vereinigt, in den Wahlkampf ziehen. In einem langwierigen Handel ist die Verteilung der Wahlkreise zwischen den beiden Parteien vor sich gegangen, und wenn auch da und dort noch lokale Widerstände zu überwinden sind, so steht doch fest, daß das getroffene Abkommen durchgeführt wird.

Von den Konservativen und den Landwirtsbündlern wird es den Nationalliberalen schwer angetrieben, daß diese nicht rechts, sondern links Anschluß genommen haben. Die Hoffnung der bündlerischen Führer, im Verein mit den Nationalliberalen und dem Zentrum, der Gespreiztheit der führenden volksparteilichen Abvokaten, die sich die Regierung gefügig zu machen versahen haben, ein Ende zu bereiten, scheint vereitelt zu sein. Noch den in den letzten Tagen ausgestoßenen Drohungen der konservativen Presse sollen beide „liberale“ Parteien schwer dafür gestraft werden. Eschen des öfteren erwiesen sich in Württemberg die Gegensätze unter den bürgerlichen Parteien als stärker wie ihre Feindschaft gegen die sozialdemokratische Arbeiterkraft. Die Bündler liegen z. B. bei der Wahl im Bezirk Wollheim durch Aufrecht-

erhaltung ihrer Kandidatur den Volksparteiler zugunsten des Sozialdemokraten durchfallen. Die Nationalliberalen führten noch bei den letzten allgemeinen Landtagswahlen durch Demonstrationen, Landkandidaturen zwei volksparteiliche Niederlagen und sozialdemokratische Siege herbei, und wenn das Zentrum eine günstige Gelegenheit findet, der Volkspartei einen Schlag zu versetzen, läßt es dieselbe nicht unbenutzt. Auf jeden Fall wird nunmehr, da Volkspartei und Nationalliberale handelseins sind, die schwarzblau-koalition nur eine um so engere werden. Zentrum und Konserwatide verfolgen das Ziel, im nächsten Landtag eine Mehrheit zu erreichen, wozu sie ihren bisherigen Bestand nur um 6 Mandate zu vermehren brauchen. Im Hinblick auf die schwarze Schreckensherrschaft in Bayern und die in Baden stetig drohende Zentrumsmehrheit würde eine schwarzblaue Verschiebung in Württemberg schon wegen der Rückwirkungen homogen-reaktionärer Tendenzen Süddeutschlands auf die Reichspolitik bedeutende Gefahren in sich bergen, die dadurch nicht geringer werden, daß ein unter habsburgischen Einflüssen stehender ultramontaner Pring in nicht sehr ferner Zukunft die württembergische Krone erbt.

Die Sozialdemokratie wird dieser Gefahr am wirksamsten dadurch begegnen, daß sie in voller Selbstständigkeit auftritt und den Kampf für ihre Forderungen mit allem Kraftaufgebot führt. In diesem Sinne treffen unsere Parteigenossen, die in allen Bezirken eigene Kandidaturen aufstellen, ihre Vorbereitungen. Zweifellos stellt der schwarzblaue Block den schlimmsten Feind nicht nur der proletarischen Interessen, sondern jeder fortschreitenden modernen Entwicklung dar. Aber auch der liberale Eruberbund hat keinen Anspruch auf das Vertrauen der Arbeiterklasse. Mit tausend Grüßen aus der sechs-jährigen Tätigkeit des letzten Landtags läßt sich das belegen.

Es war der erste Landtag nach Durchführung der Verfassungsreform. Die Konflikte zwischen beiden Kammern im Kampf um die Reformierung des Volksschulwesens hatten der Verfassungsreform die Bahn frei gemacht. Nun mußte ernstlich an die Reformierung der Volksschulgesetzgebung herangetreten werden. Die Organisation der Volksschule, die Besoldungs- und die Rechtsverhältnisse der Volksschullehrer wurden neu geregelt. Abgesehen von der Besoldung, die einseitig als angemessen gelten kann, stellen die Ergebnisse der parlamentarischen Arbeit eine befriedigende Lösung nicht dar, weil die liberalen Parteien das alte liberale Postulat der Weltlichkeit der Schule fallen gelassen und den kirchlichen Machtansprüchen weitgehende Zugeständnisse gemacht haben. Was erreicht wurde, ist der vorwärtstreibenden Kraft der Sozialdemokratie zu danken. Im wesentlichen wurde der gesetzliche Lehrplan durch Aufnahme einiger realistischer Fächer erweitert, an die Stelle der nebenamtlichen geistlichen die hauptamtliche sachmännliche Bezirksschulaufsicht gesetzt, die geistliche Ortsschulaufsicht aufgehoben, die Aufsicht über die äußere Schulordnung dem Ortsschulrat übertragen, eine selbständige staatliche Oberschulbehörde an Stelle kirchlicher Oberleitung eingesetzt und die Real- und Volksschülerzahlen der Klassen reduziert. Rechtlich wurden die Lehrer den Staatsbeamten gleichgestellt, jedoch mit mancherlei Ausnahmen. Die äußerste Rechte und das Zentrum setzten allerdings selbst diesen bescheidenen Fortschritten den schärfsten Widerstand entgegen; aber das brauchte für die Liberalen, die mit den Sozialdemokraten eine sichere Mehrheit bildeten, kein Grund zu sein, vor liberalen Laten zurückzufahren.

Die liberale Halbheit und Unentschlossenheit schloß denn auch von vornherein eine Großblöckbildung völlig aus. Gewiß, in Schul- und allgemeinen Kulturstreben ergab sich in der Regel von selbst ein gemeinschaftlicher Aufmarsch der Sozialdemokraten und der Liberalen gegen rechts; aber unsere Fraktion ließ es mitten in diesen Gefechten auch an der Verleumdung der liberalen Prinzipienlosigkeit nicht fehlen. In Fragen der Sozialpolitik wechselte gewöhnlich die Konstellation, da sich die Nationalliberalen und die Volkspartei oft noch arbeiterfeindlicher erwiesen als das Zentrum und selbst die Bündler. Wie hatte unsere Fraktion bei Veranlassung der neuen Bauordnung zu kämpfen gegen die volksparteilichen Agenten der Boden Spekulation, die den Arbeiterwohnungen nicht ein Mindestmaß von Luft und Licht zugestehen wollten. Volksparteiler waren es auch, die den schärfsten Widerstand leisteten, als unsere Fraktion forderte, daß zur Förderung der Arbeitslosenversicherung staatliche Beiträge an die Gemeinden, die in dieser Beziehung vorangehen, zu leisten seien. Den schwerwiegendsten Beweis für ihre sozialpolitische Rückständigkeit lieferte die Mehrheit der volksparteilichen Fraktion in der letzten Tagung, indem sie das

Oberamtsarzngesetz zum Scheitern zu bringen versuchte und schließlich, als das nicht gelang, gegen das Gesetz stimmte. Dieses Gesetz bringt den obligatorischen staatlichen Schulartz, der diesen Beruf künftig im Hauptamt ausüben soll, für alle Gemeinden des Landes, auch die kleinsten Dörfer, und zwar unter Bedingungen, die einen bedeutsamen Fortschritt darstellen. Daß die Bündler in ihrem sozialhygienischen Verständnis sich hier hietgegen wehrten, wundert niemand. Auch einige Vertreter des Zentrums und der Nationalliberalen verhielten sich ablehnend. Wenn aber die starke Hälfte der Volkspartei das Gesetz, das sogar in der Ersten Kammer glatt durchging, prinzipiell ablehnte, so zeigten die Herren, mit wie wenig Berechtigung sie die Bezeichnung „fortschrittlich“ in ihrer Parteifirma führen. In diesem wie in manchem anderen Falle führte der Widerstand der Reaktionäre gegen einigermaßen fortschrittliche Regierungsvorlagen die Sozialdemokraten an die Seite der Regierung. So verbanden eine Anzahl Gesetze, besonders das Schularzngesetz, ihr Zustandekommen nur der Mitwirkung der „umstürzlerischen“ Sozialdemokraten.

Völlig allein kämpfte dagegen unsere Fraktion gegen die Steuerpolitik, die in den letzten Jahren getrieben wurde und die sich nicht zu ihrem Vorteil von der Reichsfinanzpolitik des Schnapsbunds unterscheidet. Die Deckung für die bedeutende Steigerung der Staatsausgaben, die mit einer zweimaligen Erhöhung der Beamtenbezüge und mit der Verbesserung der Pensionen (die jetzt in Württemberg die höchsten von allen Bundesstaaten sind) verbunden war, wurde nicht in einer stärkeren Belastung des leistungsfähigen Besitzes gesucht und gefunden, sondern in einem bössartigen Steuersammelmurium. Die Erhöhung der Biersteuer, des Postports im Nahverkehr und der Umsatzsteuer galt nach den Vorgängen im Reich als selbstverständlich; aber man fügte noch hinzu die Erhöhung der Fahrten der bestreuernden vierten Eisenbahnklasse, die Revision des Sporttarifs, der eine Menge ungerechter neuer Verkehrssteuern enthält, die Erhöhung der Gerichtsgebühren, die Ausdehnung der preussischen Klassenlotterie auf Württemberg, und man verschonte die armen Teufel auch bei der Erhöhung der Einkommensteuer um 5 Proz. nicht, wie das Preußen seinerzeit wenigstens in gewissem Maße tat.

Auf dem Gebiet des Steuerwesens muß im nächsten Landtag durchgreifend geändert werden. Die Steuerreform, die 1908 mit der Schaffung der allgemeinen Einkommensteuer begonnen wurde, ist fortzusetzen durch Einführung einer progressiven Vermögenssteuer, die an Stelle der veralteten Ertragssteuern von Gebäude- und Grundbesitz und Gewerben zu treten hat. Auch die Gemeindesteuerordnung bedarf dringend der Revision. Damit steht im Zusammenhang die Uebernahme der Volksschullasten auf den Staat, für die sich auf Drängen unserer Fraktion eine knappe Mehrheit der Zweiten Kammer erklärt hat. Ebenso ist in der Richtung der Trennung von Kirche und Staat von unserer Fraktion ein Vorstoß gemacht worden, der vorläufig eine Denkschrift über das finanzielle Verhältnis von Staat und Kirche zeitigen wird. Dazu kommt die Forderung einer Verbesserung des Wahlrechts zum Landtag durch Einführung der allgemeinen Verhältniswahl. Es kommen wichtige sozialpolitische Aufgaben hinzu, wie Durchführung des Achtstundentags in den Staatsbetrieben, Ausbau der Gemeindefürsorge, der Wohnungsinspektion, gründliche Wohnungsfürsorge usw.

Der Rechtsboden ist in Württemberg der Verwirklichung dieser Forderungen günstiger als in allen anderen deutschen Bundesstaaten, denn Württemberg hat das beste Landtagswahlrecht. Der König und der Ministerpräsident haben der auf dem gleichen Wahlrecht beruhenden Volkskammer wiederholt ihr Kompliment gemacht und dadurch den Weisheitspruch des Kantierphilosophen, daß die Demokratisierung des Parlamentarismus die politischen Sitten verfluche und verrotte, zurückgewiesen. Uns aber haben die praktischen Früchte der Demokratisierung nach allen Richtungen unbefriedigt gelassen, und darum soll alles darangesetzt werden, eine Zusammenfassung des künftigen Landtags zu erkämpfen, die den Lebensinteressen des emporkommenden Proletariats in höherem Maße gerecht wird, als das bisher geschah.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Juli 1912.

Die sogenannte „Waisensteuer“!

In einem Artikel protestierte jüngst die „Neue Zeitung“ mit den bekannnten Argumenten gegen die Erweiterung der Erbschaftsteuer:

„Bedürfnisse eine niedrige und nebenwärtliche Beschäftigung“. Leider ist auch hier Campanella selbst anderer Ansicht. Sein ganzer Staat beruht auf der hohen Wertschätzung der Arbeit. Ausdrücklich sagt er auch noch z. B.: „Die Solarier halten jemand für einen um so vorzüglicheren und edleren Menschen, je mehr Handwerke er erlernt hat und verständig auszuüben versteht. Darum verdovsten sie uns und bewogen, weil wir die Handwerke etwas Niedriges und gerade diejenigen ebelsinnig nennen, die... in Rüstigkeit leben.“ Doch was sind Tatsachen, was ist Wahrheit? Die „gelbe Wissenschaft“ hat andere Zwecke, wie schon der Name sagt. Und dabei hätte es Herr Dr. Nathansohn so leicht gehabt! Er brauchte nur seinen Vorläufer, den anonymen Verfasser der 1892 erschienenen „Schlaraffia politica“ hofweg gewissenhaft auszusprechen. Denn wenn diese Schrift auch ein politisches, tendenziöses Machwerk war, steht ihr Verfasser Herrn Nathansohn doch als wissenschaftlicher Riese gegenüber.

Aber was Nathansohn über Plato, Campanella, Marx, Fourier, Proudhon, Stinner usw. sagt, ist natürlich alles nur Vorbereitung zu seiner tiefgründigen Kritik von Marx. Denn von allen Utopien hat keine einzige eine derartige Wirkung hervorgebracht wie die marxistische.“ (S. 36.) Marx ist nämlich ebenso Utopist wie seine Vorläufer; denn „ob man eine wirtschaftliche Umwälzung selbst herbeiführen will, oder ob man sie nur als selbst sich entwickelnd prophetisiert, das ändert nichts an der Tatsache, daß jedes solches Zukunftsbild nur eine Utopie ist. Die Lehre von einer angeblichen zukünftigen Entwicklung kann niemals eine Wissenschaft sein.“ Leider hat auch hier die Männer der Wissenschaft anderer Ansicht als Herr Dr. Nathansohn; denn sie sehen gerade das Wesen der Wissenschaft in dem Erkennen der Entwicklungsrichtungen, in dem Voraussehen des Künftigen. Allerdings Herr Nathansohn scheint anzunehmen, nur die Voraussetzungen, daß alles unverändert bleiben werde, wie es ist, sei Wissenschaft. Doch was hat er überhaupt für einen Sinn, sich mit jemand in theoretische Auseinandersetzungen einzulassen. Der z. B. schreibt: „Ein Wolkring ist wertvoller als ein Eisenring, selbst wenn zu dessen Herstellung dieselbe Arbeitszeit verwandt worden ist.“ Wenn es Herrn Dr. Nathansohn bereits gelungen wäre, ein Verfahren zu erfinden, mittels dessen man ein Pfund Gold in derselben Arbeitszeit gewinnen kann wie ein Pfund Eisen, hätte er nicht mehr nötig, sich durch die Verfassung solcher Subtilitäten öffentlich zu blamieren.

Ebenso unpassend wie das Monomische ist das ethnologische Wissen des Verfassers. So schreibt er (S. 48): „Aber wir bei einigen wilden Völkern, daß die Frauen körperliche Arbeit leisten, oder politische Rechte besitzen, so ist damit noch lange nicht bewiesen, daß das wirklich der allgemeine Ursprung war.“ Es können das ebenfugot Besonderheiten oder Verirrungen einzelner Volkstämme gemeint sein.“ Die veraltende Völkertunde scheint also für den gelehrten Herrn ein völlig unbekanntes Land zu sein, noch viel abgelegener als der „Sonnenstaat“ auf der Sonne, und jedenfalls viel dunkler. Da ist es doch nett von Herrn Dr. Nathansohn, daß er eine gewisse Rücksicht walten läßt, wenn sich jemand nicht gang bis zu seiner wissenschaftlichen Höhe emporschwingen kann.

„nur für die Stunde der Gefahr“ erklärte sie sich mit gewissen Einschränkungen zu „besonderen Leistungen“ bereit. Auf die Bekundung dieses echtjüdischen Dschesinnes antwortet der konservativ „Dresdener Anzeiger“:

„Warum soviel Worte, bei denen man alles Mögliche oder nichts denken kann? Warum nicht einen praktischen Vorschlag, der im Reich durchgeführt werden kann? Die Erbschaftsteuer ist eben die einzige und gerechteste Reichsbesitzsteuer, der die Bundesstaaten zustimmen können. Wer sie ablehnt, zeigt damit, daß es ihm mit seiner Opferbereitschaft nicht ganz ernst ist und daß er nur einen moralischen Erfolg für sich, aber keinen praktischen Erfolg für das Reich und die Allgemeinheit im Auge hat. Bei der Erbschaftsteuer soll man nicht so sehr an die ungleiche Bedeutung eines Steuerbetrages für die einzelnen Steuerträger und eines Erbtells denken, als daran, daß jeder, dessen Vermögen durch Erbschaft erheblich vergrößert wird, leichter in der Lage ist, eine Steuer zu tragen als die anderen, die in der Wahl ihrer Eltern weniger vorsichtig gewesen sind und nicht nur nichts erben und Zinsen zu ihrem Einkommen beziehen, sondern allein auf ihr Einkommen angewiesen sind, das sie oft bis 8, 10 und 12 Proz. besteuern müssen.“

Zugleich unternimmt der „Dresdener Anzeiger“ den Nachweis, daß das Verbot der konservativen und kirchlichen Presse von der „Waisensteuer“ reiner Schwindel ist; denn nur in seltenen Fällen wird die Nachlasssteuer von unminidigen Kindern — und noch viel weniger natürlich von „Waisen“ — getragen. Aus dem „Statistischen Jahrbuch für Sachsen“ stellt der „Dresdener Anzeiger“ fest, wie lange die Ehen beim Ableben einer der Ehegatten während der letzten drei Jahrzehnte durchschnittlich bestanden hatten, und kommt zu folgendem Ergebnis:

„Danach hat die durchschnittliche Dauer der Ehe im Jahreschnitt 1881/85 beim Ableben der verheirateten Männer 23,7 Jahre, beim Ableben der verheirateten Frauen 22 Jahre betragen. Seit dem Jahre 1908 ist die durchschnittliche Dauer der Ehe bei den Männern auf mehr als 26 Jahre, bei den Frauen auf mehr als 24 Jahre gestiegen. Sprechend schon diese Zahlen dafür, daß die erbhaftesteuerepflichtigen Kinder in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle die Minderjährigkeit hinter sich haben, so geht aus dem Alter der Gestorbenen daselbe hervor. Das Jahrbuch enthält die hierauf bezüglichen Angaben für die Jahre 1909 und 1910. Unter Befchränkung auf das Jahr 1910 sei hier wiedergegeben, daß von den gestorbenen Männern 7897 über 30 bis 35 Jahre, 8391 über 35 bis 40 Jahre, 10898 über 40 bis 45 Jahre, 11838 über 45 bis 50 Jahre, 13474 über 50 bis 55 Jahre, 15703 über 55 bis 60 Jahre, 17284 über 60 bis 65 Jahre, 19025 über 65 bis 70 Jahre, 18340 über 75 bis 80 Jahre, 10313 über 80 bis 85 Jahre alt gewesen sind. Ganz ähnlich ist das Verhältnis bei den gestorbenen Frauen. Je höher aber die Zahl der Gestorbenen in den vorgerückten Lebensaltern ist, um so klarer ist es, daß die von ihnen zurückgelassenen Kinder in der Mehrzahl der Fälle die Zeit der Minderjährigkeit und wirtschaftlichen Unselbständigkeit hinter sich haben.“

Eine Kulturbedebatte im bayerischen Landtage.

Am Donnerstag unterstützte das Zentrum in der bayerischen Abgeordnetenversammlung die Weigerung der Regierung, eine Notlandaktion zugunsten der Landlehrer einzuleiten, und Freitag schloß das Zentrum in der Abgeordnetenversammlung einen Antrag ab, zur Bekämpfung der Schundliteratur staatliche Mittel für Schul- und Volksbibliotheken zur Verfügung zu stellen. Als Grund gab das Zentrum an, daß es nur rein konfessionelle Bibliotheken dulden und fördern könne. Auf die üblichen kirchlichen Reden über Unsitlichkeit und Irreligiosität antworteten ein sozialdemokratischer und ein liberaler Redner mit einer Fülle von Proben aus der kirchlichen Schundliteratur. Sie wiesen nach, wie skrupellos katholische Verleger die schmutzigsten Schriften verbreiten, die den Aberglauben fördern und oft geradezu gemeinschädlich wirken.

Die bewegte Debatte erreichte ihren Höhepunkt, als Genosse Eduard Schmid zur Anrede die kirchlichen Schulbücher auf den Tisch des Hauses ein unglaublich schweinesches Gedicht niederlegte, das in der Münchener Eisenbahnzeitung auf gestohlenem staatlichem Papier in der Dienstzeit auf Veranlassung von führenden Personen des christlichen Eisenbahnerverbandes gedruckt und unter die Mitglieder verbreitet worden ist. Das Zentrum geriet in eine sarkastische Aufregung bei dieser Enthüllung christlicher Erziehungswirkung.

Er muß zwar konstatieren, Webers Buch „Die Frau“ verrate überall den Halbgebildeten, der kritisch alles, was er gelesen hat, gläubig in sich aufnimmt, er ist aber doch so gütig, anzuerkennen, „für den ehemaligen Drechslermeister bleibe es immer noch eine achtungswürdige Leistung“.

Weniger liebevoll als gegen Genossen Weber ist Herr Dr. Nathansohn allerdings gegen Dr. Liebknecht. Denn nachdem er erzählt hat, daß Campanella 26 Jahre im Kerker schmachten mußte, dabei siebenmal auf schreckliche gefoltert und einmal 40 Stunden lang gebunden aufgehängt wurde, fährt er fort: „Wenn wir hier vergleichsweise etwa an die 1 1/2 Jahre Festung des Antimilitaristen Liebknecht denken, so will und dieses letztere ja gerühmte Märtyrertum fast als eine Karikatur dessen erscheinen, was ein mittelalterlicher Kämpfer wie Campanella für seine Ueberzeugung erduldet.“ Es ist doch offenbar schade, daß die Methoden der spanischen Inquisition heute den Sozialdemokraten wenigstens in Deutschland nicht mehr Gelegenheit geben, sich eine echte Märtyrerkrone zu erwerben!

Der Marxismus ist für Herrn Nathansohn natürlich eine längst überwundene Sache. Es wäre wohl überflüssig, sich darüber mit ihm in eine theoretische Diskussion einzulassen. Das Schicksal Marx' hat gezeigt, daß ein Mann um so lebendiger werden kann, je öfter er ideoleslagen wird. Aber Herr Nathansohn hat auch entdeckt, daß der Marxismus zu einer sorgfältig gehüteten Geheimlehre geworden ist. „Der wissenschaftliche Boden“, erzählt er uns (S. 48), „auf dem die sozialdemokratische Partei aufgebaut ist, ist heute bereits so vollständig unentdeckt, daß die wenigsten Sozialdemokraten noch mit den wirklichen Lehren Marx' und Lassalles bekannt gemacht werden können. Nur durch diese, selbst in Führertreuen herrschende Unwissenheit konnte die Einheit der Partei und die Herrschaft des Marxismus innerhalb derselben noch bis heute aufrecht erhalten werden.“ Herr Nathansohn bezieht sein Wissen über den Marxismus und seine Verbreitung vielleicht aus den „Sozialistischen Monatsheften“.

Wenn Herr Dr. Nathansohn schließlich auch den persönlichen Charakter Marx' angreifen will, indem er von ihm erzählt: „Sein väterliches Vermögen ermöglichte ihm ein sorgenfreies, nur seinen chegeizigen Begehren dienendes Leben.“ So wäre man einen Augenblick versucht, sich über diese Gemeinheit zu ärgern, wenn man weiß, mit welchen Entbehrungen und welcher angenden Not der Mann durch viele Jahre zu kämpfen hatte, der sein ganzes Leben, seine ungeheure Arbeitskraft, sein ganzes Denken und Sein reiskos in den Dienst der proletarischen Sache gestellt hat. Aber Marx' Bild steht doch zu hoch, als daß es jeder vorüberlaufende Kopf anbelten könnte.

Nein, mit ihrer „Wissenschaft“ haben die Gelben kein Glück. Auf diesem ungewohnten Boden bewegen sie sich doch auch gar zu ungeschicklich. Sie täten besser, das sein zu lassen und sich dem Gebiet allein und ausschließlich zuzuwenden, das doch ihre Heimat ist, in dem sie sich zu Hause fühlen: dem Gebiet der persönlichen Verdächtigung und Verleumdung. Dort stellen sie ihren Mann.

Gelbe Willenshaft.

Die Agitation der gelben „Brüder“ führt in Deutschland ein recht trauriges Dasein. Die Klagen gegen sie werden immer schärfer und öfter selbst dem Schläfrigen und Gleichgültigen die Augen, so daß er klar erkennt, wie die Proletarier nur im eifernen Zusammenhalten miteinander und im geschlossenen Kampf gegen das Unternehmertum und die Regierung vorwärts kommen können, wie nur die Sozialdemokratie und die freie Gewerkschaft die Organisationen sind, die ihren Bedürfnissen und Interessen entsprechen, denen sie daher angehören müssen, wenn sie nicht schädigen Verfall nicht nur an ihren Arbeitskollegen, sondern auch an sich selbst und an der Zukunft ihrer Kinder üben wollen. Da wird es den von den Unternehmern ausgehaltenen Gelben sehr schwer, irgendwie im Proletariat Fuß zu gewinnen, doch wenigstens einzelne für sich zu gewinnen. Aber je weniger wirkliche Argumente diese Herren aufbringen können, um so mehr sind sie darauf angewiesen, mit den Waffen der Lüge, der Verleumdung und der Entstellung zu kämpfen — zu verunglimpfen, was sie nicht zu erschüttern vermögen.

Bisher richtete sich diese freundliche Kritik der Gelben hauptsächlich gegen Personen; in letzter Zeit beginnen die Herren auch „wissenschaftlich“ aufzutreten. Eben jetzt ist wieder eine kleine Schrift erschienen, die eine Reihe von Artikeln zusammenfaßt, mit denen ein Herr Dr. Hugo Nathansohn schon im „Bund“, dem „Organ der deutschen Werkvereine“ die Sozialdemokratie verurteilt hat. Denn in diesen Artikeln hat der Verfasser unternommen, „eine Geschichte menschlicher Verirrungen“ zu schreiben, die dazu beitragen soll, „die deutsche Arbeiterklasse zur Erkenntnis der Unmöglichkeit und Schädlichkeit dieser Träume zu drängen“.

Man muß zugeben, daß Herr Dr. Nathansohn an eine schwierige Aufgabe mit großer Unbegreiflichkeit herangegangen ist. In diesen 99 Seiten dicke er nicht nur eine Geschichte der sozialistischen, sondern auch der anarchistischen und bodenreformerischen Lehren und speziell eine Kritik des Marxismus, und das alles natürlich — streng wissenschaftlich.

Von dem Maß dieser „Wissenschaftlichkeit“ bietet gleich der Abschnitt über Campanella Sonnenstaat einige hübsche Proben. So heißt es (S. 12): „Campanellas Sonnenstaat ist, wie schon der Name sagt, nicht hier auf Erden, sondern auf der Sonne gedacht.“ Leider hat Campanella etwas anderes gesagt als der Name; denn er verlegt seinen Idealstaat ausdrücklich nach Ceylon und erwähnt mehrmals, daß die Bewohner des Sonnenstaates aus Indien dorthin ausgewandert seien.

Gleich darauf behauptet Herr Nathansohn (S. 13), „für Campanella sei ebenso wie für Plato die Sorge für die materiellen

*) Dr. Hugo Nathansohn, „Soziale Zukunftssträume“, Berlin, Spreer Verlag, 99 Seiten.

Die Spielkarten des Kaisers.

Der Kaiser hat bekanntlich einen ausgeprägten Kunstsinne. Er zeichnet und malt. Es ist deshalb erklärlich, daß er auch zu seinen Spielkarten nur künstlerisch ausgestattete Karten benutzte. Bürgerliche Blätter wissen darüber zu berichten:

„Der Kaiser benutzt zum Spiel französische Karten aus einer Altenburger Fabrik. Sie bestehen aus feinstem Kartonpapier und haben abgerundete, vergoldete Ecken. Auf der Rückseite befindet sich ein Medaillon, in ihm sind, umgeben von Eichenlaub, die Wappen der Dreimächte mit gekreuztem Schwert und Merkurstab abgebildet. Die Bilder sind nach historischen Persönlichkeiten gewählt. Der Kreuzkönig ist Ludwig der Fromme, als Kreuzkämpfer ein Tempelritter mit dem roten Kreuz auf der Brust. Der König ist Ludwig XIV., der dazu gehörige Kube ist ein verwitterter Krieger. Als Kreuzkönig fungiert der galante Franz I., als Kube ein Landsknecht. Zum Kreuzkönig hat Karl VII. seine Züge geliehen, den Kube stellt ein Page mit dem Jagdflügel dar. Die Damen sind im Kostüm der Zeit der jeweiligen Könige gewählt, die CarreDame ist das Porträt der schönen Agnes Sorel. Die Asse sind mit einer Kofolomantur versehen.“

Herr v. Jedliß als Wahlrechtsreformer.

Der freisinnigste aller Herr v. Jedliß benützt die parlamentarische Freiheit, aber auch Mittelchen ausfindig zu machen, wie sich der Wahlrechtsreform nachsehen läßt, ohne ihn nach zu machen. Er konstatiert in einem Artikel des „Tag“, daß die liberalen und Zentrumsdemokraten bei der letzten Abstimmung über den freisinnigen Wahlrechtsantrag mit voller Absicht gescheitert haben:

„Es ist viel mehr als wahr, daß ihre große Mehrheit gegen den Antrag war, aber sich nicht durch eine ablehnende Stimmabgabe mit dem grundsätzlichen Standpunkte der Partei in Widerspruch setzen wollte und deshalb der Abstimmung fernblieb. Die führenden Nationalliberalen gehören überwiegend dem rechten Flügel an, ein Teil von ihnen verzichtet sicher ungenau auf die öffentliche Stimmabgabe, alle aber dürften sich mit der geheimen und direkten Wahl nur in Verbindung mit einer sie befriedigenden Regelung des Wahlrechts selbst befriedigen können. Auch im Zentrum war, wie ich bestimmt weiß, die Meinung sehr verbreitet, daß beide Seiten der Sache unvereinbar zusammenhängen, man hielt sich durch das konfessionell-meritale Kompromiß von 1910, geheime aber indirekte Wahl, noch für gebunden, andere endlich hielten sich an der Forderung, daß noch in dieser Tagung die Klinte der Gesetzgebung ergriffen werden sollte. Kurzum, wenn jeder so hätte abstimmen wollen, wie er in seinem Innern dachte, würde die Mehrheit gegen den Antrag sicher eine noch viel größere gewesen sein.“

Die Schwarzen und die liberalen Deutscher können sich bei Jedliß dafür bedanken, daß er ihnen einen Stich durch die Wahlrechtsreform macht. In der Sache selbst ist Jedliß natürlich völlig einig mit ihnen: Unter allen Umständen Verhinderung jeder wirklichen Wahlreform! Nur in den städtischen Kreisen möchte er, um die allgrößten Absurditäten zu beseitigen, die gesellschaftliche Forderung einer Minimalzahl der Wähler in der 1. und 2. Klasse. Auf dem Lande soll alles bleiben, wie es ist:

„Schlägt die Regierung die auf größere Gemeinden beschränkte Minimierung vor, und legt sie hinter ihren Vorschlag den nötigen Nachdruck, so wäre auch Aussicht vorhanden, daß für sowohl Konservative wie Nationalliberale zu gewinnen: Die ersteren, weil das flache Land, dem ihr Interesse vornehmlich gilt, unberührt bleibt, die Nationalliberalen, weil ihr Minimierungsvorschlag, wenigstens insofern, als das Verbesserungsbedürfnis reicht, verwirklicht wird. Die sachlich annehmbare Lösung des gesetzgeberischen Problems erscheint sowohl auch parlamentarisch gangbar und daher ernstlicher Erwägung wohl wert.“

Und die Wähler? Die Jedlißer mögen gewöhnt sein, diesen Faktor bei ihren parlamentarischen Manövern außer Betracht zu lassen; aber die Wähler selbst werden sorgen, daß ihnen ihr Recht — und ihr ganzes Recht wird, trotz des reaktionären Dreibundes im preussischen Klassenparlament.

Der Schrei nach dem Buchhandelsgesetz.

Unter den Schreibern nach verstärktem Schutz für widerstandslos durchgeführte kapitalistische Interessen befindet sich auch die Handelskammer zu Minden i. W. Bekanntlich haben von Mitte Oktober vorigen Jahres bis Mitte Januar dieses Jahres die Tabakarbeiter des westfälisch-lippischen Zigarrenindustriegebietes mit den Unternehmern im Kampf gestanden. Die Arbeiter wurden ausgesperrt, weil die in einigen Betrieben gestellten Forderungen nicht zurückgezogen wurden, wie es der Westfälische Zigarrenfabrikanten-Verband verlangte. An 10 000 Organisierte hatte man dort aus den Betrieben gejagt. Diesen Kampf bespricht nun die Mindener Handelskammer in ihrem kürzlich erschienenen Bericht und im Anschluß daran heißt es dann:

„Der Ausgang der Bewegung hat wieder einmal den Beweis erbracht, daß die Streikbewegungen, ob sie sich freie oder christliche nennen, mit ihrem expressiven Vorgehen gegen den Arbeitgeber durchaus nicht die richtigen Sachverhalte der Arbeiter sind. Diese Erkenntnis scheint sich jetzt auch in unserer Arbeiterkammer mehr zu verbreiten, da sie anfängt, sich unabhängig von diesen Streikbewegungen zu stellen und sich in vaterländischen Arbeitervereinen zusammenzuschließen, die auf nationalem und wirtschaftsfriedlichem Wege ihre Interessen wahrnehmen wollen. Angesichts des immer bedrohlicher um sich greifenden Terrorismus der Gewerkschaften halten wir die Gewährung eines gesicherten Schutzes für die Arbeitswilligen für unbedingt erforderlich, der nur dann zu erreichen sein wird, wenn das Streikpostensystem unter gleichzeitiger Verbot gestellt wird.“

Das ist eine starke Leistung! Die Unternehmer sperren die Arbeiter zu Tausenden aus und reden nachher von „expressivem Vorgehen“ dieser Arbeiter! So wird heutzutage Stimmung für Buchhandelsgesetz gemacht! Aber es spricht die ganze Wut der Unternehmer aus diesen Zeilen darüber, daß sie nicht ihren Willen bekommen und den Tabakarbeiterverband zu Boden gedrückt haben.

In das rechte Licht gerückt wird diese Auslassung noch, wenn man weiß, daß in dem großen Tabakarbeiterkampf rein gar nichts vorgekommen ist, was zu einem solchen Verlangen berechtigt hätte. Während die Unorganisierten in großer Zahl in den Betrieben blieben, ist von den Aussperrten in jeder Hinsicht musterhafte Disziplin gehalten worden.

Der Syndikus und Berichterstatter der Mindener Handelskammer ist gleichzeitig Geschäftsführer des Westfälischen Zigarrenfabrikanten-Verbandes und kennt alle Einzelheiten des Tabakarbeiterkampfes. Das genügt wohl zur Kennzeichnung.

Die Lehrer für den Reichsverband.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat seine Zugkraft in bürgerlichen Kreisen längst eingebüßt; nun soll seine leere Hülle aus den Lehrergewaltigen wieder aufgefüllt werden. Zu diesem Zwecke versendet ein Herr aus Breslau an die „sehr geehrten Kollegen“ ein vertrauliches Zirkular, das nach den üblichen Formeln über die Größe und den „entfesseltenden Einfluß“ der Sozialdemokratie jeden vaterlandsliebenden Lehrer zum Eintritt in

den Reichsverband nötigen möchte. Bemerkenswert ist dabei, daß die Unterschrift gleich für den Beitritt auf 5 Jahre geleistet werden muß, von 1912 bis 1916! Der Reichsverband weiß, daß ihm die 50 Gewonnenen sonst nach einem Jahre wieder austreten.

Aber, Herr v. Schudmann!

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Das „Berliner Tageblatt“ gibt der Zuschrift eines Herrn Walker aus Arnswalde Raum, der in meinem Bericht auf der am Sonntag in Brandenburg a. N. stattgehabten Provinzialkonferenz als Unterhändler zur Erregung sozialdemokratischer Stimmen für Herrn Gouverneur von Schudmann, dem konservativen Gegenkandidaten des Herrn Bruhn im Kreise Friedeberg-Arnswalde, geschäftert wurde.“

Zuerst wird von dem Herrn behauptet, daß unter allen Parteien dort im Kreise „die stillschweigende Übereinkunft bestanden habe, Herrn Bruhn loszuwerden“. Leider wird nicht gesagt, worauf Herr Walker sich bei dieser Konstatierung stützt, und ich kann deshalb nicht nachprüfen, weshalb die sonst so verpönte sozialdemokratische Partei hier in den Konzernen aller Parteien ohne weiteres hineinbezogen wird.

Wenn der Herr aber in der Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“ sagt: ich hätte mich von ihm „in der freundschaftlichsten Weise“ verabschiedet und bemerkt: „Lun können wir ja von Partei wegen nichts, aber seien Sie überzeugt, unsere Leute wählen eher Schudmann als Bruhn“, so vergißt er mitzuteilen, daß meine Verabschiedung ihm so wenig genügt, daß er am anderen Tage — wohl nachdem er inzwischen bei der „Deutschen Tageszeitung“ angelockt hatte — nochmals in mein Bureau kam, um zu hören, „ob ich ihm nicht doch etwas entgegenkommen könne“, was von mir in schroffster Form mit der Bemerkung, „ich hätte keine Zeit mehr, mich mit ihm zu beschäftigen“, abgewiesen wurde. Wenn Herr Walker dadurch seinerseits „befriedigt“ war — ich war es auch. Ueber den Geschmack läßt sich nicht streiten.

Daß Herr v. Schudmann von dieser Tätigkeit nichts gewußt hat, wer kann das bestreiten? Vielleicht entsinn ich aber Herr Walker, daß er dem Genossen Eugen Bräuner, dem Kandidaten des Kreises Friedeberg-Arnswalde, ebenfalls die Unterschrift des Herrn von Schudmann mit den Worten angeboten hat: „Dazu muß sich Herr von Schudmann bereit erklären, ich glaube ganz sicher, daß er es tut.“

Für die Absicht, die Unterschrift zu geben, spricht aber auch das Verhalten des Herrn von Schudmann bzw. dessen Wahlaustrittes. Denn nach der gescheiterten Mission des Herrn Walker veröffentlichte der Wahlaustritt folgendes:

Liberalen! Bedenkt, was uns eint: Keine Abänderung des Reichstagswahlrechts! Keine Erhöhung der Schulpflicht! Einführung einer Vermögenssteuer, die den Vermögenden belastet und schwere Schultern verlastet.

Arbeiter! Bedenkt, v. Schudmann tritt ein für die soziale Besserstellung der arbeitenden Klassen. v. Schudmann hat sich gegen Ausnahmengesetze gegen die Sozialdemokratie erklärt!

Wirklich eine strappierende Ähnlichkeit mit den in der Jenaer Stichwahlparole gestellten Forderungen. Sollte das Zufall sein? —

Da das „Berliner Tageblatt“ nun wiederholt seiner Verwunderung Ausdruck gibt, daß die Genossen Weis und Ernst sich den feiten Willen einer Unterschrift des Herrn v. Schudmann unter die Jenaer Stichwahlbedingungen entgegen ließen, bemerke ich hierzu nur, daß wir diese Unterschrift nur unter der Zusicherung eventueller Wahlhilfe erhalten hätten. Dazu konnten wir uns selbst um des lockenden Preises willen nicht verstehen; soviel Ehrlichkeit hielten wir auch im politischen Kampf mit unseren erbittertesten Gegnern für geboten.

Dito Weis.

Maßnahmen gegen die Mischchen in Deutsch-Südwestafrika.

Die Sorge um die zweifelhafte Ehen in den Kolonien läßt die deutsche Kolonialverwaltung nicht zur Ruhe kommen. Jetzt wird eine Verordnung im Amtblatt von Deutsch-Südwestafrika veröffentlicht, die den Zweck hat, die Herbeiführung von Mischchen zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen. Zunächst fñhet diese Verordnung die Anzeigepflicht für die Geburt eines halbweißen Kindes ein und verlangt dabei gleichzeitig nähere Angaben über die persönlichen Verhältnisse. In dem entscheidenden § 3 heißt es fobann: „Wird durch das uneheliche Zusammenleben eines Nichtgeborenen mit einer Eingeborenen öffentliches Vergehen erregt, so kann die Polizei die Trennung verlangen und nach fruchtlosem Ablauf einer Frist die Trennung erzwingen. In gleicher Weise kann die alsbaldige Vermeidung eines Dienstvertrages und die Entfernung der Mutter eines halbweißen Kindes verlangt werden, wenn der Vater eines Kindes der Dienstherr oder ein in dessen häuslicher Gemeinschaft befindlicher Angehöriger oder Angestellter ist.“

Milde Strafe für rauschige Offiziere.

Der Oberleutnant v. Kayler in Ludwigslust hatte entgegen einer Polizeiverordnung mit einem Zweirade den Bürgersteig befahren. Als Zeuge hierüber war der Feiseur Jander verhört und hatte der Wahrheit entsprechend die Übertretung bestätigt. Darauf betrat am 3. Juni der Oberleutnant, mit einer Reitpeitsche bewaffnet, den Laden des Feiseurs und handte diesen an, wie er die Freiheit haben könne, ihn zu demütigen. Jander forderte ihn auf, sich anständig zu benehmen, oder seinen Laden zu verlassen. Als darauf der Oberleutnant erwiderte: „das ist ein schönes Pad. mit dem man hier zu tun hat“, forderte ihn Jander mehrfach auf den Laden zu verlassen, padte dann den Oberleutnant, da dieser durchaus nicht folgte, beim Kragen, setzte ihn vor die Tür und schloß diese ab. Darauf schlug der Marschallinger mit einer Peitsche die Glocke der Tür ein, zerbrach den Türrahmen, drang in den Laden ein, verfehlte dem Feiseur mit der Reitpeitsche zwei Hiebe über den Kopf und äußerte, der Feiseur gehöre ins Zuchthaus.

Das Kriegsgericht verurteilte dieser Tage den Oberleutnant wegen schweren Hausfriedensbruchs, Sachschädigung und Beleidigung zu ganzen 50 M. Geldstrafe. Auf wieviel Monate Gefängnis hätte die Strafe gelautet, wenn der Mordalist ein Arbeiter und der Angegriffene ein Offizier gewesen wäre? Hätte der Feiseur dem Oberleutnant die Reitpeitsche entrissen und damit die Hosen des Herrn v. Kayler damit in gefährlicher Weise ausgelockt, so wäre wahrscheinlich der Feiseur gar noch mit einer höheren Strafe belegt worden, als jetzt dem Anhänger des Faustrechts anferlegt ist. Hätte er den Hausfriedensbrecher niedergeschlagen, so hätte er in berechtigter Notwehr gehandelt. Es wird bei dieser Schamlosigkeit gegen selbste Angriffe von Offizieren den Geschäftleuten kaum etwas anderes übrig bleiben, als für ähnliche Fälle einen Schießprügel bereit zu halten.

Belgien.

Noch ein Opfer der Lütticher Fälschade.

Man berichtet uns aus Brüssel unterm 2. Juli:

Die Gendarmen-Wärter haben noch ein neues Opfer auf ihrem Gewissen. Ein dreizehnjähriger Junge, ein Glasarbeiterlehrling, den ein Schuh aus einem Panzergewehr getroffen hatte, ist nun auch seiner Wunde erlegen. Der arme Junge hatte einer kinematographischen Vorstellung im sozialistischen Volkshaufe beigewohnt, war im Zwischenakt gerade im kritischen Augenblick in das Café hinunter gekommen und ist dort von einer Kugel der in das Lokal hineinschießenden Ordnungswärter getroffen worden. Als man ihn ins Spital trug, jammerte er nur immer: „Meine arme Mutter!...“ Die Ärzte glaubten ihn zu retten. Es gelang, die Kugel, die tief im Schenkelknochen saß, gut zu entfernen, aber im Verlaufe stellte sich eine Blutvergiftung ein, die dem armen Menschenfnde nach schrecklichen Leiden das Leben kostete. Die Erwachsenen in den Räden geschossen, ein dreizehnjähriges Kind niedergeschossen — das war die „Notwehr“ der „angegriffenen“ Gendarmen in Lüttich.

England.

Liberalismus und Arbeiterpartei.

London, 4. Juli. (Fig. Ber.) Der zwischen dem Liberalismus und der Arbeiterpartei entbrannte Kampf ist insofern besonders bemerkenswert, als es sich um einen Streit mit dem extremsten Flügel der liberalen Partei handelt. Der liberale Kandidat in Hanley gehört zu den am weitesten links stehenden Mitgliedern seiner Partei, der genau wie seine politischen Freunde, die ihn jetzt tatkräftig unterstützen, der Arbeiterpartei bisher äußerst freundlich gegenüberstand. Er hat es denn auch schon für nötig befunden, eine Rede zu halten, in der er es bedauert, in diese unangenehme Lage hineingedrängt worden zu sein. Diese Kleinbürgerlichen Liberalen haben sich mit dem Gedanken der Landreform beraufcht und brennen jetzt vor Verlangen, den Wählern die trohe Botschaft ihres simplizitätlichen Altheimittels zu verkünden. In England gehörte es bisher zum guten Ton in der Politik, daß die Parteien erst nach dem Begräbnis eines verstorbenen Parlamentarismus ihre Kandidaten aufstellten. Diesmal sind die Liberalen in Hanley dieser Forderung des Anstands nicht nachgekommen. Der liberale Kandidat und seine Freunde sind Anhänger der Theorie, daß alles Elend aus der Welt verschwinden wird, wenn man alle Steuern allein dem Grund und Boden auferlegt. Dem Kleinbürgertum, das in wachsenden Industriestädten die hohen Gemeindesteuern (rates) als sehr drückend empfindet (die Arbeiter entrichten in England die Gemeindesteuern meist als einen Teil der Miete), muß die Theorie der „single taxers“, namentlich in Städten wie Hanley, wo die Gemeindesteuern über 55 Proz. des angelegten Mietwerts betragen, sehr plausibel und vielversprechend vorkommen. Die Redner der Liberalen operieren schon mit dem Argument, daß die Liberalen die Gemeindesteuern abschaffen und sie dem Staate ausbilden würden, der sie einzig und allein vom Grundbesitz erheben soll, sobald das Landkataster im Jahre 1914 fertig ist. Ob das zu der von Lloyd George skizzierten angedeuteten Landpolitik der liberalen Partei gehört, ist nicht klar. Die liberale Presse schreibt in vagen begeisterten Phrasen von der liberalen Landpolitik, in der sie augenscheinlich einen neuen Räder für die Wählermassen wittert. Das einzige Bestimmte, was sich erfahren läßt, ist die Tatsache, daß Lloyd George ein Komitee zum Studium dieser Frage zusammenberufen hat und daß man die Möglichkeit eines gesetzlichen Minimallohns für Landarbeiter und die Schaffung von besonderen Gerichtshöfen zur Festlegung der Pachtpreise erwägt. Der Liberalismus hat eine neue Wahlparole nötig und Lloyd George ist gerade der Mann, von dem man sich verspricht, daß er erfolgreich sowohl gegen rechts wie gegen links, gegen den Sozialismus operieren kann. Die verlockenden Aussichten, die die Propaganda der erwähnten Kleinbürgerlichen Quacksalbereien eröffnet, haben denn auch die Helfershelfer des Schatzkanzlers zu dem übereifigen Vorstoß in Hanley veranlaßt.

Eine Beilegung des Streites scheint nicht gut möglich. Die liberale Parteileitung in London unterstützt die Liberalen Hanleys aufs kräftigste. Sie muß der Stimmung der liberalen Wähler Rechnung tragen, die durch die jüngste Taktik der Arbeiterpartei, die Liberalen in ihrem sicheren Besitz anzugreifen, erbittert worden ist. Zwar raten die großen Londoner liberalen Blätter zur Nachgiebigkeit. Ob aber die Liberalen etwas gewinnen könnten, wenn sie der Arbeiterpartei das Feld in Hanley frei ließen, ist sehr fraglich. Die Arbeiterpartei wird ihren Beschluß, in Crewe einen Kandidaten aufzustellen, kaum rückgängig machen können. Ihr Beschluß vom letzten Dienstag hat viele der Elemente, die den Glauben an die Arbeiterpartei verloren hatten, wieder mit der Partei verflochten und es würde für sie eine nicht wieder gut zu machende Wamage sein, wenn gleich nach der kühnen Attade wieder zum Rückzug geblasen würde. Zudem ist in Crewe das Feld für einen energischen Arbeiterkandidaten sehr günstig. Es gibt in der Stadt 4 000 Gewerkschafter und in einem dreiseitigen Wahlkampf ist der Kandidat, der 4 000 Stimmen auf sich vereinigen kann, des Sieges sicher. Unter diesen Umständen gewinnt es immer mehr den Anschein, daß die Beziehungen zwischen dem englischen Liberalismus und der Arbeiterpartei an einen wichtigen Wendepunkt angekommen sind.

Marokko.

Neue Verstärkungen für General Lyautey.

Paris, 5. Juli. Nach einer Mitteilung des „Journal“ hat General Lyautey drei weitere Bataillone Hilfstruppen für Marokko gefordert. Die Mannschaften werden die Kolonialinfanterieregimenter der Garnisonen Paris und Cherbourg stellen.

Amerika.

Roosevelt, der große Demagog.

Dixterbay, 5. Juli. Roosevelt hat die Grundzüge des Programms der neuen Rooseveltpartei bekanntgegeben. Er erklärte, die demokratischen und republikanischen Parteiprogramme zeigten kein Verständnis für die soziale und industrielle Bewegung hierzulande. Er werde in seiner Wahlkampagne auf die Verteuerung der Lebenshaltung hinweisen und sich an die Lohnarbeiter und Farmer wenden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter der Wagen- und Karosseriefabriken hielten am Donnerstagabend ihre erste allgemeine Versammlung nach der beendeten Tarifbewegung ab. Die gut besuchte Versammlung fand bei Boer in der Weberstraße statt, einberufen von dem Kartell der fünf Verbände, die für die Wagen- und Karosseriearbeiter in Betracht kommen. Der Referent Wilhelm Siering besprach nach einem Ueberblick über die verflochtene Bewegung die Aufgaben der Arbeiter unter dem neuen Tarif. Wenn es trotz vieler Schwierigkeiten gelungen ist, mit einer Reihe von Betrieben feste Vereinbarungen abzuschließen, so ist damit ein Erfolg erzielt, den die Arbeiter nur durch ihre Wachsamkeit und ihre geschlossene Organisation sicherstellen können. Die zuerst hartnäckig verweigerte Verfürgung der Arbeitszeit auf 52 Stunden ist für 314 Arbeiter durchgesetzt worden, darf aber nicht durch Ueberstunden illusorisch gemacht werden. Für 466 Arbeiter wurden die Stundenlöhne um 4 Pf., für 135 Arbeiter um 3 Pf. erhöht. Sehr wichtig ist, daß die Arbeitskräfte nur durch die im Tarif angeführten Arbeitsnachweise bezogen werden. Andere Einstellungen dürfen nur vorgenommen werden, wenn die Unternehmer keine Möglichkeit haben, den Nachweis zu bringen. Die beteiligten Organisationen haben an die Streikenden 32 600 M. als Unterstützung ausgezahlt und 2000 M. für allgemeine Lasten ausgegeben, davon die Hälfte für Inzerate. Von der Polizei kamen 21 Strafmandate, die den Beteiligten 177 M. Strafgebühren auferlegten. Troßdem fünf Organisationen an der Bewegung Anteil hatten, sind keinerlei Mißbilligkeiten entstanden. Der Kampf ist sehr einmütig geführt worden, und die Streikenden haben sich wacker gehalten. Wenn in einigen Betrieben keine Erfolge zu verzeichnen waren, so lag dies an den eigentümlichen Verhältnissen im Gewerbe. Man hatte dort zum Teil mit sehr rückständigen, zum Teil mit sehr alten Arbeitern zu rechnen und muß es der weiteren Entwicklung der Dinge überlassen, die eine einheitliche Regelung der Arbeitsverhältnisse bringen wird. Siering ermahnte die Versammelten, an dem Erzwungenen festzuhalten und treu zur Organisation zu stehen. Verträge gegen den Tarif sind bei den Organisationen sofort zu melden.

Die Diskussion wurde im Sinne der Ausführungen des Referenten geführt und jede Abweichung vom Tarif, jede Nachgiebigkeit und Schwäche der Arbeiter, die sich in einigen Fällen zeigte, scharf beurteilt. Die neuen Tarife gelangten in der Versammlung zur Ausgabe.

Der Fleischermeister Julius Daniel, Reulöden, Delbrücker 28. Ede Hermannstraße, hat den Tarifvertrag unterzeichnet. Der Betrieb ist nicht mehr geipert. Zentralverband der Fleischer.

Zu den Differenzen im Ausschank der Brauerei in Friedrichshagen nimmt jetzt der Oekonom M. Wäntner in der „Rieder-Barnimer Zeitung“ Stellung und zwar in einer die Tatsachen auf den Kopf stellenden Weise. In einem umfangreichen Inzerat gibt er dem Publikum kund, daß, hätte er die aufgestellten Forderungen des Verbandes der Gastwirtsgehilfen bewilligen wollen, „er keine jeigaten, zum Teil seit Jahren bei ihm beschäftigten Reiner hätte entlassen müssen.“ Diese Behauptung ist unrichtig. Nicht ein einziger Angestellter — weder für fest noch auswärtsbeschäftigte — sollte brotlos gemacht werden, vielmehr sollte Herr Wäntner für die Folge den Lohnsatz und Arbeitsnachweis des Verbandes anerkennen, was er strikte ablehnte. Der Betrieb bleibt für organisierte Gastwirtsgehilfen geipert.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

Deutsches Reich.

Der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein im Jahre 1911.

Dem Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein ist es seit seinem Bestehen zum ersten Male gelungen, im Jahre 1911 seine Mitgliederzahl dauernd über 6000 zu halten. Seit seinem Anschluß an die Generalcommission der Gewerkschaften zeigt der Verband diese Entwicklung 1904: 2808, 1905: 3880, 1906: 4805, 1907: 4952, 1908: 4500, 1909: 4817, 1910: 5561 Mitglieder im Jahresdurchschnitt. Das Jahr 1911 weist ein Zuwachs von 552 Mitgliedern auf, nämlich einen Durchschnittsbestand von 6113 und am Jahresabschluss 6231. Der Beitragsmarkenverkauf wuchs im Verhältnis der Mitgliederzahl, er stellte sich für 1911 auf 252 000 Wochenmarken oder auf das Mitglied im Durchschnitt auf 41 im Jahre, eine bisher sonst noch nicht erreichte Anzahl. Die Kassenbestände stellen sich am Jahresabschluss auf rund 50 000 M. in der Hauptkasse und 15 000 M. in den Ortskassen, zusammen also 65 000 M. oder pro Mitglied etwas über 10 M. An Arbeitslosen, Reisende, Kranen-, Umzugs-, Rot- und Sterbunterstützung wurden 15 900 M. verausgabt. Die Lohnbewegungen und Streiks erforderten aus der Hauptkasse einen Aufwand von 12 400 M. Eine besondere Steigerung erfuhr der Krankengeldzuschuß dadurch, daß infolge des Schlußes der letzten Generalversammlung dieser Zuschuß an die in Privat- und Stadtgärtnereien tätigen Mitglieder in der Höhe der Arbeitslosenunterstützungssätze gezahlt werden. Zu einer größeren Förderung der Fachbildung wird die seit zwei Jahren erscheinende illustrierte fachtechnische Zeitschrift der Verbandzeitung, die sonst monatlich nur einmal ausgegeben wurde, seit Juli 1911 alle 14 Tage der Zeitung beigelegt, was den allgemeinen Beifall der Mitglieder gefunden hat, denn unter den Gärtnern herrscht für die fachtechnischen Fragen ihres Berufs ein ziemlich lebhaftes Interesse.

Ebenfalls zur Förderung der Fachbildung ist gegen Jahreschluß die Wanderbibliothek einer Neuorganisation unterzogen worden; es wurden dieser zahlreiche neuere Fachwerke einverleibt. Ferner war die Organisation mehrfach mit Erfolg bemüht, den Gärtnerlehrlingen das Recht auf den Besuch der Fortbildungsschulen zu erkämpfen, was von den Unternehmern aus Grundsatz bestritten und sonst in der Praxis auch fast durchgängig diesen jungen Leuten vorenthalten wird. Eine der anerkanntesten Autoritäten auf dem Gebiete des gärtnerischen Fachbildungswesens, Herr Kulturpraktiker Andreas Voh, konnte nicht umhin, öffentlich in einem Fachblatt anzuerkennen, daß unter allen gegenwärtig bestehenden gärtnerischen Berufsverbänden (die Unternehmerverbände einbezogen) es der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein sei, der für die Fachbildung am meisten leiste. Ein gewiß nicht unbedeutender Beitrag zu der bekannten Scharfmacherbehauptung, wonach die Gewerkschaften „nichts als Streikvereine“ sein sollen.

Kampfanfrage des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Im nächsten Jahre läuft der Tarifvertrag im Baugewerbe ab. Der „Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ hat deshalb die ihm angeschlossenen Verbände in einem Rundschreiben daran erinnert, daß für das nächste Jahr eine große Bewegung im Baugewerbe zu erwarten sei. Es erscheine empfehlenswert, in den Gebieten, wo die Bauwirtschaft in den nächsten Monaten ungünstig zu werden verspreche, die Behörden, Architekten und Industriellen darauf hinzuweisen, daß möglicherweise mit einer längeren Arbeits-einstellung im Sommerhalbjahr 1913 gerechnet werden müsse und daß es sich empfehle, die beschäftigten Bauten schon im gegenwärtigen Baujahre vorzunehmen.

Für die Bauarbeiter ist dieses Rundschreiben eine ernste Mahnung, ihre Organisation zu stärken, um den Machtgehilfen der Unternehmer mit Nachdruck entgegenzutreten zu können.

Der Verband der Zigarrenfortierer und Ristenbelleber Deutschlands

hat aufgehört zu existieren. Auf einem vom 13. bis 16. Mai d. J. in Hamburg stattgefundenen Verbandstage wurde die Verschmelzung beantragt. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inzeratenteil verantw.

mit dem Tabakarbeiterverband beschloffen. Der Sortiererverband wurde 1885, zwei Jahre später als der Tabakarbeiterverband, gegründet. Der Uebertritt in den Tabakarbeiterverband erfolgte mit 3805 Mitgliedern, davon 1099 weiblichen. Das ist der größere Teil der Berufsangehörigen.

Die Zigarrenfortiererei ist eine Teilarbeit der Zigarrenfabrikation. Bestrebungen zu einer Vereinigung mit dem Tabakarbeiterverband traten schon früher zutage, doch scheiterte eine Verschmelzung in der Hauptsache immer an der Verschiedenartigkeit der Einrichtungen beider Verbände. Da die wirtschaftliche Entwicklung in der Tabakarindustrie aber dringende eine Konzentrierung der Kräfte forderte, so beschloß im September 1911 die in Dresden tagende Generalversammlung die Verschmelzung mit dem Tabakarbeiterverband gegen eine Stimme. Eine Verständigung über die Einzelheiten wurde gefunden und Mitte Mai d. J. legten beide Verbände in Hamburg ihr Siegel auf die Verbindung. — Der „Organisator“, das Organ des Sortiererverbandes, hat mit der Nr. 13 vom 30. Juni gleichzeitig zu existieren aufgehört.

Bemerkenswert ist noch, daß von der Gründung des Sortiererverbandes bis zur Verschmelzung Genosse v. Elm sein Vorsitzender war, dessen Hingabe und Organisationstalent mancher innerer und äußerer Erfolg zu danken ist.

Christliches Liebeswerben.

In Würzen i. S. beschloffen die Steinarbeiter, den sechs Wochen dauernden Streik als erfolglos aufzuheben. Sofort erschienen wie die Hyänen auf dem Schlachtfelde einige Agitatoren vom schwarzen „Keram“ und Steinarbeiterverband“ (Sig Adin) und arrangierten Versammlungen, um im Trüben zu fischen. Flugblätter der Christlichen wurden in Massen auf den Arbeitsplätzen und in den Kantinen selbst von Aufsehern und Bruchmeistern verbreitet. Da diese Agitation aber wenig Erfolg hatte, stellten den Zentrumschritten die Nödniger Vorphyr-Aktionen einen Teil ihres Waldkomplexes zu einer Versammlung zur Verfügung. Neben den bisherigen Arbeitswägigen und den Bruchmeistern war auch der Direktor genannter Firma erschienen, den die christlichen Agitatoren in widerlichster Weise beweihräucherten. In der Diskussion kennzeichnete Genosse Staudinger das Treiben der christlichen Führer, die ja noch schlimmer seien als die „Selben“. — Obgleich die Firma alles getan hat, um unter ihrer 700 Köpfe zählenden Arbeiterschaft die christliche Bewegung einzuführen, ist ihr dieses völlig mißlungen.

Achtung, Textilarbeiter! Seit Montag, den 1. Juli stehen fast sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Baumann u. Leberer, mechanische Segeltuchweberei in Kassel, in Kündigung. Eine von den Beteiligten geforderte Lohnerhöhung, die durchschnittlich 8 Proz. betragen würde, ist von der Firma schroff zurückgewiesen worden. Wir bitten den Bezug nach Kassel fernzualten. Deutscher Textilarbeiterverband, Filiale Kassel.

Die Metallarbeitersperrung in Hannover.

Hannover, 5. Juli. (W. L. B.) Die streikenden und ausgeübten Arbeiter in der Metallindustrie haben, soweit sie gewerkschaftlich organisiert sind, gestern und heute in vier Versammlungen zu dem erneuten Angebot der Arbeitgeber Stellung genommen. In geheimer Abstimmung wurde dieses Angebot mit 4851 gegen 788 Stimmen abgelehnt. Die christlichen Gewerkschaften, die nur einen geringen Prozentsatz der hiesigen Metallarbeiter ausmachen, haben das Angebot der Arbeitgeber angenommen und die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Die neuen Bedingungen der Arbeitgeber gewähren eine wöchentliche Arbeitszeit von 57 Stunden und 3 Pfennige pro Stunde Lohnzulage. Für die Verkürzung der Arbeitszeit kommen 1,8 Pf. in Abzug, so daß als tatsächliche Lohnerhöhung 1,2 Pf. in Betracht kamen.

Die Verräterei der christlich organisierten ist zwar schösel genug, aber bei ihrer geringen Zahl bedeutungslos für die Bewegung.

Die Lohnbewegung der Bremer Hafnarbeiter

nimmt in diesem Jahre einen friedlichen Verlauf. Für die Stauerarbeiter und für die im nicht händigen Arbeitsverhältnis stehenden Expeditionsarbeiter ist bereits ein neuer Tarif abgeschlossen. Danach wird der Tagelohn vom 1. Juli d. J. ab von 4,80 M. auf 5,10 M., vom 1. Januar 1913 ab auf 5,20 M. erhöht. Für Arbeiten am Lande wurden bisher 4,50 M. pro Tag bezahlt. Dieser Lohn steigt vom 1. Juli ab auf 4,80 M., vom 1. Januar 1913 ab auf 4,90 M. Sonntagsarbeit wurde bisher im Schiff für die Zeit von 6 Uhr morgens bis 2 Uhr mittags mit 7 M., am Lande mit 6 M. bezahlt. In Zukunft sollen dafür 9 bzw. 8 M. bezahlt werden. Für die Ueberstunden wurde ein Zuschlag von 10 Pf., für die Nacht ein solcher von 1,50 M. demütigt. Für schlechtere Arbeiten wurden weitere Zuschläge vereinbart. Ferner wurde im Tarif eine Bestimmung aufgenommen, wonach die Wartezeit bei Lohnzahlungen nach 7 Uhr abends mit 80 Pf. pro Stunde bezahlt wird. Vom 1. Mai 1913 ab soll, nach vorausgegangenen Verhandlungen mit der zuständigen Behörde, der neunhündigste Arbeitstag ohne Lohnkürzung eingeführt werden. Zu diesen Verhandlungen werden drei Arbeitervertreter hinzugezogen. Der Vertrag wurde auf zwei Jahre abgeschlossen. Die Organisation hofft, auch für die übrigen Gruppen der Hafnarbeiter eine Verständigung herbeizuführen.

Eine Stadtverwaltung leistet Streikbrecherhilfe.

In Strahburg i. E. stehen seit 14 Tagen rund 300 Kohlenarbeiter im Streik. Arbeitswägige fanden sich bisher so gut wie keine ein. Da kam den Unternehmern die — Stadt zu Hilfe, die ihre Krane und Kranenführer zum Ausladen des Streikgutes zur Verfügung stellte. Gegen diese einseitige Stellungnahme der Stadtverwaltung protestierte am Dienstag die Strahburger Arbeitererschaft in einer stark besuchten Volksversammlung. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde diese Hilfeleistung scharf verurteilt.

Der Streik in den Steinzeugwerken Friedrichsfeld i. Baden wird mit Hartnäckigkeit weitergeführt. Die Direktion der Werke verläßt jetzt, unter die Streikenden Zerpitterung zu tragen. In einem Kleinflugblatt erklärt sie, jede Vermittelung abzulehnen und auch nie wieder einen Tarifvertrag eingehen zu wollen. Gleichzeitig sucht aber die Firma die Streikenden zu machen und verspricht allen Arbeitern Gnade, die im Laufe der Woche die Arbeit wieder aufnehmen. Auch sollen in diesem Falle alle vor der Arbeitsniederlegung gemachten Zugeständnisse aufrecht erhalten bleiben, nur bei den Töpfern der Chemischen Abteilung sollen sie zurückgezogen werden. Die Proklamation der Direktion zeigt, daß ihre Lage nicht so günstig ist, wie sie sich den Anschein zu geben versucht. Zu dem Trupp Hingegardisten ist vor einer Zeit ein Trupp Arbeiter aus der Wobbacher Gegend in der Stärke von 40 Mann gestoßen, jedoch ist eine Anzahl schon wieder abgereist. Die Raudreißer spielen aber anscheinend mehr Staffage und sollen jedenfalls nur dazu dienen, die Streikenden zu entmutigen. Das ist bisher nicht gelungen; der Kampf steht infolgedessen für die Streikenden recht günstig, als die Sterntruppe in diesem Streik, die Töpfer, nicht einen einzigen Streikbrecher zu verzeichnen haben, was es auch der Firma noch nicht gelungen ist, auch nur einen arbeitswägigen Töpfer auswärts aufzugeben. Der Kampf hat sich jetzt auch noch infolgedessen verschärft, daß am Dienstag circa 20 Maschinen, Schloffer und Tischler der Werke sich den Streikenden angeschlossen hatten, weil sie die ihnen zugewiesene Arbeit nicht verrichten wollten. Wir erlauben, die Streikenden dadurch zu unterstützen, daß der Zugang von Töpfern, Steinzeug- und Röhrenarbeitern sowie Hilfsarbeitern von Friedrichsfeld strengstens ferngehalten wird.

Ausland.

Deutsche Streikbrecher in Zürich.

Wie gegen die in Zürich seit längerer Zeit streikenden Arbeiter sind nun auch gegen die daselbst streikenden Schloffer deutsche Streikbrecher losgelassen worden, edle Hingegardisten, bewaffnet mit Revolvern, Gummischläuchen, Dolchen und anderen charakteristischen Instrumenten lokaler Gefinnung und Kultur, sowie ausgestattet mit den nötigen Fähigkeiten, davon ausgiebigen Gebrauch zu machen, wie ihre bisherigen Leistungen beweisen. Jetzt veröffentlicht die Metallarbeitergewerkschaft im „Vollrecht“ das mit einem vom Streikbrecher „ajh“ geflüchteten „Arbeitswägigen“ im Polizeibureau aufgenommenen Protokoll, das einen äußerst interessanten Einblick in das Treiben der „nützlichen Elemente“ gestattet. Der Mann kam von Elberfeld nach Zürich zu der Firma Ganger u. Cie. als Streikbrecher, und zwar am 19. Juni, und er erklärt nun, daß er schon früher davongelaufen wäre, wenn er sich nicht vor den Schlägen oder dem Niederstießen durch die bewaffneten Kontrolleure Hansen und Pappe gefürchtet hätte, von denen immer einer vor dem Ausgang Posten steht. Auch die gewerkschaftlichen Streikbrecher Dreier, Steinkopf und ein Berliner sind mit Revolvern ausgerüstet, zu denen die Firma auch die Patronen liefert. Den anderen Streikbrechern hat sie die Gummischläuche geliefert. Als schon vorher ein Arbeitswägiger namens Faust (Schloffer) geflüchtet war, befehli der Fabrikant Ganger, die Waffen einzuweisen zu verstoßen, da eine polizeiliche Untersuchung zu gewärtigen sei. Die Revolver wurden dann zum Teil der Kochin übergeben, zum Teil im Ofen des Ofzimmers verstreut und die wirklich erschienenen Polizei fand sie nicht. Der Sonntagsspaziergang wurde unter Aufsicht der Kontrolleure, d. h. wohl der Streikbrecheragenten und eines Meisters Büchli gemacht, der die ganze Besatzung begleitete. Im Streikbrecherajh zu Zürich geht es recht „staatsbehaltend“ zu, indem die Streikbrecher einander mit Revolvern usw. bedrohen. Eine von den Arbeitern der Firma Ganger u. Cie. gegen die streikenden Schloffer in der schärfmacherischen Züricher „Bürger-Zeitung“ veröffentlichte Erklärung ist nach der Aussage des geflüchteten Arbeitswägigen in Maschinenchrift den Streikbrechern von der Firma zur Unterschrift vorgelegt und von diesen auch unterschrieben worden. Die Erklärung war schon vorher, ohne die Erlangung der Unterschriften abzuwarten, in der „Bürger-Zeitung“ gedruckt worden.

Ein Kommentar zu dieser Naturgeschichte der Streikbrecher, ihrer Protektoren und Kuchnießer erübrigt sich. Es ist nur noch das eine festzustellen: Und das sind die Stützen der Gesellschaft!

Der Streik der französischen Seelente

greift nun auch auf die Proletarier von der Kommandobrücke über. In Marseille haben sich 70 Offiziere der Compagnie Vigite der Ausstandsbewegung angeschlossen. Auch die Maschineningenieure erklärten sich mit ihren Kollegen von der Kommandobrücke solidarisch. Nur zwei Gesellschaften haben die Forderungen der Offiziere anerkannt. Ob die Courage der betroffenen Proletarier anhalten wird, bleibt abzuwarten.

Letzte Nachrichten.

Französische Wahlreform.

Paris, 5. Juli. (W. L. B.) Die Kammer setzte heute die Beratung der Wahlreform fort. Im Verlaufe der Verhandlungen erklärte Ministerpräsident Poincaré, daß er wünsche, daß das Gesetz mit einer möglichst großen Zahl republikanischer Stimmen angenommen werde. Er werde das Gesetz zur Durchführung bringen, selbst wenn die Regierung daran scheitern sollte.

Der Londoner Streik.

London, 5. Juli. (W. L. B.) Die Anstrengungen, die in den letzten Tagen hinsichtlich der Beilegung des Dockarbeiterstreiks gemacht worden sind, sind so gut wie gescheitert. Das Streikkomitee veröffentlicht heute abend eine Erklärung, in der es heißt, daß der Streik bis auf weiteres fortgesetzt werden soll. Der Streikführer Anderson erklärte, die Arbeiter seien mehr denn je entschlossen, die Arbeit nur unter gerechten Bedingungen wieder aufzunehmen.

Die rumänische Regierung zur Vermittelung gezwungen.

Bukarest, 5. Juli. (W. L. B.) Die bereits lange schwedenden Differenzen zwischen den Industriearbeitern und den Fabrikanten haben nunmehr zum offenen Bruch geführt. Mehr als 10 000 Arbeiter sind heute in den Ausstand getreten und haben Straßendemonstrationen veranstaltet. Der Minister des Innern hat die Führer der Arbeiter und der Industriellen zu sich gebeten und die Einsetzung einer Einigungscommission, die sich aus Mitgliedern beider Parteien und Vertretern der Regierung zusammensetzen soll, angetragt.

Chinesische Anleihe und russische Belkemmungen.

Peking, 5. Juli. (W. L. B.) Die chinesische Regierung hat in der Anleihefrage anscheinend einen glatten Sieg davongetragen, denn es handelt sich jetzt überhaupt nicht mehr um eine 60 Millionen Pfund-Anleihe, wie die Rächte wollten, sondern um eine Anleihe von über 10 Millionen Pfund, wie es die chinesische Regierung vorschlug. Innerhalb der Gruppe der Anleihemächte machen sich nun die widersprechendsten Richtungen geltend. Rußland verlangt, daß die Mittel der Anleihe auf keinen Fall Heereszwecke zugute kommen sollen, da es sonst fürchtet, große Truppenmassen in Sibirien zu unterhalten, und durch seine europäischen Truppen schwächen möchte. Außerdem will Rußland den dritten Teil des belgischen Anteils übernehmen, um sich ein Uebergewicht zu schaffen. Dagegen opponieren jedoch die Vertreter der übrigen Mächte.

Ein neuer Dauerweltrekord in der Kwiatik.

Leipzig, 5. Juli. (W. L. B.) Während der hier stattfindenden Großen Leipziger Flugwoche führte heute abend 7 1/2 Uhr der Flieger Schirmer mit vier Passagieren einen Flug von 83 Minuten 42 Sekunden Dauer aus und brach damit den Dauerweltrekord.

Geflüchtete Betrüger.

Budapest, 5. Juli. (W. L. B.) Großen Aufsehen erregt in Beseß Csoba das Verschwinden des dort ansässigen hochangesehenen Advokaten Dr. Urszini, der nach Verurteilungen in Höhe von einer halben Million Kronen sich wahrscheinlich nach Amerika geflüchtet haben wird.

Warschau, 5. Juli. (W. L. B.) Der Beamte der Versicherungsgesellschaft „Russija“, Kapnit, ist nach Unterschlagung von mehr als 300 000 Rubel flüchtig geworden. Er dürfte sich entweder nach Deutschland oder nach Oesterreich gewendet haben.

Ritualmordprozess im 20. Jahrhundert.

Kiew, 5. Juli. (W. L. B.) Im Ritualmordprozess hat der Appellhof gemäß dem Antrag des Bezirksgerichts seinen Beschluß, gegen den Juden Verbitz die Anklage zu erheben, annulliert und eine Neuuntersuchung des Mordes an dem Knaben Juschischinski angeordnet.

Generalstreik der Doker in Brasilien.

Rio de Janeiro, 5. Juli. (W. L. B.) In Santos sind die Stauer in den Ausstand getreten. Der Generalstreik der Dokerarbeiter steht nahe bevor.

Aus der Partei.

Ausschlüsse aus der Partei.

Auf Antrag der Mitgliedschaft Bremer haben wir vom Vorstand des Bezirks Nordwest gegen den früheren Arbeitersekretär G. Stolt in Bremer haben ein Ausschlussverfahren eingeleitet worden. Der Bezirksvorstand hat Stolt infolge erdrückender Beweise aus der Partei ausgeschlossen. Stolt's Ausschluss erfolgte wegen Verletzung des § 23 des Parteistatuts.

In einer Sitzung des Vorstandes des Gauess Pfalz wurde der Schneider Jean Volz-Kundenheim wegen Verstoß gegen den § 28 des Parteistatuts aus der Partei ausgeschlossen. Volz war der Schreiber des in der „Pfälzer Zeitung“ veröffentlichten Artikels „Die Profit Landtagsabgeordneter wurde“. Bekanntlich hat der Redakteur des Zentrumsblattes vor Gericht die gegen Genossen Profit erhobenen Anschuldigungen reumütig als völlig unwahr zurücknehmen müssen.

Parteiliteratur.

Im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin (Paul Singer u. Co.), erscheint ein Werk, das jedem politisch Interessierten, vor allem aber dem aktiven Politiker ein sehr wertvolles Hilfsmittel werden wird. Es ist dies ein: Internationales Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung, dessen erster Vierteljahrsband für 1912 jetzt vorliegt. In der raschen Flucht der politischen Erscheinungen und Ereignisse in Inland und Ausland schwindet sehr häufig manche Einzelheit aus dem Gedächtnis, die im Laufe der Zeit wieder Bedeutung erlangt oder auf die der Berufspolitiker in der einen oder der anderen Frage wieder zurückgreifen muß. In solchen Fällen spart das Jahrbuch zeitraubendes Suchen und Nachschlagen, da es die wichtigsten Vorgänge und Ereignisse chronologisch geordnet und in erschöpfender knapper Form fixiert hat, so daß es eine stets wertvolle Chronik der politischen Ereignisse und wichtiger Vorgänge der Arbeiterbewegung ist. Auf dem Gebiete der inneren Politik berücksichtigt das Jahrbuch die Reichstagswahlen, die Tätigkeit des Reichstages, die auswärtige Politik, Reichsfinanzen, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, die Parteien, Gewerkschaften und Genossenschaften sowie wichtige Vorkommnisse in den Bundesstaaten. Ebenso werden die bedeutendsten politischen Ereignisse der europäischen und außereuropäischen Staaten registriert.

Der jetzt vorliegende 1. Vierteljahrsband umfaßt auf 216 Seiten die Ereignisse vom 1. Januar bis 31. März 1912. Der Preis dieses Bandes beträgt gebunden 2,50 M. Der ganze Jahresband wird solid gebunden 12 M. kosten. Den Redaktionen der Arbeiterpresse, den Parteien, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbüros, den Abgeordneten usw. wird das Jahrbuch gute Dienste leisten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Nachwehen der Reichstagswahl.

In Groß-Lieslow (Kreis Rottbus) war der streitbare Pfarrer des Ortes in die sozialdemokratische Versammlung gekommen. Er versuchte zu erweisen, daß die Versammlung mit einem Kaiserhoch begonnen werde. Das klappte nicht. Dann redete er — immer aus dem Hütensack des Reichsverbandes. Schließlich zitierte er, aus dem Zusammenhang gerissen, einen Satz, der die angebliche Bauernfeindschaft unseres alten Liebling beweisen sollte. Empört durch die pastorale Rhetorik machte der aus Rottbus anwesende Genosse Lopezert erregte Zwischenrufe gegen den Pastor. Dabei fiel auch das Wort „Lüge“. Der herrliche Pastor ließ zum Stuhl und hatte Erfolg. Unser Genosse wurde vom Rottbuser Schöffengericht wegen formaler Verleumdung zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend.

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 14 des vierten Jahrganges heben wir hervor: Brechen im Deutschen Reich. — Die Krisen. Von Gustav Eckstein. — Jugendgedenken eines Arbeiters. Von Albert Rudolph. — Zahnkrankheiten und ihre Verhütung. Von Kurt Viging. (Mit Abbildungen.) — Aus einem kleinen Bundes-

Kleines Feuilleton

Abnormitäten. Der internationale Kongreß der Abnormitäten, der zurzeit in Berlin tagt, läßt die Erinnerung an einige berühmte Namen auf diesem Gebiete der Naturgeschichte aufkommen, die ein wichtiger Mann einmal „Herzoglichschneider“ genannt hat. Da sind z. B. die ohne Arme geborenen Fuhlfünftler, die in früheren Jahren sehr zahlreich waren. Gottfried Diebe, C. S. Anthon hießen die berühmtesten dieser Fische, die ihre Fische wie die anderen Menschen die Hände zu gebrauchen wußten, zeichnen, schreiben usw. Diebe vermachte die feinsten Nähmaschinen einzufäden und hatte solche Fertigkeit erlangt, seine Fische, die ihn ernährten, zu gebrauchen, daß er zu sagen pflegte: „Wenn mir jetzt die Hände wüßten, ich wüßte gar nicht, was ich mit solchen Dingen anfangen sollte.“ Schon aus dem 15., 16. und 17. Jahrhundert wird von solchen „Kumpfmenschen“ berichtet, und es gibt, auch von Frauen dieser Art, Bilder und Gedichte, in denen sie verewigt wurden.

Riesen und Zwerge hat es zu allen Zeiten gegeben. In dem letzten Jahrhundert erlangte eine gewisse Weltberühmtheit der Riese Murphy, der in den fünfziger Jahren in der ganzen Welt auftrat, und den Napoleon III. durchaus mit einer Schweizer Rieflin Marie Schuberger verheiratet wollte, um ein Riesengeschlecht heranzubilden. Die Idee scheiterte daran, daß die Schwieger bereits verheiratet war, obwohl sie immer noch unter ihrem Mädchennamen austrat. Wie der Name Murphy geradezu sprichwörtlich wurde für riesenhafte Menschen, so war Tom Pouce, den Varnum aus eigener Nachvollkommenheit zum General Tom Pouce ernannte, der stehende Name für Verkrüppelten von besonders kleiner Gestalt. Er war jahrelang Varnums Haupteinnahmequelle, stand sich aber selbst dabei noch ganz gut, denn im Zenith seiner Verkrüppeltheit, im Jahre 1847, hatte er ein Jahreseinkommen von 15 000 Pfund Sterling. Spätere Verkrüppelten dieses Genres waren der Zwergergeneral Rite und die Prinzessin Pauline.

Andere Abnormitäten waren die zusammengekauften Siamesen Chong und Eng, die im Jahre 1811 in Kanton geboren waren, in den Jahren 1829 und 1870 nach Europa kamen, um sich für Geld sehen zu lassen, hat man diese Art Abnormitäten stets „siamesische Zwillinge“ genannt. Auffsehen erregten besonders die Schwestern Rosa und Josepha Blaczel aus Streichow in Pommern, die sich verschiedentlich für Geld sehen ließen. In diesen und anderen Fällen waren zwei völlig ausgebildete Menschen zusammengewachsen. Im Jahre 1800 aber wurde in Amerika ein Kind mit zwei Köpfen gezeugt, das bereits acht Monate nach der Geburt starb. Eine ähnliche Abnormität lebt bei Venedig in einer kleinen Villa, die sich der Wundermensch Johann Jacob Laccio vom Ertrage der Schaustellungen erworben hat. Laccio, der im Jahre 1877 geboren ist, hat zwei Köpfe, 4 Hände, aber im übrigen nur den Körper eines Menschen. Beide Köpfe unterhalten sich, denken sich aus. Noch merkwürdiger ist der Hindu Laloo, der im Jahre 1882 auf der indischen Ausstellung in London war und von dort aus eine Tournee durch die Welt machte. Aus der Brust dieses Mannes ist der Körper eines Mädchens, dem der Kopf fehlt,

flaot. — Aus der Jugendbewegung. Vom Kriegsschauplatz. Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Der Mann mit der Flasche. Erzählung von Rudyard Kipling. — Rudyard Kipling. Von Rudolf Kommer-London. — Das Erdbeerparadies Vierlanden. Von Aug. Wysocki. (Mit Abbildungen.) — Unter dem Baume des Wissens. Von Jürgen Brand. — Wäcker für die Jugend. — Wie die Capus das Feuer belamen. Eine Sage der nordamerikanischen Indianer.

Soziales.

Die Belastung Deutschlands und Englands durch die Sozialpolitik.

Die Worte, die Professor Bernhard von der Berliner Universität auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf im März dieses Jahres über die Fortführung der deutschen Sozialpolitik sprach, erregte damals auch in bürgerlichen Kreisen peinliches Aufsehen. Der Redner, früher selbst ein eifriger Sozialpolitiker, wandte sich gegen das angebliche Uebermaß der sozialen Fürsorge, zu dem wir in Deutschland gelangt seien, das den Arbeiter zur Verantwortungslosigkeit und Mentenhysterie erziehe und die Arbeitgeber in ihrer Unternehmerlast lähme, indem es sie durch die zu großen aufgebürdeten Kosten gegenüber dem Auslande konkurrenzunfähig mache.

Der bekannte Statistiker Professor Dr. C. Walloß hat nun diese Äußerungen des Berliner Professors zum Anlaß einer Untersuchung genommen, die sich mit der Belastung Deutschlands und seines ältesten und größten Konkurrenten auf dem Weltmarkt, Englands, durch die Sozialpolitik beschäftigt. Englands Sozialpolitik ist jünger als die Deutschlands: sie ist erst ein Produkt der letzten Jahre. Aber mit dem Eifer des Nachfolgers hat England sofort gemeint, seinen Vorgänger in seinen Leistungen noch übertrumpfen zu müssen. Die schon lange bestehende Haftpflichtversicherung der Unternehmer, die unserer Unfallversicherung entspricht, wird wie diese natürlich von den Arbeitgebern getragen. Die Kosten der im Jahre 1911 in Kraft getretenen Altersversicherung trägt allein der Staat, während bei der bereits vom Parlament beschlossenen, aber noch nicht eingeführten Krankenversicherung die Unternehmer 2/3, der Staat 1/3, und die Arbeitnehmer 1/3 beizusteuern haben.

Sehen wir zunächst einmal von dieser letzten erst in Zukunft eintretenden Belastung ab, so ergibt sich folgendes Verhältnis der beiden Staaten:

Table with 4 columns: Category, Deutschland (1909) in Millions and per capita, England (1909) in Millions and per capita. Rows include: Armenlast, Unfall- und Haftpflichtversicherung, Alters- u. Invaliditätsversicherung, Private Volksversicherung, Krankenversicherung, Zusammen, Dabon Beiträge der Arbeitgeber, Beiträge der Arbeitnehmer, Beiträge des Staats u. der Gemeinden.

Hiernach wären also wenigstens seit dem letzten Jahre die englischen Unternehmer, gemessen an der Kopfzahl der Bevölkerung, etwa drei Viertel so stark belastet wie die deutschen. Bei den Arbeitnehmern wäre die Belastung ziemlich die gleiche, während der Staat unter Hinzurechnung der Armenlasten in England ungefähr den fünf-

*) seit 1911.

fachen Betrag des in Deutschland aufgewendeten für soziale Verpflichtungen zu zahlen hätte. Die vom gesamten Volke zu tragenden Lasten der sozialen Fürsorge sind pro Kopf in England um die Hälfte größer wie in Deutschland.

Mit dem in Bälde bevorstehenden Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes verschiebt sich dieses Verhältnis noch wesentlich. Die Belastung der Unternehmer erhöht sich durch dieses Gesetz um 367 Millionen Mark oder um 8 M. pro Kopf, die des Staates um 233,8 Millionen Mark oder 5,2 M. pro Kopf. Die englischen Unternehmer werden also in Zukunft eine relativ doppelt so hohe Belastung zu tragen haben wie die deutschen, während für den Staat die sozialpolitischen Lasten pro Einwohner sogar 6-7mal so hoch sein werden wie bei uns.

Zunungunsten Deutschlands tritt noch hinzu, daß die sogenannte Last des Unternehmers in Deutschland in der Tat vom Arbeiter getragen wird, da der Versicherungsbeitrag nur ein von vornherein feststehender Teil des Lohnes ist. Andererseits könnte man vielleicht gegen die hier von Walloß aufgestellte Berechnung einwenden, daß England eine weit größere Arbeiterbevölkerung (relativ) hat als Deutschland, weshalb nicht die Umrechnung auf den Kopf der Bevölkerung, sondern auf den Kopf des Arbeiters die richtigere wäre. Man würde dabei zu einer etwas niedrigeren Belastung der englischen Arbeitgeber kommen als in obiger Berechnung angegeben. Immerhin würde das nichts an der Tatsache ändern, daß in allernächster Zukunft der englische Arbeitgeber einen weit höheren Betrag für die Sozialpolitik aufzubringen haben wird, als der deutsche. Auch die höheren Beiträge der englischen Arbeiter zu den Gewerkschaften und an die statistisch nicht voll erfahrbaren „Friendly Societies“ müssen in letzter Linie ja von den Unternehmern getragen werden, da eben der englische Arbeiter durch diese mannigfachen Verpflichtungen gezwungen ist, höhere Löhne zu fordern und sie auch erhält.

Mit Recht wendet sich Prof. Walloß voll Empörung gegen die Zumutung, daß Deutschland gerade in dem Augenblick, in dem England im Interesse seiner Volksgesundheit so schwere neue Lasten auf sich nimmt, die seinen erleichtern solle. Er weist die Leute, die so gern bereit sind, für die militärische Stärkung des Volkes jedes Opfer zu bringen, darauf hin, daß in einer Reihe von Städten die militärische Tauglichkeit in bedenklichem Grade sinke, daß der Geburtenrückgang der letzten Jahre und ebenfalls mit einem Rückgang der Volkskraft und Volksmacht in der Zukunft bedrohe und fährt dann fort: „Angesichts all' dieser Fragen über die sozialpolitische Belastung zu klagen, erscheint vom wissenschaftlichen Standpunkte nicht gerechtfertigt, solches wäre höchstens zu erwarten von Vertretern einer Krämerpolitik, die aber stets den Staaten und Völkern, die von ihr nicht lassen konnten, den Untergang gebracht hat.“

Selbstmord als Betriebsunfall?

Der Maurer Wilhelm Sch. arbeitete am 16. Juni 1908 — einem sehr heißen Tage — auf einem Neubau. Sch., der sonst ein zuverlässiger Arbeiter war, mußte an diesem Tage wegen schlechter Arbeit von dem Polier getadelt werden. Nach einem solchen Tadel verließ er erregt seinen Arbeitsplatz, begab sich in die Wäube und erhängte sich. Die Witwe machte bei der nordholländischen Bauwerks-Berufsgenossenschaft Anspruch auf Hinterbliebenenrente geltend, da ihr Mann den Selbstmord unter der Einwirkung der außerordentlichen Hitze, der er bei seiner Arbeit besonders ausgefetzt gewesen sei und durch welche seine Geistestätigkeit beeinträchtigt wurde, begangen habe. Sie wurde von der Berufsgenossenschaft abgewiesen.

Die Verurteilung an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung hatte Erfolg. Das Schiedsgericht stellte Beweiderhebungen an. Der Maurerpolier S. wurde vernommen, ebenso wurde eine Auskunft der Arbeitgeberin eingeholt, endlich wurde noch ein ärztliches Gutachten von dem Medizinalrat Dr. Leppmann eingeholt. Auf Grund der Beweiderhebung und der ärztlichen Äußerungen erkannte das Schiedsgericht den ursächlichen Zusammenhang des Todes (Selbstmord) mit dem durch die starke Sonnenhitze herbei-

— Die Neue Freie Volksbühne wird in ihrem neuen Spieljahr, dem 22., ihren Mitgliedern nunmehr auch Opernaufführungen bieten, die an 22. Sonntagnachmittagen im Charlottenburger Deutschen Opernhause stattfinden werden. Im Neuen Volkstheater werden Werke von Schiller (Liederk und Literatur), Bedekind (Der Kammerjäger), von Schatz (Helden) gespielt werden, ferner die „Doppelgängerkomödie“ von Koss Paul, und „Die Spieler“ von Gogol, „Der Kaiserjäger“ von Brenner und Ostwald, „Mutter Landstraße“ von Schmidtson, „Mutter Weiss“ von Stabenhagen, „Figaros Hochzeit“ von Beaumarchais, Ibsens „Wildente“, „Der Graf von Charolais“ von Wehr-Gosmann. Eine Ueufführung wird der „Herz“ von Maria Römer zu teil werden. Außerdem wird den Mitgliedern eine ermäßigte Beteiligung an der Versuchsbühne, die vier Dramen junger Dramatiker herausbringen will, ermöglicht. Vom Bläserorchester läßt der Verein zehn klassische Orchesterkonzerte veranstalten.

— Gestellte Kritik. Wie die Kritiken über das Kronprinzenbuch zu stande kamen, plaudert die „Rhein-Beitrag.“ aus. Sie vertritt: „In der sicheren Voraussicht, daß bei der in der Persönlichkeit des Verfassers begründeten Bedeutung des Werkes allen größeren Zeitungen daran gelegen sein müßte, ihren Lesern möglichst schnell eine ausführliche Besprechung vorlegen zu können, suchte sich die „Deutsche Verlagsanstalt“ einen kleinen Kreis bekannter Tageschriftsteller aus, mit denen sie bestimmte Verträge abschloß, und übergab ihnen, und nur ihnen allein, die Vogen des im Druck begriffenen Buches. Auf den so organisierten Kritikerling wurden die in Frage kommenden größeren Zeitungen verteilt, ohne daß man es für nötig hielt, sie um ihre Zustimmung zu befragen. Die selbständige Kritik der Tagespresse wurde auf diese Weise einfach kaltgestellt. Die Redaktionen war ganz folgerichtig aufgegeben auf dem Konkurrenzweg.“

Die bürgerliche Presse hat also vom Verlag bestellte Rezensionen einfach glatt abgedruckt, ohne das Buch selbst zu kennen! Ihre Prostitution ist vollständig und ihre Rechtfertigung lautet: es machen es ja alle so — um der Konkurrenz willen.

— Reichum, Ehre und Ruhm. Einem Beduinen ist von der preussischen Akademie der Wissenschaften die goldene Leibnizmedaille verliehen worden. Aber die Feministen brauchen deswegen nicht zu triumphieren. Das Verdienst besteht in diesem Falle nicht in wissenschaftlichen, sondern in Geldleistungen, die der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, dem Kaiser-Friedrich-Museum und der Akademie zugute gekommen sind. Diese Art der Verwendung ererbten Vermögens ist gewiß honest und in Deutschland zudem selten. Auch wollte die Spenderin ihren Namen nicht genannt wissen. Aber die Akademie hat ihn illoquenterweise doch in die Öffentlichkeit gebracht, offenbar um mit der goldenen Medaille zur Nachfolge anzulocken. Sie nimmt mit Recht an, daß Spenden für Wissenschaft und Kunst wegen Titel, Orden und Medaillen und nicht um der Sache selbst willen gegeben werden.

— Ein Kino für Jugendliche, das die Auswüchse der üblichen Lichtbildtheater vermeiden soll, ist in Plauen eingerichtet worden. Es werden hier versuchsweise zwei Aufführungen in der Woche veranstaltet, die auf den Gesichtskreis der Kinder zugeschnitten sind und neben Belehrendem auch viel Unterhaltendes bringen. Die Auswahl der Bilder wird von Lehrern getroffen.

Notizen.

— Die internationalen olympischen Spiele, die dieses Jahr in Stockholm stattfinden, sollen 1916 in Berlin abgehalten werden. — An dieser Sportschau nimmt die Arbeiterschaft bekanntlich nicht teil.

gekürzten krankhaften Geisteszustande durch die ausgeübte Betriebsamkeit entstanden als hinreichend wahrscheinlich an und verurteilte die „Nordöstliche“ zur Entschädigungspflicht.

Die Berufsgenossenschaft legte gegen dies Urteil Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein.

Das Reichsversicherungsamt gab in der Tat dem Rekurs der Berufsgenossenschaft statt und hob das Urteil des Schiedsgerichts auf. In dem Urteil des erkennenden (11.) Senats heißt es:

Nach Lage der Sache hat das Reichsversicherungsamt dem Rekurs der Beklagten stattzugeben müssen, da es entgegen der Auffassung des Schiedsgerichts die Ueberzeugung nicht hat erlangen können, daß der Maurer Schernewski am 16. Juni 1908 einem Betriebsunfall erlegen ist. Unstreitig hat der Maurer Schernewski am 16. Juni 1908 Selbstmord begangen, indem er sich erhängt hat. Dieser Selbstmord könnte nur dann dem bei der Beklagten beschäftigten Baubetriebe nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts zugerechnet werden, wenn sich mit an Gewißheit grenzender Wahrscheinlichkeit feststellen ließe, daß der Selbstmord infolge geistiger Verfalltheit im Zustand der Unzurechnungsfähigkeit durch einen Betriebsunfall verursacht worden ist. (Zu vergleichen Anmerkung 6 zu § 8 des Gew.-Unf.-Vers.-Ges., Handbuch I, Seite 233.)

Im vorliegenden Falle verhält es sich nach dem Nachweis, daß Schernewski überhaupt unzurechnungsfähig war, als er den Selbstmord beging, weiterhin ist auch nicht festgestellt worden und läßt sich nicht mehr feststellen, ob die Unzurechnungsfähigkeit auf einen Betriebsunfall ursächlich zurückzuführen ist.

Zur Feststellung dieser beiden Voraussetzungen der Entschädigungspflicht der Beklagten reicht nach der Ueberzeugung des Reichsversicherungsamts das vom Königl. Reichsanwalt Medizinalrat Dr. Leppmann am 16. Oktober 1909 erstattete Gutachten nicht aus, da eine Obduktion des Verstorbenen nicht stattgefunden hat und nach Lage der Sache auch nicht mehr möglich war, weil die Mägen es seinerzeit unterlassen hatten, die Besagte rechtzeitig unter Erhebung von Ansprüchen auf Unfallentschädigung von dem Tode in Kenntnis zu setzen.

Die Vermutung des ärztlichen Sachverständigen, daß der Verstorbene am 16. Juni 1908 einen Sonnenstich erlitten hat, ist nach dem gesamten Akteninhalt nach Ueberzeugung des Reichsversicherungsamts nicht ausreichend wahrscheinlich gemacht.

Wie die Auskunft der Firma Sedert u. Danneberg, der früheren Arbeitgeberin des Verstorbenen, vom 15. Dezember 1909 ergibt, waren die Leistungen des Maurers Schernewski nicht herborragend. Diese Auskunft steht mit der Befundung des Medizinalpoliers Vogel zwar in Widerspruch. Doch hat das Reichsversicherungsamt kein Bedenken getragen, die Auskunft der früheren Arbeitgeberin für glaubhaft zu erachten.

Wenn überdies der Unterschied der Leistungen des Verstorbenen zur Zeit, als er sich das Leben nahm, so auffallend im Widerspruch mit seinen früheren Leistungen gestanden hätte, daß man auf eine Erkrankung des Verstorbenen gelegentlich seiner Betriebsarbeit am 16. Juni 1908 hätte schließen müssen, so hätten wohl der Maurerpolier Vogel als auch der Arbeitgeber Müller seinerzeit den angeleglichen Betriebsunfall Schernewski bei der Beklagten zur Anmeldung bringen müssen. Da sie aber beide einen ursächlichen Zusammenhang des Selbstmordes mit dem Betriebe nicht einmal vermutet haben, haben sie die rechtzeitige Anmeldung des angeleglichen Unfalls unterlassen. Wenn aber Schernewski kein guter Arbeiter war, so konnte seine angelegliche nicht gute Arbeit am 16. Juni 1908 nicht als etwas besonderes Auffälliges erscheinen. Da von den Zeugen irgendwelche sonstigen Krankheitszeichen eines Sonnenstichs an dem Verstorbenen nicht bemerkt worden sind, die Witwe in ihrer Eingabe an die Beklagte vom 5. September 1908 auch behauptet hat, daß ihr verstorbenen Ehemann schon vor dem 16. Juni 1908 an Erkrankung seiner Kopfweiden gelitten habe, so konnte das Reichsversicherungsamt nicht annehmen, daß der Selbstmord mit dem Betriebe in ursächlichem Zusammenhang stand, sondern es müssen andere Gründe, die sich nicht mehr feststellen lassen, vorgelegen haben. Das Reichsversicherungsamt hat sich vielmehr den Bedenken des Sanitätsrats Dr. Nisder in Berlin in seinem Gutachten vom 10. November 1909 anschließen müssen.

Unter Berücksichtigung aller dieser Unterlagen könnte man höchstens zu einer Möglichkeit einer geistigen Erkrankung des Verstorbenen, die auf den Betrieb ursächlich zurückzuführen wäre, gelangen, eine solche Möglichkeit würde aber zur Verurteilung der Beklagten nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts nicht ausreichen.

Da nach Lage der Sache eine weitere Aufklärung des Sachverhalts ausfindiglos erschien, mußte dem Rekurs der Beklagten stattgegeben und ihr ablehnender Bescheid vom 27. Mai 1909 wieder hergestellt werden.

Das Urteil zeigt wie weifremd manche Richter den tatsächlichen Arbeitsverhältnissen im Erwerbsleben gegenüberstehen. Inbesseren, das Reichsversicherungsamt ist die höchste und letzte Spruchinstanz, die Ansprüche der Hinterbliebenen, die vom Schiedsgericht verständigerweise anerkannt wurden, sind „an der höchsten Instanz annulliert. Die Witwe mit ihren Kindern erhält nichts. Das Urteil der letzten Instanz enthält keinen Tropfen sozialen Oels.

Schadenersatzpflicht einer Gemeinde aus dem Dienstvertrag.

Der Dienstberechtigte hat Räume, Vorrichtungen oder Gerätschaften, die er zur Verrichtung der Dienste zu beschaffen hat, so einzurichten, daß der Verpächtere gegen Gefahr für Leben und Gesundheit soweit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung es gestattet. Diese Verantwortung für gefährliche Einrichtungen besteht auch dann, wenn der Dienstberechtigte zwar nicht verpflichtet war, Einrichtungen zu schaffen, wenn er aber gefährliche Anlagen, die andere errichtet haben, bestehen läßt. Auf Grund einer solchen Fahrlässigkeit ist unlangst die Stadtgemeinde Schönebeck an der Elbe zur Leistung von Schadenersatz verurteilt worden.

Die Stadt Schönebeck besitzt eine an einer Chaussee belegene Sandgrube. Mit dem Herausholen von Sand hatte die Stadt den Fuhrmann D. beauftragt. Bei dieser Gelegenheit ist D. infolge eines Bohlenbelags bei der Ausfahrt verunglückt. Ein Epeditur W., der früher ebenfalls Sand geholt hatte, hat zur Erleichterung der Ausfahrt aus der weichgrundigen Grube einen Bretterbelag von alten, morschen Salinendrettern geschaffen, um das Einsinken der Wagen zu verhüten. Diese Einrichtung hat er mit der Erlaubnis des städtischen Baumeisters getroffen. Als D. eines Tages mit seinem Wagen darüber hinfuhr, brach ein zum Teil hohl liegendes Brett, schneifte in die Höhe und brachte den D. zu Fall. Dabei ist ihm sein Wagen über einen Oberkennel gefahren. Wegen der Folgen der Verletzungen nimmt D. die Stadt in Anspruch.

Das Landgericht Magdeburg hat die Klage abgewiesen. Das Oberlandesgericht Raumburg dagegen die Beklagte dem Grunde nach zur Schadloshaltung des Klägers verurteilt. Zur Begründung seines Urteils führt das Oberlandesgericht aus, daß die Beklagte unbedingt und § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs als Dienstberechtigter haftet. Sie ist für die schlechte Beschaffenheit des Abfuhrweges aus der Sandgrube verantwortlich. Wenn der Vertrag auch kein reiner Dienstvertrag (es handelt sich um einen Werkvertrag) ist, so ist der § 618 doch auch für solche Verträge heranzuziehen, die ihrem wesentlichen Inhalt nach dem Dienstvertrag gleichkommen. Auch deshalb ist dem Kläger der Schutz des § 618 nicht zu verweigern, weil ein anderer die Bretter zurecht gelegt hat. Der Kläger hatte sich verpflichtet, mehrere Fuhrten Sand aus der Grube zu holen. Die Beklagte hatte deshalb den Fußweg in ordnungsmäßigem Zustande zu erhalten. Bei einiger Aufmerksamkeit hätte die Beklagte die Gefährlichkeit für den Verkehr wegen der morschen Salinendretter erkennen müssen, besonders deshalb, weil sie schon zum Teil an anderen Stellen herausgebrochen waren. Eine Unterhaltspflicht für den Kläger bestand nicht, denn er konnte sich darauf verlassen, daß alles in ordnungsmäßigem Zustande sein werde. An sich war die Stadt zwar nicht verpflichtet, einen Bretterbelag zu schaffen, wenn sie aber den alten belassen lassen wollte, so mußte sie Eisenbohlen, alle Eisenbahnschwellen

und ähnliches festes Holz dazu verwenden. Mit der Duldung des gefährlichen Bretterbelags verleiht er den § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Das Reichsgericht hat am 2. Juli das Urteil des Oberlandesgerichts Raumburg bestätigt und die Revision der Beklagten zurückgewiesen. (Mitteltage: III. 406/11.)

Der Optimismus der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“.

Die „Medienburgische Volkszeitung“ bemerkt zu der von uns abgelehnten Beurteilung der „Rundschau“, Professor Dabe könne seine konservativen Freunde zu einer freundlicheren Stellung der Genossenschaftsbewegung gegenüber veranlassen:

„Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ besitzt einen Optimismus, um den wir sie — nicht beneiden. Nach ihrer Auffassung wäre also die Feindschaft der medienburgischen Junker gegen den Zusammenschluß der Arbeiter in Konsumgenossenschaften durch Belehrung zu beheben! Da sind wir denn doch anderer Ansicht. Selbst wenn der Agrarprofessor Dabe nicht die Feindschaft der Junker gegen die Arbeiterkonsumvereine teilen sollte, und wenn er sich dazu aufschwingen könnte, das öffentlich zum Ausdruck zu bringen, so würde er nur den in diesem Falle tauben Ohren der Junker predigen. Denn unseren Junkern ist der konsumvereinsliche Einkauf der Arbeiter an sich (1) auch jetzt in Wirklichkeit ganz gleichgültig, weil er ihre Interessen nicht berührt. Weshalb sie aber gegen ihn Front machen und die Arbeiterkonsumvereine verfolgen, ist, weil sie den Zusammenschluß der Arbeiter überhaupt befürchten. Finden sich die Arbeiter in der Organisation bezüglich des Konsums zusammen, so erwacht bei ihnen auch das Bewußtsein, auf anderen Gebieten ebenso zusammenstehen zu müssen, so kommt ihnen der Wille, sich auch auf anderen Gebieten in dem Gefühl der Solidarität organisatorisch zu betätigen. Und das wollen die Junker auf jeden Fall verhindern! „Ihre“ Arbeiter sollen „Individualisten“ bleiben, keinen Gemeinfinn, keine Übung von organisatorischer Betätigung, gleichviel auf welchem Gebiete, haben, damit die Junker sie nach Belieben jagen können. So wahren die Junker ihre Profitinteressen! Da heißt die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ auf Belehrung der Junker durch Belehrung vergeblich. Nicht die „besser unterrichtete“ Junkerschaft wird diese jähmen, vielmehr kann das nur geschehen, indem sich die Genossenschaftsbewegung aller Verfolgungen zum Trotz durchsetzt!“

Diese Ansicht wird wohl von allen denen geteilt, die vom Boden der direkten Wirklichkeit aus Dinge zu beurteilen sich bemühen, und nicht von einem illusionären Volkensududschheim aus.

Der 2. deutsche Blindentag.

Alle Blinden und Blindenfreunde Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz werden zu dem vom 22. bis 26. Juli d. J. in Braunschweig stattfindenden zweiten deutschen Blindentag eingeladen. Wie der erste deutsche Blindentag zu Dresden 1903, so wird sich auch die diesjährige Tagung vor allem mit den Verursachern der Blinden beschäftigen, so daß die Referate und anschließenden Beratungen für jeden Blinden und Blindenfreund von Interesse sein dürften. Wie in Dresden, so wird auch in Braunschweig eine Ausstellung Arbeitsprodukte Blinden, aber auch Arbeitsmethoden zeigen. Blinden Teilnehmern wird, soweit die Mittel hierfür vorhanden sind, eine Reise- und Aufenthaltsbeihilfe gewährt. Tagungsort: Kurhaus Nidomond. Beginn der Vorversammlung, Montag, den 22. Juli, abends 6 Uhr. Die Staats- und Stadtbehörden, wie auch die Bevölkerung von Braunschweig bringen der Veranstaltung ein gütiges Interesse entgegen und haben dem Ortsausschuß in liebenswürdiger Mitarbeit die Sorge für Unterbringung, Empfang und Begleitung der blinden Gäste erleichtert. Der deutsche Blindentag lehnt jegliche konfessionelle oder politische Zugehörigkeit ab und stellt sich lediglich der Aufgabe, Blinden den Lebensweg ebener zu helfen. Wer Interesse am Fortschreiten des Blindenwesens hat, möge daher dem zweiten deutschen Blindentag helfend zur Seite stehen.

Anfragen wolle man richten an den Ortsausschuß, z. B. von Herrn Kleiser, Braunschweig, hinter der Woch 1. Für Oesterreich an die Herren L. Hofrat Hugo Ritter von Chlumetz, Brunn, Aug. von Horvath, Wien, Kalerens Neubaugasse 76. Für die Blinden Epierantippen, Harald Thilander, Stockholm, Majoratgatan 12. Teilnehmerlisten wolle man mit genauer Angabe von Name und Wohnort bei dem unterzeichneten Geschäftsführer bestellen, der auch bereitwillig jede gewünschte Auskunft gibt.

Dr. Ludwig Cohn, Breslau, Charlottenstr. 1

Entwertung der Invalidenmarken.

Die Entwertung der für die Invalidenversicherung verwendeten Marken war schon bisher vorgeschrieben.

Durch die Reichsversicherungsordnung tritt hierin nur die Aenderung ein, daß als Tag der Entwertung, handschriftlich oder durch Stempel, der letzte Tag desjenigen Zeitraums angegeben werden soll, für welchen die Marke gilt. (Nach bisherigem Recht war der Tag des Einlebens der Marke maßgebend.)

Wird also wöchentlich Lohn gezahlt, so erhält die Marke das Datum des Sonntags. Wenn der Versicherte Sonntags nicht arbeitet, kann das Datum des Sonnabends gewählt werden. Wird vierteljährlich Lohn gezahlt, so muß der Arbeitgeber, wenn er eine Dreizehnwochenmarke liebt, die Entwertung mit dem Sonntage der letzten Woche des Vierteljahres vornehmen; verwendet er dagegen Einwochenmarken oder Zweiwochenmarken, so erhält jede Marke das Datum des Sonntags jeder Woche oder jeder zweiten Woche des Vierteljahres.

Geschäftigt der Arbeitgeber einen Arbeiter nicht die ganze Woche hindurch, so muß er als Entwertungsdatum doch das Datum des letzten Tages der Woche angeben; denn die Marke gilt für die ganze Woche, nicht für die Tage der Beschäftigung.

Die Entwertung der Marken darf nur in der vom Bundesrat ausdrücklich zugelassenen Weise erfolgen (z. B. 7. 1. 13 für den 7. Januar 1912), jedoch ist die Entwertung unter Angabe der vollen Jahreszahl (7. 1. 1912) für zulässig erachtet worden.

Die gleichen Vorschriften gelten für die zum Zweck freiwilliger Versicherung verwendeten Marken. Zusatzmarken sind mit dem Datum des Tages zu entwerten, an dem sie in die Quittungsliste eingelebt werden. Bei Verstoß gegen diese Vorschriften kann gegen die Verpflichteten eine Geldstrafe bis zu 20 M. vom Versicherungsamt verhängt werden.

Hinterpommersche Schulverhältnisse.

In der Schule zu Jamund, Regierungsbezirk Köslin, sind 128 Kinder einem einzigen Lehrer zugewiesen. Wen soll man nun mehr bemitleiden: den Lehrer, dem eine solche Lehrlast und Erziehungsverantwortlichkeit aufgebürdet ist, oder die Schulkinder, denen sich der Lehrer nicht hinreichend widmen kann? Bereits im Jahre 1873 ist eine zweite Lehrermwohnung vorgesehen. Vergeblich ist aber die Befreiung der zweiten Lehrerstelle verlangt. Wie lange noch wird die Königl. Regierung vor den Toren der Regierungsbereichshauptstadt Köslin einen der Kultur hochsprechenden Zustand dulden?

Der Kampf der Mieter in Plauen i. S.

In Plauen herrscht schon seit langer Zeit Wohnungsnot. Infolge des flotten Geschäftsganges wurden viele Familien von auswärtig nach Plauen gelockt, die wohl Arbeit, aber keine Wohnung gefunden haben. Gar viele Familien sind mit ihrem Hausrat auf die Straße gesetzt worden, weil den Hauswirten die Minder-

zahl zu groß war. Nunmehr hat die Stadtverwaltung eingreifen müssen, sie hat den Obdachlosen ein Unterkommen im Armenhause und in noch zwei anderen städtischen Gebäuden gewährt. Zwei Familien muhten sich mit einem Raum begnügen. Diese städtische Fürsorge wird den Obdachlosen aber nur 14 Tage gemährt. Die Wohnungsdnot wird aber trotz alledem von den Hausbesitzern noch abgeleugnet, ja sie dient dazu, die Mieter in gemeingefährlicher Weise zu schröpfen. Um 50 bis 60 Prozent sind die Wohnungen seit zwei Jahren teurer geworden. Kimmerratte Dauswirte — eilige besigen viele Häuser — steigerten die Mieter nicht nur einmahl, sondern fast bei jedem Quartalswechsel. Wie die Kollage der Mieter ausgenüht wird, um persönlichen Vorteil daraus zu ziehen, zeigt am deutlichsten das Treiben von zwei Fabrikanten, die zugleich viele Häuser ihre Eigen nennen. Diese beiden Fabrikanten Leopold u. Wolff, haben über 200 Wohnungen zumeist an ihre Arbeiter vermietet. In den letzten 1 1/2 Jahren haben sie die Mieten von 250 M. auf 380 M. hinaufgetrieben. Am 1. Juni belanzen sämtliche Mieter ein Schreiben, worin abermals mehr Miete verlangt wurde und außerdem erklärt wird, daß ab 1. Juli nur monatliche Kündigung Geltung hat und der Mietzins im voraus bezahlt werden muß. Doch damit noch nicht genug. Am 1. Juli sind die Mieten abermals um 30 M. gesteigert worden und für den 1. August steht nochmals Mietsteigerung bevor. Daß bei solcher Ausnutzung der Not die Mieter von Verzweiflung gepackt werden, ist nur zu erklärlich.

Die Mieter sandten eine beschleunigte Eingabe an die Stadtverordneten und den Stadtrat, in der sie erklärten, daß sie sich nunmehr dem Verlangen der Hausbesitzer Leopold u. Wolff einmütig widersetzen; sie werden weder die erhöhte Miete zahlen noch die Wohnungen räumen und es eventuell auf eine Massenemission ankommen lassen. Die Stadtverordneten und der Rat sollen mit den Hausbesitzern zwecks Ausgleichs verhandeln. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde diese Eingabe zur Kenntnis gebracht. Ein solches Auftreten der Mieter hätte sich in seiner Mehrheit aus Hausbesitzern bestehende Stadtverordnetenkollegium nicht erwartet. Der Stadtrat hatte inzwischen mit den in Frage kommenden Hausbesitzern Rücksprache genommen und der Bürgermeister konnte die Erklärung abgegeben, daß das schlimmste nicht eintreten würde. Danach scheint der Rat den beiden Hausagariern ins Gewissen geredet zu haben. Damit sollte die Stadtverordnetenkollegium es aber nicht bewenden lassen, sondern energisch weitere Maßnahmen ergreifen, um einem nimmerfertigen Hausagariern einen Dämpfer aufzusetzen.

Hungernde und kranke Schulkinder. Der soeben erschienene „Medizinisch-statistische Jahresbericht über die Stadt Stuttgart im Jahre 1910“, herausgegeben von Stuttgart-ärztlichen Verein, enthält sehr beachtenswerte Angaben über den Ernährungs- und Gesundheitsstand der Volksschulkinder Stuttgarts. Der zugleich als Schularzt fungierende erste Stadtrat Dr. Gaspar hat in der Zeit von Mitte September bis Mitte März 1910 von den 18 591 Volksschulkindern Stuttgarts 14 826 untersucht. Dabei stellte sich heraus, daß von den Schulkindern nur 18,6 Proz. einen Ernährungsstand aufwiesen, der als „gut“ bezeichnet werden konnte. Etwas besser sah es bei den Vorortkindern aus, von denen 20,8 Proz. als ausreichend genährt befunden wurden. Als „mittel“ ernährt werden 36,6 Proz. der Kinder (Vororte 34,5 Proz.) bezeichnet, „mittel mit anämischen Zustand“ (Blutarmut) 21,6 Proz. bzw. 24,8 Proz., „gering“ 11,8 bzw. 10,7 Proz., „gering mit Anämie“ 11,6 bzw. 9,4 Proz.

Das heißt: den 3761 Kindern, die als ausreichend genährt bezeichnet werden können, stehen 8278 gegenüber, deren Ernährungsstand nur als „mittel“, zum großen Teil mit Blutarmut verbunden, befunden wurde. 8101 Kinder sind direkt unterernährt, die Hälfte dieser Kinder ist abendern Blutarm.

Die Folgen der mangelhaften Ernährung machen sich im Gesundheitsstand der Kinder nur zu deutlich bemerkbar. An ausgedehnter Rachitis litten 5,2 Proz. der Stadtkinder, 10,7 Proz. der Vorortkinder, an Skoliose 10,1 Proz. bzw. 5,1 Proz., an Drüsen 12,2 bzw. 15,5 Proz., an Adenoiden 27,8 bzw. 22,5 Proz., an den Augen 12,5 bzw. 14,3 Proz., an Ohrenleiden 2,4 bzw. 4,5 Proz., Lungenleiden, nicht tuberkulös 8,1 bzw. 2,9 Proz. der Kinder usw.

Die Zahl der kranken und hungernden Volksschulkinder übertrifft die der gesunden um das Drei- bis Vierfache! Ein schärferes Verdammungsurteil über die heutige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ist kaum möglich.

Wohnungseld und Kindersterblichkeit. Wie stark mangelhafte Wohnungsverhältnisse auf die Kindersterblichkeit einwirken, zeigt die ärztliche Statistik über die Säuglingssterblichkeit in den verschiedenen Wohnquartieren Stuttgarts im Jahre 1910. Im Stuttgarter Vorort Gaisburg, in dem das Wohnungseld am schärfsten in die Erscheinung tritt, fielen im Jahre 1910 auf 100 Geburten 34,4 Todesfälle von Kindern unter einem Jahr, in der auf gemeinnütziger Grundlage errichteten Wohnkolonie Ostheim hingegen nur 6,4 Todesfälle. In Gaisburg ist also die Sterberate fünf- bis sechsmal höher! — Im Jahre 1909 stieg die Kindersterblichkeit in Gaisburg gar auf 48,1 Prozent, in Ostheim war sie 10,1 auf 100 Geburten; in anderen Bezirken sank sie sogar bis auf 4,3 Proz. Der Durchschnitt sämtlicher Wohnbezirke war 1909: 14,8 Proz., 1910: 16,2 Proz.

Dieser große Abstand des Prozentfußes der Kindersterblichkeit in den verschiedenen Wohnbezirken Stuttgarts läßt sich durch alle Jahre verfolgen. Es sind also keine zufälligen Ursachen, die die Kindersterblichkeit in den einzelnen Bezirken so gewaltig (bis zur Hälfte der Geburtenzahl) steigern. Neben den schlechten Einkommensverhältnissen steht das Wohnungseld an erster Stelle.

Genau so steht es in anderen Gemeinden.

Aus Industrie und Handel.

Die dänischen Schlächtereigenossenschaften.

Die Landwirtschaft Dänemarks, die fast ausschließlich eine Bauernwirtschaft ist, erhält ihr Gepräge durch das hochentwickelte Genossenschaftswesen. An der Spitze desselben stehen die Molkereigenossenschaften, die der dänischen Butter einen Weltreichtum verschaffen haben. Aber auch das Schlächtereigenossenschaftswesen hat in kürzester Zeit einen außerordentlichen Aufschwung erfahren. Den Anstoß dazu gab das im Jahre 1887 erlassene Einfuhrverbot Deutschlands für dänische lebende Schweine, von denen vorher große Mengen nach Deutschland abgesetzt wurden. Die dänischen Landwirte warfen sich nun auf den Export von Schweinefleisch und die sich rapide entwickelnden Schlächtereigenossenschaften bemühtigten sich sofort dieser Aufgabe, ehe noch der private Handel Zeit gefunden hatte, sie an sich zu reißen.

Die Schlächtereigenossenschaften bezahlen den liefernden Landwirten nach Schlachtgewicht und Qualität. Hierdurch sowie durch eine ganze Reihe von Maßnahmen, die auf eine Verbesserung der Qualität der Tiere hinwirken, haben sie es dahin gebracht, die Qualität außerordentlich zu heben. Die Entwicklung der Schlächtereigenossenschaft wird durch folgende Zahlen illustriert:

Jahr	Zahl der Schlächtereigenossenschaften	Zahl der geschlachteten Schweine	Zahl der Kinder	Ausfuhrüberschuß an Schweinefleisch in Millionen Kilogramm
1888	1	2 323 400	—	1870/82: 2,8
1900	26	675 200	18 700	1908/09: 94,8
1910	87	1 396 658	25 000 (jirka).	

Die Zahl der von den dänischen Schlächtereigenossenschaften geschlachteten Schweine hat sich demnach im Laufe von zwanzig Jahren etwa um das 60fache, die Ausfuhr von Schweinefleisch um das 35fache gehoben. Dänemark ist ein Land ohne landwirtschaftliche Schutzzölle und seine Bauern sind prinzipiell Freihändler.

Eingegangene Druckschriften.

Sänglingspflegeheft. Von Antonie Herzer. 90 Pf. Jul. Springer, Berlin, Dinst. 23/24.
Jahresbericht des Vorstandes des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands 1911. 292 S. Verlag A. Tobler, Hamburg 25.

Halberstadtbibliothek. 5429. Von Stufe zu Stufe. Lebensbild von H. Müller. 20 Bf. W. Reclam, Leipzig.
Deutsches Lesebuch für Vorkursen. Von H. Kühn und R. Bornert. 1. Ausgabe A 2 M., 2. Ausgabe A 2.50 M. — B. G. Teubner, Leipzig.
Verteilte Karte. Eine Geschichte aus dem Berliner Leben. Von Hans K. W. 2 M., gebd. 3 M. Verlag Continent G. m. b. H. Berlin W. 15.

St. Cie. Gb. Von F. Jüttner. Bilderalbum. 2 M. — „Luffige Blätter“, Berlin SW. 86.
12 Wohnungen für Schweizer in Groß-Berlin. Ein Beitrag zum Kampf gegen das Kost- und Logiswelen. 20 S. — Jahresbericht des Verbandsvorstandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter Deutschlands 1911. 32 S. Selbstverlag des Verbandes. Berlin, Reichstr. 1.

Ravon-Geife

ganz ohne Soda!!

eine neuartige Haushaltseife
 von
fabelhafter Waschkraft.
 Stück 20 Pf.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 2. Berl. Reichstagswahlkreis. (Bezirk 212).
 Am Mittwoch, den 3. Juli, verstarb unser Mitglied, der Dandler
Joseph Lüttgens
 Wasserlostr. 18.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des St. Simon-Kirchhofes in Brühl, Tempelhofer Weg aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein guter Mann, Vater, Schwiegereltern, Schwager und Onkel, der Händler
Joseph Lüttgens
 nach kurzem, schwerem Leiden am Mittwoch im 45. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
 Um dieses Beileid bitte zugleich im Namen der Hinterbliebenen die trauernde Witwe:
Ernestine Lüttgens geb. Feder
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des St. Simon-Kirchhofes in Brühl, Tempelhofer Weg aus statt.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berl. Reichstagswahlkreis. Köpenicker Viertel. Bez. 167 I.
Nachruf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Buchbinder
Heinrich Schwane
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.
 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner
Gustav Anders
 Großbeerenstr. 61
 gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Christus-Kirchhofes, Mariendorfer Chaussee, aus statt.
 Ferner hat unser Mitglied, der Dreher
Max Thur
 Zeltower Straße 43
 am 2. Juli an Lungenerkrankung.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Christus-Kirchhofes in Tempelhofer Chaussee, aus statt.
 Ferner hat unser Mitglied, der Metallbohrer
Hermann Skala.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pantower Kirchhofes in der Schönholzer Heide aus statt.
 Ehre ihrem Andenken!
 Rege Beteiligung erachtet
 Die Ortsverwaltung.

Am 2. d. Mts. verstarb unser lieber Kollege
Robert Leppens.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachm. 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes (Mariendorf) aus statt.
 Die Kollegen der Pianoforte-Fabrik Görs & Kallmann.

Zentralverband der Glaser Deutschlands.
 Zentrale Berlin.
 Am Mittwoch, den 3. Juli, ist unser langjähriges Mitglied, der Glaser
Robert Matzen
 nach schwerem Leiden gestorben.
 Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle am Fürstendammer Weg, Charlottenburg, aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Frauen-Sterbekasse
 von Mitgliedern der Zentralkranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer
 Filiale Neukölln I.
Nachruf.
 Am Freitag, den 28. Juni, ist in Eiprevagen nach langem schwerem Leiden unser Mitglied
Anna Köhler
 geb. Schulz
 im Alter von 30 Jahren verstorben.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
 Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres Vaters
Johann Jeppsson
 sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Hochverstorbenen Besten, dem Zigarrenhändler, dessen Nichtenberg, der Firma Hell u. Co., sowie Herrn Max Schütte für die tröstlichen Worte unseren herzlichsten Dank.
Witwe Auguste Jeppsson
 und Kinder.
 Für die uns anlässlich des Ablebens meines lieben Mannes, unseres guten Vaters erwiesene Teilnahme sagen wir hierdurch unseren verbindlichsten Dank.
Ellisabeth Georgi
 und Kinder.
 Berlin, den 4. Juli 1912.

Technikum - Bauschule
 Reg.-Baumeister Werner Neanderstraße 3.

Heideschloß Hohenbünde
 „Zum Gutenberg“
 Stadtbahnstation Zehner. Fernruf 293.
 Schönlich an Wald und See gelegen.
 Möbl. Sommerwohnungen u. Zimmer für Vereine etc. der schönste Ausflugsort. Brauhaus und Halle. Regelmäßig zc.
H. Lehmann.

Monats-Garderobe!
 Die besten Sommer-Paletots und 4-500 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, sowie von Abenteurern getragene, fast neue Sachen (a. Seide), für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffen billigen Preisen.
 1 Tr., deshalbbilliger wie im Laden.
Hirsch Kleiderhaus, Wasserlostr. 12/13 I

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz
 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Saison-Räumungsverkauf
 Feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gehrockanzüge Smoking auf Seide 30-70 M.
Versandhaus Germania
 21. Unter den Linden 21.

Verlangen und rauchen Sie die Zigaretten der
105/8*
Tabak-Tag Genossenschaft
 Stuttgart
 Vertreter: **Paul Horst.**
 Engländer 15, Gewerkschaftshaus.
 Vereinen, Gewerkschaften und Schulen empfiehlt sich das
Restaurant Wald-Jdyll
 Schmückwitz i. d. Mark.
 Ausflucht von Schulheft-Bieren. — Anerkannt gute Küche.
 Inh.: Ernst Noack. Telefon Zehner 31.

Westmann
 Mohrenstr. 37e
 Gr. Frankfurterstr. 115.
 Zum Schluss des Saison-Ausverkaufs ließe ich an:
2000 der feinsten Kostüme in Kammgarn, Loden, Bast, Velle, Foulard, Duchesse, Musselise, Alpaka, Seide etc.
 Jetzt 15, 18, 22, 30, 35 bis 150 sonst z. T. 25 bis 90.
2000 schwarze und farbige Mäntel in Alpaka, Seide, Tuch, Kammgarn, Leinen, Bast, Stoffen sogl. Art. Ulster
 Jetzt 12, 15, 18, 21, 24, 30, 33 bis 150 früher regulär 27 bis 65.
 Zum Ausverkauf! Mehrere Ständ. Kostüme u. Wäsche für M. 6, sonst bis 20 Kleider in divers. Stoffen 11, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150.
 Nur noch kurze Zeit! Für Pflanz- und Pelz-Konfektion Sommerpreise

Geschäftsanzeige.
 Dem geehrten Publikum v. Sorau und Umgebung zur gefäll. Kenntnis, daß ich das dem Prindeln Wängel gehörige Geschäft, Friedländer-Str. 18, übernommen habe und bitte um gütigen Aufbruch.
Cito Bäker, Sorau.

Das größte Abonnementshaus feinsten Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine
Monats-Garderobe
 direkt an Private.
 Anzüge und Paletots von 10 M. an.
 Friedrichstr. 108, Eing. Johannisstr., vis-a-vis der Karistr.

Waldorf-Astoria Cigarettes
 Hockey 3 Pf.
 Clio 5 Pf.
 33/2*

Preussische Klassen-Lotterie
 Lose in 1/2, 1/3, und 1/4 - Abschnitten sind zu haben bei
Moebius, Kgl. Lotterle-Einnehmer,
 73. Große Frankfurter Str. 73.

Sommerpreise.
 Gegr. 1893. **A. B. KOCH** Gegr. 1893.
Kohlen- und Brikett-Großhandlung
 Hauptkontor: Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.
 Telefon: Amt Königstadt, 3040 und 3096.
 Lagerplatz 1: O. 34, Rüdigerstraße 71 (Küstriner Platz, alt. Ostb.).
 Lagerplatz 2: O. 17, Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)
 Preise für Ia Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:
 pr. Ztr. pr. Ztr.
 Vulkan-Salon-Briketts . . . 0.80 M. Krone Halbsteine . . . 0.85 M.
 Krone-Salon- . . . 0.95 M. Ilse, Kaiser u. Akw. Halbsteine . . . 0.90 M.
 Ilse, Kaiser u. Akw. . . 1.00 M. Anthracit Cadé . . . 2.80 M.
 Ein Zentner (enth. 110-120 Stück) Holz zerkleinert 1.90 M.
 Bei Frankfurterlieferung je nach Quantum per Ztr. 5-15 Pf. mehr.
 Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.
 Bei größeren Abschüssen in Originalwaggons verlangen Sie meine Spezialofferte.
 Sonntags wieder von 8-10 Uhr geöffnet.

MÜBEL-KREDIT
 bei
B. FEDER
 Mitglied der Tischler-Innung Mitglied der Tapezierer-Innung
 Filiale Ost: Frankfurter Allee 89 Filiale Nord: Brunnenstr. 1 Filiale Süd: Kottbuser Damm 103
 In grosser Auswahl komplett aufgestellte
Herrenzimmer, Wohnzimmer
 Speisezimmer, Schlafzimmer
 Salons, Küchen
 Spezialität:
Einzimmer-Wohnung
 nebst Küche
Anzahlung M. 25.-
 2 Bettstellen
 2 Matratzen
 1 Kleiderschrank
 1 Spiegel
 1 Tisch
 2 Stühle
 1 Kachelofen
 1 Kachelstiel
 1 Kachelstuhl
 1 Kachelhandtuchhalter
 Gesamt-betrag M. 247.-
 Rate pro Woche M. 2.-
 Spezialität:
Zweizimmer-Wohnung
 nebst harter Küche
Anzahlung M. 50.-
 2 Schlafzimmer, sogl. Fern
 2 Kleiderschränke
 1 Kleiderschrank
 1 Vertikow
 1 Spiegelstiel
 1 Spiegel, 1 Sofa
 1 Tisch, 2 Stühle
 1 Kachelstiel
 1 Kachelstiel
 2 Kachelstühle
 1 Kachelhandtuchhalter
 Gesamt-betrag M. 485.-
 Rate pro Woche M. 3.50

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Hof III.
 Amt Norden, Nr. 1289. Charitéstraße 3. Amt Norden, Nr. 1987

Sonntag, den 7. Juli 1912,
 von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags,
 findet die

Wahl von einem Revisor

in folgenden Lokalen statt:

- Kaczorowskis Festsäle, Ravenstr. 6.
- Wernickes Festsäle, Ackerstr. 123.
- Frankes Festsäle, Badstr. 19.
- Gliesches Restaurant, Kopenhagener Straße 74.
- Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23.
- Nebels Restaurant, Maxstr. 13b.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48.
- Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
- Fröhlichs Restaurant, Muskauer Str. 1.
- Eickes Festsäle, Schönleinstr. 6.
- Wiemers Restaurant, Balowstr. 58.
- Comenius-Festsäle, Memeler Str. 67.
- Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
- Rotts Restaurant, Straßmannstr. 29.
- Lichtenberg, Restaurant J. Ertelt, Pfarrstr. 74.
- Rummelsburg, Blumes Restaurant, Alt-Boxhagen 56.
- Neukölln, Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49.
- do. Zibells Restaurant, Elbestr. 8.
- do. Rückheims Restaurant, Bergstr. 98.
- do. Idens Restaurant, Harzer Straße 88.
- Tempelhof, Wilhelmgarten, Berliner Str. 9.
- Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Köpenick und Friedrichshagen, Lehmanns Restaurant, Bahnhofstraße 44 in Köpenick.
- Steglitz, Schellhases Festsäle, Ahornstr. 15.
- Adlershof, Restels Restaurant, Friedenstr. 14.
- Ober-Schöneweide, Warnecks Restaurant, Wilhelmshof-Straße 18.
- Weißensee, Peukerts Restaurant, Berliner Allee 251.
- Pankow, Rozyckis Restaurant, Kreuzstr. 2-4.
- Spandau, Meltes Restaurant, Bismarckstr. 6.
- Tegel, Kakies Restaurant, Berliner Str. 92.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen!
 Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.
 Wahlleiter ist der Kollege **Otto Handke**, Charitéstr. 3.

Montag, den 8. Juli 1912:

Bezirks - Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

- Norden: Pharussäle, Müllerstr. 142, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Norden: Obiglos Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Norden: Voigt-Theater, Badstr. 58, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Tegel: Trapps Festsäle, Bahnhofsstr. 1, abends 6 Uhr.
- Westen und Schöneberg: Oeffs Festsäle, Schöneberg, Hauptstr. 5, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Osten: Comeniusäle, Memeler Straße 67, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Lichtenberg: Restaurant J. Ertelt, Pfarrstraße 74, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Stralau und Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstr. 5, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr. Vortrag des Kollegen Gracov.
- Südenbezirke: Hohenstaufen-Säle, Sottbuser Damm 76, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Weißensee: Peukerts Festsäle, Berliner Allee 251, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Neukölln: Passage-Festsäle, Bergstr. 150, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Steglitz: Schellhases Festsäle, Ahornstraße 15, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Köpenick u. Friedrichshagen: Papentoths Lindengarten, Friedrichshagen, Friedrichstraße 79, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Ober-Schöneweide: Prochowski, „Sereinshaus“, Schillerpromenade 13, abends 6 Uhr.
- Spandau: Pezells Restaurant, Vögeltdorfer Straße 5, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
 Bericht von der ordentlichen Generalversammlung.
 Mitgliedsbuch legitimiert. 120/7
 Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet.

Dienstag, den 9. Juli, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Bezirksversammlung für Moabit

im Lokal Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47/49.

Die Tagesordnung ist die gleiche wie in den oben angezeigten Bezirksversammlungen.
 Zahlreichen Besuch erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der freien Händler, Hausierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.
 Sitz: Essen-Ruhr. Ortsverwaltung Berlin.

Öffentliche Protestversammlung

am Sonntag, den 7. Juli, mittags 12 Uhr, in Hoppes Festsälen (Anh. Varisch), Neukölln, Hermannstr. 48.
 Tagesordnung:
 1. Die Aufhebung der Neuköllner Wochenmärkte. Referent: Kollege Geldmeier-Essen-Ruhr. 23715
 2. Diskussion.
 Die Stadtverordneten sind zu dieser Versammlung eingeladen.
 Die Ortsverwaltung Berlin.

Charlottenburg.

S. Hoffmann, Wilmersdorfer Straße 12
 Ecke Schulstraße

empfehlte zur Reise-Saison sein reichhaltiges Lager von guten Herren- und Knaben-Garderoben zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
 Maß-Anzüge aus den modernsten Stoffen von 45 M. an in eigener Betriebswerkstätte. 80702
 Lieferant der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Hermann Lietz

Montag 8. Juli

Beginn des Verkaufes der

G o m m e r - R e s t b e s t ä n d e

in allen Abteilungen

Enorm billige Preise



„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
 gegründet von organisierten Schneidergehilfen
 Berlin N.
 Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger
Anzüge
 und
Sommerpaletots,
 Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen
 und Arbeiter-Berufskleidung.

Lieferant der Konsumgenossenschaft
 und des Arbeiter-Radfahrerbundes.

Sonntag von 8-10 Uhr geöffnet.

Vornehme



Bekleidung
 fertig und nach Maß
 erhalten Sie in der modernen
 Mass-Schneiderei
J. Kurzberg
 auf Wunsch Wochenrate.



Rosenthaler Straße 36
 1. Etage.
 Frankfurter Allee 104
 Ecke Friedenstraße.
 Reinickendorfer Str. 4
 Weddingplatz.

Der Schapiroprozeß.

Darmstadt, 5. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Die beiden Verteidiger Justizrat Dr. Max Bernstein und Rechtsanwalt Dr. Sopp plädierten für Freisprechung, eventuell für eine Geldstrafe gegen den noch unbescholtenen Medaiteur...

Aus Industrie und Handel.

Die Verteuerung der Händhölzer.

Nachdem sich die deutschen Händholzfabrikanten über eine Erhöhung der Verkaufspreise geeinigt haben, wird das Publikum gar bald die Wahrnehmung machen, daß auch im Kleinhandel die Händholzpreise steigen...

Table with 5 columns: Year (1907-1911) and Import values for 1907, 1908, 1909, 1910, 1911.

Noch dem 1. Oktober 1909 traten gar bald die ungünstigen Wirkungen der Steuererhöhung für die deutsche Händholzindustrie zutage. Die vorher noch so starke Nachfrage vermindert sich vollständig...

Table with 5 columns: Year (1907-1911) and Export values for 1907, 1908, 1909, 1910, 1911.

Im laufenden Jahre hat sich das Exportgeschäft noch weiter verschlechtert. In den ersten fünf Monaten 1912 wurden insgesamt 1807 Doppelzentner ausgeführt gegen 4089 Doppelzentner in der vorjährigen Vergleichsperiode...

Aus der Frauenbewegung.

Das allgemeine gleiche Frauenwahlrecht im Parteiprogramm der Konservativen.

Natürlich nicht in Preußen oder sonstwo in Deutschland, wohl aber in Norwegen hat die konservative Partei es für zweckmäßig befunden, auch ihrerseits nun das allgemeine staatsbürgerliche Frauenwahlrecht als Forderung in ihr Programm aufzunehmen...

statt sie aufs Amt zu tragen, veräußert und damit nicht sein, wohl aber seiner Frau Wahlrecht im Alkohol aufgeben läßt. Ein Wähler oder eine Wählerin, die mit Verstand und Gerechtigkeitsgefühl ausgerüstet sind, müssen natürlich für die Beseitigung solcher Zustände und Möglichkeiten eintreten...

Neue bürgerliche Gesetze.

Am 1. Januar 1912 ist das neue schweizerische Zivilgesetzbuch in Kraft getreten, das für die ganze Schweiz von großem Interesse ist, weil es neue Bestimmungen über die Pflichten des Vaters gegen das uneheliche Kind enthält...

Die Klage kann bereits vor der Niederkunft eingereicht werden, muß aber vor Ablauf eines Jahres überreicht werden. Die Rechte des Kindes werden auch durch keinen Vergleich berührt...

Auch in Frankreich wurde endlich ein Gesetz angenommen, das jenen berückichtigten Paragraphen des napoleonischen Gesetzbuchs auslöst, der bisher den unehelichen Vater jeder materiellen Unterstützung des unehelichen Kindes enthoben hat...

Außerdem kann das Zivilgericht, ohne daß es die Staatsanwaltschaft beantragt, auf 1-5 Jahre Gefängnis erkennen, wenn die Mütter in schlechtem Glauben gehandelt hat...

Enorm billige Reise-Kleidung

Für Sport, See und Gebirge

- Reise-Anzug grau, oliv oder bräunlicher Cheviot, hochmodern verarbeitet... 27.-
Reise-Anzug Cheviots oder Kammgarnarten in den neuesten Mustern... 36.-
Reise-Anzug Fallan-Joppe mit kurzer oder langer Hose... 24.-
Reise-Anzug Fallan-Joppe mit kurzer oder langer Hose, echt engl. Cheviot... 45.-
Reise-Ulster gestreifte Cheviots in den neuesten Farben... 27.-
Reise-Ulster echt englischer Cheviot, aparte Muster... 45.-
Reise-Hose dunkel u. hellgestreifte Kammgarnarten... 8.-
Reise-Hose Cheviots und Kammgarn in den neuesten Mustern... 12.-
Reise-Mantel Form „Hosen“, grau od. grünl. Strichloden... 16.75
Reise-Pelerinen Herr u. Dam. „Imprägnierter“ Strichloden... 7.35
Reise-Gummimantel echt engl. hochgeschl. Ulsterform... 11.90
Reise-Staubmantel fester modelarb. Dreil... 5.-
Reise-Anzug gestreifter Flanellstoff, gelblich... 6.-
Weiße Herren-Hosen Flanell, Satin oder Körper... 2.90

- Reise-Joppe grünlicher Waschstoff... 90
Reise-Joppe grau od. grünlicher Loden mit Gurt... 3.-
Reise-Jackett schwarz Lüster... 2.90
Reise-Jackett blau Cheviot, 2-reihig gearbeitet... 12.-
Reise-Wasch-Anzug f. Knaben, Kleider Form, gestr. Kadettstoff... 3.30
Reise-Wasch-Anzug für Knaben, Kleider Form, gestr. Kadettstoff... 3.95
Reise-Wasch-Anzug Joppe u. Hose aus grünlich. Waschst., f. 8-14 J... 3.60
Reise-Sport-Anzug f. Knab., schöne aparte Muster... 9.50
Seppel-Anzüge Jacke: für 8-9 Jahre... 3.25
Seppel-Anzüge Jacke: für 6-9 Jahre... 3.50
Reise-Mützen schöne Muster, neue Formen von... 60
Reise-Loden-Hüte 3.40 2.90 2.25 1.90
Wasch-Westen in vielen schönen Mustern... 1.85
Westen-Gürtel... von 90



- Kletter-Hosen
Manchester-Kleidung
Leder-Gamaschen
Wickel-Gamaschen

- Reise-Hemden
Sport-Hemden
Tag- u. Nacht-Hemden
Schlafanzüge (Pyjamas)

- Rucksäcke
Sweater
Stutzen
Gürtel

- Kragen
Manchetten
Serviteurs
Oberhemden

- Bergstöcke
Schirme
Krawatten
Hosenträger

- Reisedecken
Trikotagen
Strümpfe
Schals

Bast-Imitat.-Kleidung
Herren-Anzug 12.50
Herren-Jackett 4.90

BaerSohn

Kleider-Werke □ BERLIN □ Gegründet 1891

Chausseestraße 29-30 □ □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Sonntags nur von 3-10 geöffnet.

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Nouveaux Moden) auf Wunsch kostenfrei

Täglicher Nachdruck verboten.

Damen-Stiefel

schwarz im Chevreau mit Lackkappe, moderne Fassons jetzt nur **4.95**
 schwarz Chevreau mit Lackkappe, schlanks und breite Fassons jetzt nur **5.95**
 eleg. Lackstiefel mit Wildleder-Einsatz, schwarz und grau, jetzt nur **6.75**

Halbschuhe

Damen, schwarz Chevreau mit Lackkappe, jetzt nur **4.25**
 braun Chevreau Derby-Lackkappe, jetzt nur **4.75**
 schwarz Derby, große Ossen, Lackk., jetzt nur **4.95**
 braun Chevreau I. Derby mit Lackkappe, jetzt nur **5.75**
 Lack-Halbschuhe amerikanische Fassons . . . **5.95**



Levinsohn's

Sensationell billiger

Schuhwaren-Saison-Ausverkauf

Rosenthaler Straße 40-41

Prompter Versand nach außerhalb

Hackescher Markt

Bahnhof Börse

Sandalen und Turnschuhe spottbillig



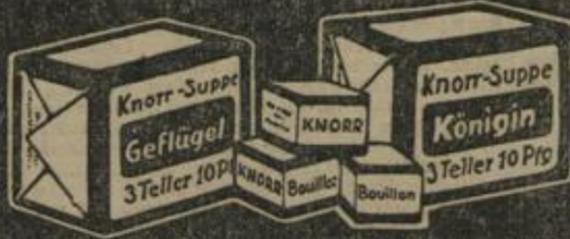
Herren-Stiefel

schwarz Rindbox-Hehnstiefel, breite Fassons, kräftiger Bruststiefel, auch Zug und Schnalle jetzt nur **5.95**
 schwarz Chevreau-Hehnstiefel mit Lackk., schlanks und breite Fassons, jetzt nur **6.95**
 schwarz Lackstiefel mit Wildleder-Einsatz, orig. amerikan. Fassons jetzt nur **8.95**

Kinder-Stiefel

schwarz, mit und ohne Lackkappe kräftige Strapastiefel
 20-24 25-26 27-30 31-35
1.55 2.95 3.25 3.75
 braun, mit Lackk., Normalfassons
 21-24 25-26 27-30 31-35
2.95 3.45 3.75 4.25

Knorr



Kochen macht Vergnügen mit
Knorr-Suppen
 und Bouillon-Würfel

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 6. Juli 1912.

Anfang 7 1/2 Uhr.
 Oper. D. diese Berliner.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Im Lande der Witternachtskönigin.

Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.

Kurfürstentor. Der Tanzantwärt.

Reue. Der liebe Augustin.

Berliner. Große Rollen.

Schiller O. Geschlossen.

Schiller-Theater
 Charlottenburg.

Das Konzert.

Aufspiel in 3 Akten von Herrn. Bahr
 Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
 Morgen und folgende Tage
Das Konzert.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:

Große Rollen.

Theater in der Königgrätzer Straße

Abends 8 Uhr:

Die 5 Frankfurter.

Abends 8 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.

Schwindelmeier & Comp.

Charakteristisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen höflich frei bearbeitet von J. Freund. Musik von H. Kellner. U. a. Länge v. H. Sibber. In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Abfahrtsstelle Schillingsbrücke

(am Schleifischen Bahnhof)

Morgen Sonntag früh 8 bis 9, Woltersdorfer Schleuse. Hin 50, zurück 50 Pf.

Von mittags 2 Uhr ab es. 1/2 stündlich nach Restaurant „Kylhäuser“, Ad. Schönaustraße, wochentags 20, Sonntags 30 Pf. einfache Fahrt. Dagegen großes Konzert. Fahrkarte zahlen kein Entree.

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Täglich früh 9, mittags Woltersdorfer Schleuse. früh 10 Uhr, außer 2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Sonnabend u. Sonntag nach Neue Mühle. Hin und zurück 50 Pf. R. Tismer. 23735

Voigt-Theater.

Gefundenmimen Badstraße 58.

Heute sowie täglich:
Die Tochter der Hexe
 (Er. von Rastattungsstück m. Lang und Bezug in 5 Bildern.
 Neue Beleuchtungseffekte usw. usw.
 u. d. große Spezialitäten-Programm.
 Kaffeeöffnung 2 Uhr. Auf. 4 Uhr.

Reederei Kahnt & Hertzner

Billige Dampfer-Extrafahrten ab Waisenbrücke.

Jeden Montag und Donnerstag nach Freibad Grünau, Krampenburg u. Neue Mühle

Jeden Dienstag und Freitag nach Neu-Ahlbeck und Woltersdorfer Schleuse

Jeden Mittwoch nach Freibad Grünau, Krampenburg und Ziegenhals

Jeden Mittwoch nach Teupitz (Tornows Idyll)

ZOOLOGISCHER GARTEN

Großes Militär-Doppelkonzert.

Heute:
 Große Festbeleuchtung.
 Eintritt 1 Mark.
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

ROSE-THEATER

George Franzfurter Str. 122.

Geschpiel Helene Stiller:

Die Tragödie einer Ehe.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Auf der Gartenbühne:

Jah! Es ist erreicht! Gr. Reue.

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit - Haus Kommandantenstr. 67, 70

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham Bank Messina-Römerstr. 111, 112

Bestes alkoholfreies Getränk

Si-Si Berliner O. Behlisch 4

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk! Joesenerstr. 12

Hamburger Laden, Charl. Walle 69

Bäckereien, Konditor.

Blottner's Großbäckerei

Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf.

Adlerhofer Bäckerei, E. Jagwitz

Max Backer, Ramlarstr. 30

Brot-Fabrik, Vorwärts

Hermann Ulrich, Köpenick

Brotfabrik

R. Zimmer, Bismarckstr. 25

Buehl & Sohn, Spandau

Willy Delor, Prenzlauer Allee 43

Engel's Landbrot

Heinrich, Köpenick, Bismarckstr. 3

Wib. Engel

Verkauf in Milchgeschäften

Fischer, Götterstr. 45

Falkenstein, 29, Kiepenstr. 173

W. Gerlach, Ströb. Südstr. 47

Georg Genz, Memelerstr. 20

Alfred Graf, Bismarckstr. 24

Karl Giesmann, Wittenerstr. 7

H. Glöck, Wilhelmshagenstr. 51

H. Hesse, Prenzlauer Allee 122

August Hübner, Schwedenerstr. 32

August Haack, Köpenick

Oskar Banke's Brotbäckerei

75 Geschäfte in allen Stadtteilen

Killes-Großbäckerei, Bismarckstr. 4

Landbrot-Großbäckerei

O. Seif, Nchf. Krug, Waldstr. 4

Hermann Lehelt, Hunsrückstr. 38

Lichtenberger Brotfabrik

Emil Lianke, Grüner Weg 122

E. Martin, Reichenbergerstr. 108

G. Neumann, Oldenburgerstr. 21

Friedrich Ost, Madalstr. 10

Friedrich Probst, Androssstr. 51

Bäckerei „Nordstern“

Inh. Gust. Müller, Pflanzl. verschied. Stadtteilen

Richard Reinke

Max Rißmann, Turinerstr. 26

Max Sander, Dunckerstr. 23

Otto Szillat

Schütt, G. Berlin O. NO.

Rich. Schenk

A. Schreier, Urbanstr. 61

C. Vogt, Wellensee

Volkbrot E. G. m. B. H.

Wagenknecht, Gieselerstr. 17

Heinrich Wittler

Badeanstalten

Arkona-Bad, Anklamer-Str. 54

Bad

Bürgerbad, Wehnerstr. 40b

Canitz

Central-Bad, Ansegruborstr. 25

Erstes Lohtannin-Bad

Bad Frankfurt, Gr. Prkt. Str. 136

Bad Ostend

Bad Friedrichshagen, Landk. Allee 154

Bad Ostend

Bad Ostend, Lief. all. Kasse

Erscheint 2 mal wöchentlich

Ost-Bad, Pallasdenstr. 76

Passage-Bad

Kuranstalt M. Schulz

Kömer-Bad

Silesia

Bandagen, Gummiw.

R. Hauke, Stralauer Str. 56

Wende, A.

Reiche, A.

Zaremba

Geordig-Anst. Sargm.

Bredlow, Wilmersdorf, 10 Wilmersd. 25

H. Fischer

Max Fuchs

W. Urban

Bunzel, R.

Carl Imme jun.

Schramm, H.

Berufsbildung

M. Bertram, Norden, Maxstr. 17

Wecker, A.

Bettledorn u. Botten

O. Behrens, Nchf. Kasseb. 114

W. Adelung & A. Hoffmann

Bergbrauerei Wellensee

Brauerei Königstadt

Brauerei Pflöberberg

Brauerei Tivoli

Caramel-Weißbier

Deutsche Bierbrauerei A.G.

Groterjans

C. Habels Brauerei

F. W. Hildebrandt

Goldbier

Rolland

Schade

Victoria-Brauerei

Weißbier, C. Breithaupt

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 41

Roland

Schade

Victoria-Brauerei

Weißbier, C. Breithaupt

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 41

Roland

Schade

Victoria-Brauerei

Weißbier, C. Breithaupt

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 41

Roland

Schade

Victoria-Brauerei

Weißbier, C. Breithaupt

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 41

Roland

Schade

Victoria-Brauerei

Weißbier, C. Breithaupt

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 41

Roland

Schade

Victoria-Brauerei

Weißbier, C. Breithaupt

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 41

Bezugsquellen-Verzeichnis

G. Laurent Brunnenstr. 16

Gustav Mal, Schönhaus Allee 177

M. Strutzschke, Hermannstr. 134

F. Müller, Danzigerstr. 27

G. Richter, A. 67, Miltzner, Nchf. Bismarck

H. Pankow, Schwedenerstr. 19, Eck. Badstr.

W. Kutschke, Nchf. Hermannstr. 52

Th. Schirbel, N. Stettinerstr. 4

C. Sommer, Wraselstr. 4, Am IV 12046

Topfplanzen aller Art

Brig. Rudowstr. 22, 97, 101, 104, 107, 110

Aug. Trethe, Wrangelstr. 11

Aug. Wandelt, Nchf. - Bergstr. 95

H. Zinke, Kavaria, Friedr. - E. Friedr. 1

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung

J. F. Assmann

20 Filialen in Berlin O.

Oskar Beck

Dresden, 97, Bismarckstr. 11

Reichenbergerstr. 18 u. westl.

Vorort. Vorzugpreise.

Buntrock, W.

Drei Kronen

Fried. Göseke, 7 Filialen.

Gebrüder Groh

40 Filialen in Berlin und Vororten

August Holtz

Kersten, Gebr., Wörther Str. 32a

Kosmalla, E.

Butterhandlung Fritz Muth.

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte

Schröter, R.

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien

Stettiner Butterhalle

Georg Wunder

Cacao, Chocolate

Cylix, G.

Die Fabrikate der Sarotti

Neu! Simpli-Schokolade

G. Senff

STOLWERK

Silber

Schokolade - Kakao

In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind untereinander gleichwertig

und unterscheiden sich, wie die deutschen Edelweine, nur durch ihr Aroma.

C. Voigt, Gräfstr. 27, Ecke Urbanstr.

Fordern Sie

Kakao und Schokolade

Wesenberg

Cigarrenhandlungen

Fr. Behrend, Nchf. - Praterstr. 27

Brager, J., Nchf. - Bergstr. 57

F. Hofer, Kottbuser-Damm 70

Klein, Wilh.

A. Knustmann, Neuwasser, Praterstr. 47

Lingel, Frig. Eisenbahnstr. 4

A. H. Meyer, Nchf. - Schönebergstr. 48

Willy Münstermann, Götterstr. 14

G. & S. Peters, 5 O. Kottbuserstr. 14

F. H. Schneider, Lindenstr. 29

W. Schuster, Nchf. - Neanderstr. 28

Damenkonfektion

Cohn, Gechw., Bergmannstr. 9

Gallmann

Dambrowsky

L. Frankenstein

Giesenow & Co.

Tobias Lewin, Schneidmollerei

Damenkonfektion

Gebr. Neumann

Wagner, P., Nchf. - Bergstr. 42

Paul Zuteremann

Damenkleiderstoffe

Adolf Dannemann

Drogen u. Farben

Adler-Druckerei, O. Müggelstr. 8

Artelt, Kurt, Nchf. - Reuterstr. 48/44

Apoth. Paul Frank, Schönebergstr. 41

Apoth. Lindenberg, Str. 74 Nord-Str.

Reinh. Assmus, Götterstr. 10

Becker, C. Littenauerstr. 6

Gustav Bergsp., Weidenweg 60

Rch. Dociatis

Central-Drogerie, Danzigerstr. 11

A. Diepow, Tauroggenstr. 12

Drogh. D. Kühn Allee 187

Ebert, Max

Edison-Drogerie, O. Schöneberg

Franz Fischer, Frankl. Chaussee 149

Friedrich, Paul, O. Gärtnerei 29

Germania-Drogerie, Mieskerstr. 23

Alfr. Götting

Günther, Löwen-Druckerei, Str. 17

Haberlein, Tropf. - Praterstr. 33

Hansa-Drogerie, N. Hammerstr. 33

F. Hotop, Uhu-Str. 1

Klopp, H. Nchf. - Friedr. 129

Partei-Angelegenheiten.

4. Wahlkreis. Am Dienstag, den 9. Juli, findet die Fortsetzung der Generalversammlung des Wahlvereins in den Konfessionslosen, Andreasstraße, statt. 1. Weiterberatung und Beschlussfassung über die Anstellung eines dritten Angestellten und Anträge. 2. Beratung und Beschlussfassung über das Wahlregulativ und Anträge. 3. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Vierter Kreis. Zum Wählerverzeichnis der Filialbibliothek ist der zweite Nachtrag herausgegeben. Neu eingerichtet ist eine Abteilung für Jugendchriften.

Die Hauptbibliothek befindet sich im Bureau, Straßener Platz 1/2, und ist von 9-2 und 5-8 Uhr, außer Sonntags, geöffnet.

Die Filiale befindet sich bei Neumann, Rotterstraße, Ecke Westmeßstraße. Wochenausgabe jeden Mittwoch - am Samstagabend nicht - und Sonnabend, 8-9 1/2 Uhr abends. Der Vorstand.

Nieder-Schönhäuser Nordend. Während der Schulferien bleibt die Bibliothek des Wahlvereins geschlossen.

Nowawes. Mittwoch, den 10. Juli, abends 9 1/2 Uhr, findet im Schmidtschen Lokal, Wilhelmstr. 41-43, die Versammlung des Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftliches. 2. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Märkische Forsthäuser.

Der Märker, der seinen Wald so sehr liebt, hat von jeher eine starke Vorliebe auch für das Forsthaus. In unzähligen Romanen spielt es als Zufluchtsort des kleinen geflügelten Schwärmdärs mit Köcher und Weib eine derartig wichtige Rolle. Regierende und andere Fürsten haben hier ihre oft recht anrüchigen Herzogseminnen vor der neugierigen Welt verborgen, und Millionen von Sterblichen zweiter Klasse dünkt die grünumpfundene Einsiedelei des Försters ein Stück Eden auf der nüchternen Erde. Mit der enormen Zunahme der Verkehrsverbindungen, mit dem Drang unserer heutigen Lebensrichtung, im Banne der Natur das Heimweh nach etwas Verlorenem zu stillen, ist das Forsthaus verjüngt und modern geworden. Im Winter, wenn es die hungrigen Tiere des Waldes zu den schwach blinkenden Fensterchen treibt, träumt der Forsthof. Lebendig und lustig wird er im Hochsommer. Längst hat der Forstmann, so viele Jahrzehnte abseits der großen Heerstraße des Lebens, aus der Erkenntnis geschöpft, daß Geld verdienen eine schöne Sache ist. Wohl kaum eins der nach Hunderten zählenden märkischen Forsthäuser kann sich dem Zuge der Zeit, die Wirtschaftslage aufzubessern, entziehen. Forsthaus, Sommerfrische und Ausflug sind untrennbare Begriffe geworden, der untere Förster, dem seine Vorgesetzten keine Rosen streuen, kennt das Lied vom rollenden preussischen Kubel so gut wie der Geschäftsmann und stopft während der Sommermonate in sein Häuschen hinein, was nur hinein will an Menschen. Die kleinsten, niedrigsten Bodenkammern müssen herhalten zur Aufnahme der bleichgesichtigen Großstadtgäste. Und bei den meist billigen Preisen ist es auch dem einen oder anderen Proletarier, der sich das Geld zu ein paar Erholungswochen am Rande abspart, mit der lachenden grünen Waldfreude aufzusehen und schlafen zu gehen. Es hat einen eigenen Reiz, dieses Sichgehenlassen auf der Wiesenlichtung vor dem Forsthofe oder süßen Nichtstun in der geistblattumrannten Försterlaube, und man sehnt sich in dieser Wald-einsamkeit wahrhaftig nicht nach schriller Tanzmusik oder rollenden Regelfugeln in den Vergnügungslotalen am Rande des Waldes. Eng, niedrig und altersgrau sind die meisten Forsthäuser, aber auch tadellos sauber. Im Komfort sieht sich der Förster nicht behaglich. Der ständige Umgang mit der Natur hat ihn anspruchslos gemacht, unter dem ragenden Dome der Baumwipfel ist ihm am wohlsten, und diesem Leben und Weben für den ewiggrünen Waldesgen paßt sich auch der freudetrunkene Gast aus der Großstadt bald an. Die Förster in der näheren und entfernteren Umgebung Groß-Berlins standen jahrelang mit der Berliner Bevölkerung auf freundschaftlichem Fuße. Selbst am Walde und seiner Schönheit mit allen Fehlern hängend, haben sie auch Herz und Verständnis für die Waldfreude des Großstädtlers. Und die aristokratische Gastfreundschaft auf dem märkischen Forsthofe für mögliches Entgelt und wenig gute Worte brachte beide Teile näher. Man ist froh, wenn man nach stundenlanger Wanderung endlich auf ein Forsthaus stößt und an guter frischer Milch und an einer Schinkenstulle Durst und Hunger stillen kann!

In unmittelbarer Nähe Berlins, im Grunewald, haben bestimmte Förster sich das Labebedürfnis der Wanderer sehr zu nütze gemacht und geradezu Großbetriebe etabliert mit Preisen, die enorme genannt werden müssen. Dagegen laufen die Interessenten Sturm, die ihre saueren Abgaben entrichten müssen, und sie haben erreicht, daß den Grunewaldförstern der Gewerbebetrieb in Zukunft nicht mehr gestattet ist. Es sollte aber dafür Sorge getragen werden, daß genügend Erfrischungsmöglichkeit auch im Walde geboten wird.

Von der Generalvormundschaft. Aus dem Bericht der beruflichen Generalvormundschaft in Charlottenburg geht hervor, daß die Verpflegung zum Vormund bei 819 Mündeln stattfand. Von den Müttern waren Dienstmädchen 285, Arbeiterinnen 240, Kaufmännischen 21, Näherinnen, Schneiderinnen, Buchmacherinnen 61, kaufmännische Angestellte 39, Verkäuferinnen 33, Stützen und Gesellschaftlerinnen 25, Kinderpflegerinnen 14, Künstlerinnen 7, Krankenpflegerinnen 6, Kellnerinnen sowie Erzieherinnen und Lehrereinen je 3, Friseurinnen 2, Telephonistin 1, ohne Beruf 75. Die Väter waren dem Stande nach Handwerker 197, Arbeiter 191, kaufmännische Angestellte 81, Akademiker 40, Beamte 37, Diener, Kutscher und Pförtner 35, Mechaniker 33, selbständige Kaufleute 27, Landwirte und Künstler je 15, Soldaten 11, Stellner 9, Schreiber 7, Chauffeure 6, Schiffer 5, Offiziere und Artisten je 4.

In Berlin ist bekanntlich seit dem 1. April die Berufsvormundschaft eingeführt worden.

Die großen Gewitterregen und die städtische Kanalisation. In der gestrigen Magistrats-Sitzung erstattete der Vorsitzende der Deputation für die Kanalisationswerke und Güter Berlins Geheimregierungsrat Marggraf darüber Bericht, wie die städtische Kanalisation bei dem Gewitterregen am Dienstagabend den 2. er funktioniert hat. Die Stärke des Regensfalls war in den einzelnen

Stadtteilen verschieden. Die gefallenen Regemengen sind bei den 12 Pumpstationen gemessen worden. Die Messungen ergeben sehr große Unterschiede; während im Gebiete der XII. Pumpstation nur 8,1 Millimeter Regen fiel, wurde bei der IX. Pumpstation 87,7 Millimeter Regen gemessen. Im allgemeinen ist die städtische Kanalisation imstande gewesen, die ungewöhnlich großen Wassermassen aufzunehmen und abzuführen. Schädliche Wasseransammlungen haben nur statgefunden im Gebiete der Radialsysteme V und X, und zwar in der Greifswalder-, Vellermann- und Gleimstraße, sowie in der Schönhäuser Allee zwischen Danziger- und Greifstraße. In der Greifswalderstraße ist das Wasser in verschiedene Häuser gedrungen. Diese Wasseransammlungen erklären sich aus der Tatsache, daß im Gebiete der Greifswalderstraße ein Regen von ca. 200 Litern pro Hektar und Sekunde und im Gebiete der Schönhäuser Allee ein Regen von ca. 200 Litern pro Hektar und Sekunde gefallen ist, gegenüber einer Menge von 63 Litern pro Hektar und Sekunde, die im allgemeinen auch bei starken Regenfällen nicht überschritten wird, und die deshalb bei Anlage der Kanalisation der Berechnung zugrunde gelegt worden ist. Mitgewirkt bei den Wasseransammlungen haben auch die Gestaltungen der Straßenoberflächen, die das Abfließen des Wassers nach tiefergelegenen Stellen begünstigte.

Die Einnahmen der städtischen Straßenbahnen im Juni betragen 174 556,70 M. gegen 160 639,15 M. im Juni 1911, d. i. eine Tageseinnahme von 5818,56 M. gegen 5364,64 M. im Juni 1911. Es wurden insgesamt 1 874 466 Personen gegen 1 743 822 Personen im Vorjahre befördert. Die Anzahl der im Juni gefahrenen Wagenkilometer (Motowagen und Anhängelwagen) ist von 337 877 des Vorjahres auf 377 428 gestiegen. Die Einnahme für den Wagenkilometer beträgt 46,25 Pf. gegen 47,54 Pf. im Vorjahre.

Der hineingefallene Gemeindefullehrer.

Die Bekanntschaft mit einer Pseudografin hat einen Steglitzer Gemeindefullehrer sieben Hundertmark Scheine gelöst. Der Lehrer lernte die Dame vor einer Reihe von Tagen in einem Stadtbahnhöfe zufällig kennen und verabredete mit ihr einige Rendezvous. Die Dame, die kaum zwanzig Jahre alt war, stellte sich dem Lehrer als „Gräfin Jakrewitsch“ aus der Bukowina vor und erzählte ihm, daß ihre Eltern dort große Besitzungen hätten. Sie selbst habe von ihren Großeltern ein umfangreiches Gut geerbt und befinde sich jetzt auf einer Vergnügungsreise durch Deutschland. Die Vornehmheit ihrer Familie machte sie dadurch hervorzuheben, daß sie erzählte, Kaiser Franz Josef weile oft bei ihren Eltern zur Jagd. Gleichzeitig ließ die Gräfin durchblicken, daß sie nicht abgeneigt sei, den schmunden Lehrer zu heiraten und daß sie dafür Sorge tragen würde, daß er adoptiert und den Namen eines Grafen Jakrewitsch führen werde. Die Gräfin hatte in einem Hotel am Anhalter Bahnhof mehrere Apartments gemietet und ließ sich durch ein Vermittlungsbureau eine Kose, einen Diener und eine Bonne verschaffen, denen sie fälschliche Löhne in Aussicht stellte. Schließlich schloß man aber in dem Hotel Verabredung, da die angebliche Gräfin fast gar kein Gepäck bei sich führte. Man erkundigte sich nach ihrem Gatten und mußte hören, daß dieser zurzeit in einem Berliner Vorort weile und dort geschäftlich in Anspruch genommen sei. Er werde aber in den nächsten Tagen in das Hotel am Anhalter Bahnhof überbedeln. Als schließlich der ahnungslose Lehrer in dem Hotel erschien, um seiner zukünftigen Braut einen Besuch abzustatten, erklärte die „Gräfin“ dem Hotelpersonal, daß dies ihr Gatte gewesen sei. Bald darauf kam aber der Lehrer in den Verdacht, ein Mädchenhändler zu sein, und dies veranlaßte die Kriminalpolizei zum Einschreiten. Beide wurden gestern getrennt verurteilt. Während die „Gräfin“ all ihre Schwindeleien zunächst aufrecht erhielt, gab der überführte Lehrer zu, daß er seiner „Braut“ bereits 700 M. geopfert habe, da sie ihm erzählte, daß ihr Geld in wenigen Tagen in Berlin eintreffen werde. Als man darauf der Gräfin auf den Kopf zeigte, daß sie eine Schwindlerin sei, legte sie ein reumütiges Geständnis ab. Sie gab zu, daß sie eine Freiseuse aus Steglitz sei und die Wohnung ihrer Mutter verlassen habe, weil sie mit ihr in Streit geraten war. Da sie kein Geld hatte, sei sie auf den Gedanken gekommen, sich dem Lehrer gegenüber als reiche Gräfin auszugeben. Festig meinent erzählte sie noch, daß sie auch einem Kaufmann gegenüber als Gräfin aufgetreten sei und ihn um die gleiche Summe betrogen habe. Nach Erledigung des Verhörs wurde die abenteuerliche Freiseuse die letzte Nacht über im Polizeipräsidium behalten und gestern morgen dem Untersuchungsrichter vorgeführt. In den Vormittagsstunden erschien vor dem Hotel eine mit vier Pferden bespannte Equipage, die die Gräfin für eine Spazierfahrt bestellt hatte. Sie mahnte wieder umkehren, da die Gräfin bereits ihren Wohnsitz nach Moabit verlegt hatte.

In der Tragödie in Steglitz wird uns mitgeteilt, daß die im Kreiskrankenhause in Groß-Lichterfelde befindliche Frau Friedrich immer noch nicht über ihre Verzweiflungstat vernommen werden konnte, da ihr Zustand es noch nicht erlaubt. Ihr Mann, der Jaloustearbeiter Friedrich, der die arme Frau oft mißhandelte, und dadurch zur Verzweiflung trieb, ist auf Grund eines Haftbefehls des Untersuchungsrichters am Amtsgericht Schönberg wegen schwerer Körperverletzung verhaftet und nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit gebracht worden. Gestern vormittag fand die gerichtliche Obduktion der fünf Kinderleichen statt, die den früher gemeldeten Befund bestätigte.

Wegen eines Kinderfalls in den Tod. Ein betrübender Unglücksfall ereignete sich im Hause Königsgräber Str. 29/30. Auf dem Hofe befindet sich dort ein etwa 5 Meter hohes Nebengebäude, zu dessen Eingangstür man auf einer Steintreppe gelangt. Vorgestern abend fiel spielenden Kindern ein Ball in die Dachrinne. Bureaudienner Karl Heinle erkletterte von der Treppe aus einen Mauerabhang und umklammerte zu seiner Sicherheit eine auf dem Abhang stehende etwa 1,20 Meter hohe, gemauerte schlanke Säule. Nachdem er den Ball aus der Dachrinne herausgenommen hatte, warf er ihn über seinen Kopf hinweg auf den Hof. Infolge des plötzlichen starken Knalls brach die Säule um und Heinle stürzte mit ihr auf die steinernen Treppe hinab. Der Portier des Hauses brachte ihn mittels Droische nach der Hilfswohnung in der Eichhornstraße, wo der Arzt nur noch den infolge Schädelbruchs eingetretenen Tod feststellen konnte.

Von seinem eigenen Fuhrwerk überfahren. Ein schwerer Unfall ereignete sich am gestrigen Freitagmorgen gegen 4 Uhr in der Schwedenstraße. Der 29jährige Kutscher Rudolf Herrmann, Reinickendorf, Gruner Weg 53 wohnhaft, fuhr mit seinem zweipännigen Wagen, auf dem er Gemüselörbe aufgeladen hatte, durch die Schwedenstraße, um sich zur Zentralmarkthalle zu begeben. Plötzlich schauten die Pferde vor einem vorüberfahrenden Automobil und rasten gegen die Vordschwelle. Bei dem Anprall verlor der Kutscher das Gleichgewicht und stürzte so unglücklich von seinem Wagen herunter, daß ihm das linke Hinterbein über den rechten Oberschenkel hinwegging. Außerdem erlitt er eine schwere Gehirnerschütterung, sowie eine Kopfverletzung und mehrere Quetschungen. Er wurde auf der Unfallstation in der Badstraße verbunden und dann nach dem Augusta-Hospital übergeführt.

Große Aufregung riefen gestern vormittag zwei durchgehende Gespanne hervor. An der Emmauskirche in der Staliger Straße gingen gegen 11 1/2 Uhr plötzlich die beiden Pferde eines Reichs-

wagens des Fuhr- und Expeditionsgeschäftes von Julius Feddenhauer aus der Reichsberger Straße durch, während sich der Kutscher des Wagens und sein Begleiter in einem benachbarten Hause befanden. Die Tiere rasteten mit dem schweren Wagen durch die Gölitzer Straße bis zum Gölitzer Ufer. Vorübergehende machten wiederholt Versuche, die Pferde aufzuhalten, doch ohne Erfolg. Die gefährdeten Personen konnten alle noch rechtzeitig ausweichen. Am Gölitzer Ufer fielen zwei Schulpferde und der 21 Jahre alte Kutscher Karl Lohmann aus der Dofelstraße 15 zu Lichtenberg, der dort mit seinem Fuhrwerk hielt, den Pferden in die Fänge. Es gelang ihnen auch, die Tiere zum Stehen zu bringen, doch trug sich hierbei ein bedauerlicher Unfall zu. Der Kutscher Lohmann geriet unter den Wagen und wurde über Schulter und Kopf gefahren. Schwer verletzt brachte man ihn zuerst zur Hilfsstation in der Gölitzer Straße und dann nach dem Krankenhaus Bethanien. Das zweite Gespann ging im Friedrichsbain durch und hätte leicht noch größeres Unheil anrichten können. Hier ging ein Pferd mit einem besetzten Krankenwagen des Verbandes für erste Hilfe am Schiffbauerdamm durch und rannte mit dem Gespann gegen einen Baum. Die eine Seite des Wagens wurde ganz eingedrückt und die Hälfte des Verdecks heruntergerissen. Der im Wagen liegende Kranke blieb glücklicherweise unversehrt, doch trug dessen Frau, die an der eingedrückten Seite des Wagens lag, einige leichtere Verletzungen durch die herumfliegenden Glasplitter davon. Auch einer der Begleiter des Wagens hatte sich eine Beinverletzung zugezogen. Den Führer soll keine Schuld treffen. Wie behauptet wird, soll sich das Pferd im Zaumzeug festgebissen und somit dem Kutscher die Gewalt über dasselbe genommen haben. Das Tier soll sich wiederholt die Rücken gezeit haben. Jedoch soll der Führer trotz Weigerung des Personals strikte darauf bestanden haben, dasselbe auch weiterhin zu benutzen. Öffentlich gehen die zuständigen Körperschaften der Sache etwas näher auf den Grund.

11 Tage tot in der Wohnung gelegen hat der 68 Jahre alte Tischler Johann Schönrod aus der Holzmarlstr. 37a. Der Mann, dessen Frau vor einem Jahre starb, bewohnte für sich allein Stube und Küche im 3. Stock des Seitenflügels. Schönrod ging immer seiner Arbeit nach und ließ sich mit seinen Nachbarn fast gar nicht ein. Es fiel daher auch nicht auf, daß man ihn lange nicht mehr gesehen hatte. In den letzten Tagen machte sich aus seiner Wohnung ein immer stärker werdender, über Geruch bemerkbar, der den Verwalter des Hauses gestern veranlaßte, die Wohnung Schönrods aufzuschließen und nach ihm zu sehen. Sie fanden den Mann stark in Verwesung übergegangen auf seinem Sofa liegen. Es ließ sich nicht mehr feststellen, ob der Mann einem Herzschlage erlegen ist oder Selbstmord verübt hat. Der Mann war seit drei Wochen beschäftigungslos und hatte mit Nahrungsvorgen zu kämpfen. Das lehtmal gesehen wurde er von Hausbewohnern am Montag vergangener Woche.

Durch Spielen mit einer Schußwaffe schwer zu Schaden gekommen ist in der letzten Nacht der Schanzwirt Birke. In dem Lokal des S. in der Finowstr. 81 erklärte der Drogist Wilhelm Uzel, Finowstr. 8 wohnhaft, dem Gastwirt den Mechanismus einer Drowningpistole. Plötzlich ging ein Schuß los und traf Birke in die rechte Brustseite. Ein hingugerufenen Arzt legte sofort einen Notverband an und ließ den Schwerverletzten nach dem Victoria-Krankenhaus in Rummelsburg schaffen.

Der Schußmannsßabel spielte gestern nachmittag auf dem Wedding wieder einmal eine Rolle. Der Koloniestr. 20 wohnhafte Händler Paul Drey bot in der Nähe des Mittelbedplatzes Waren feil. Der patrouillierende Schußmann forderte D. auf, weiter zu fahren. Aus diesem Anlaß kam es zwischen D. und dem Schußmann zu einem Wortwechsel und einem Rencontre, in dessen Verlauf der Schußmann, der von D. eine Ohrfeige erhalten haben soll, den Sßabel zog und dem D. so stark über den linken Arm hieb, daß der Knochen zersplitterte. D. wollte sich nun wehren, doch wurde er weiter mit dem Sßabel bearbeitet. Er erhielt noch einige Stiche in den Leib. Nach Anlegung von Notverbänden auf der Unfallstation in der Badstraße fand D. im Sirchow-Krankenhaus Aufnahme.

Im Schloßgarten zu Charlottenburg erhängt hat sich gestern ein anscheinend den besessenen Kreisen angehörender Mann, der keine Papiere zur Feststellung seiner Persönlichkeit bei sich führte. Der Tote ist ungefähr 25-28 Jahre alt und etwa 1,70 Meter groß, hat rotblondes Haar, einen kleinen blonden Schnurbart und graue Augen und trug einen grauen Jacketanzug, braune Schürschuhe, eine Reisemütze, ein weißes Hemd und gestreifte Unterwäsche. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Unheilbare Krankheit hat den 43 Jahre alten Arbeiter Robert Schulz aus der Gitschiner Str. 61 in den Tod getrieben. Der Mann war seit Jahren krank, kannte aber die Ursache seines Leidens nicht. Als ihm bei einer jetzt vorgenommenen Untersuchung erklärt wurde, daß er an Rückenmarkschwindsucht leide, wurde er so verzweifelt, daß er beschloß, aus dem Leben zu scheiden. In der Abwesenheit seiner Frau ging er zum Boden und erhängte sich dort an einem Balken. Als man ihn auffand, war er schon tot. Die Leiche des Mannes wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Nach Betrug und Unterschlagung von Juwelen und Schmucksachen im Werte von mehreren tausend Mark ist seit dem 1. d. M. flüchtig der Goldarbeiter David Lampel, geboren 17. 10. 1870 zu Larnow in Galizien, der bisher in der Kommandantenstraße 19 eine Reparaturwerkstatt betrieb und in Reußhän, Pflägersstraße 5 wohnte. Lampel entnahm bei hiesigen Großisten Juwelen und Schmucksachen auf Kommission, um sie sofort zu veräußern. Vermutlich verfuhr er über Hamburg nach Amerika zu entkommen. Da Lampel vermutlich noch mehr Geschäftsleute betrogen hat, so werden Geschädigte gebeten, sich beim Polizeipräsidium, Zimmer 405, zu melden, oder zum Aktzentagen 2514. IV. 29. 12. Anzeige zu erstatten.

Ein sehr gefährlicher Brand kam gestern nachmittag angeblich aus Unvorsichtigkeit auf einem der Stadt Berlin gehörigen Lagerplatz in der Stunkelstraße 3/4 an der Ravenstraße auf dem Wedding aus. Dort stand ein großer Holzschuppen mit Rüstzeug usw. in Flammen. Diese hatten schnell reiche Nahrung gefunden und bedrohten die angrenzenden Vorräte und Schuppen. Zum Glück war die Gefahr gleich bemerkt worden und die Feuerwehrt in sehr kurzer Zeit zur Stelle. Der 21. Automobilzug gab sofort von einer Dampfpritze mit dem stärksten Kaliber kräftig Wasser. Dieses Vorgehen war sehr wirksam. Wenn auch der an der Panne erbaute Holzschuppen nicht mehr gerettet werden konnte, so blieben doch die übrigen und die Hölzer, die mehreren Firmen gehören, zum größten Teil erhalten. Das Feuer hatte eine große Menschenmenge herbeigelockt.

Vermisst. Am 31. Mai, morgens gegen 8 1/2 Uhr, entfernte sich der Gastwirt Gustav Schrinner, 6. September 1870 in Greif geboren, nach vorangegangem Streit aus seinem Zimmerstr. 64 gelegenen Schanklokal und ist seitdem spurlos verschwunden. Alle Nachforschungen nach seinem Verbleib sind bisher erfolglos geblieben. Schrinner ist mittelgroß, von kräftiger, unversehrter Gestalt, hat blondes, volles Haar und Schnurbart, dunkle Augen, blonde Augenbrauen, gefundes, rundes, volles Gesicht, vollständige Zähne, breites Kinn, spricht deutsch mit schlesischem Dialekt und war kleidet mit schwarzem, steifem Hut, dunklem Jackett und Weste, dunkelgestreifter Hose, schwarzen Jagstiefeln, hellbraunem gestreiftem Ueberhemd, Stetsumlegekragen, schwarzer Schiefelstrawatte und trug einen Drastring geiz. M. S. Sachdienliche Angaben, welche zur Ermittlung des S. führen könnten, werden in jedem Polizeirevier, sowie im Polizeipräsidium beim V. Kriminalbezirk, Zimmer 405, 3 Treppen, entgegengenommen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Kinderausflüge nach dem Grunewald während der Ferienzeit beginnen Montag, den 8. Juli. Es haben sich bis zu dem angeführten Termin ungefähr 400 Kinder gemeldet, darunter auch Kinder im vor- und nachschulischen Alter, jedoch nicht unter drei Jahre alt, die täglich um 1 Uhr mittags mit der Straßenbahn unentgeltlich nach dem Grunewald befördert werden. Hier wird den Kindern Milch, Kaffee, Kaffee und des Abends eine Schokolade verabfolgt. Zur Aufsicht sind ungefähr 20 Frauen anwesend. Um den Begleitpersonen ihre Tätigkeit nicht zu sehr zu erschweren, ist es Pflicht der Eltern, den Kindern diesbezügliche Ermahnungen mit auf den Weg zu geben. Schaukeln, Glasflaschen, Gläser dürfen den Kindern nicht mitgegeben werden, um Unfälle zu vermeiden. Trinkbecher und Flaschen aus Emaille sind gestattet.

Um das Befahren der Straßenbahn möglichst schnell zu bewerkstelligen, ist es unbedingt erforderlich, pünktlich an der Abfahrtsstelle einzutreffen. Die Kinder und Begleitpersonen des Friedenauer Ortszweigs sowie der Waz, Ebers, Albert, Tempelhof, Gustav-Freitag, Frisch-Reuter, Koburger, Wälden, Belgiger, Reisinger, Feuerstraße treffen sich um 12 1/2 Uhr in der Belgiger Straße am Bahnhof der Straßenbahn. Die Kinder und Begleitpersonen der übrigen Straßen besteigen die Wagen um 12 1/2 Uhr in der Grunewald, Ede Eichenstraße. Die Rückkehr geschieht abends zwischen 8 und 1/2 Uhr und verlassen die Kinder die Wagen an der Apostel-Pauluskirche, mit Ausnahme derjenigen, die in der Belgiger Straße einsteigen, jene steigen Wälden, Ede Koburger Straße aus.

Für Kinder, die weder an die See reisen noch sonst einen Erholungsort besuchen können, sind die Schutzhütten sowie die Spielplätze am Tempelhofweg, hinter der 15. Gemeindeschule und an der Rubensstraße, hinter der Kathanaelkirche, freigegeben. Auch die Eltern haben das Recht, dort zu verweilen.

Charlottenburg.

Ein neues Großfeuer. In geradezu erschreckender Weise häufen sich hier die Dachstuhlbrände, so daß es immer mehr den Anschein gewinnt, als ob eine Brandstiftungsepidemie ausgebrochen ist. Gestern vormittag 10 1/2 Uhr ging der Dachstuhl des großen Schaafes Schülerstraße 63, Kantstraße in Flammen auf. Als man die Gefahr bemerkte, brannte es schon an allen Ecken und Enden. Die Feuerwehr rückte auf mehrfachen Alarm in ganzer Stärke an und griff von beiden Straßenseiten aus das verheerende Element an. Mit über einem halben Dutzend Schlauchleitungen, die an Dampfspreizen angeschlossen waren, wurden gewaltige Wassermengen in die Glut geschleudert. In erster Linie galt es für die Wehr, ein Ueberfließen des Feuers auf die Nachbargebäude zu verhindern. Von dem Dachstuhl des Schaafes selbst war nichts mehr zu retten; er brannte in seiner ganzen Ausdehnung vollständig nieder. Allem Anschein nach liegt auch hier Brandstiftung vor, denn es brannte, wie schon erwähnt, sofort an mehreren Stellen. Auffällig ist auch, daß es fast immer Schieferer sind, die vom Feuer heimgesucht werden.

Steglitz.

Die Ferienspiele und -Ausflüge für Kinder beginnen am nächsten Dienstag mit einer Fajstour nach dem Grunewald, wo gespielt wird. Alle Kinder sind mit ihren Eltern willkommen. Sie treffen sich spätestens um 1/2 Uhr bei der Erleischungshaus am Vahndorf, wohin spätestens um 8 Uhr abends die Rückkehr erfolgt. Die Eltern werden ersucht, die Kinder ausreichend mit Mundvorrat und Getränken zu versehen, da Gastwirtschaften nicht besucht werden. Das Spiellomitee (Vorsitzender: Frau M. Korn, Humboldtstr. 14) ersucht um sechs zahlreiche Beteiligung.

Gröf-Lichterfelde.

Erhängt hat sich in der Wohnung ihrer Herrschaft das beim Bureau-Direktor Niemeyer, Ferdinandstr. 23, in Stellung gewesene 19-jährige Dienstmädchen. Ueber die Gründe, die es in den Tod getrieben haben, kursieren die verschiedensten Gerüchte. Angeblich war — nach den bürgerlichen Zeitungen — eine Freundin der Lebensmüden, die mit deren Bruder verlobt gewesen, von einem Automobil überfahren und tödlich verletzt worden. Dieser Unglücksfall soll die freiwillig aus dem Leben geschiedene in eine solche Gemütsverregung veretzt haben, daß sie infolgedessen Hand an sich legte.

Mariendorf.

Kinder-Ferienspiele sollen auch in diesem Jahre wieder unter Aufsicht und Leitung von Mitgliedern der Freien Turnerschaft Tempelhof-Mariendorf veranstaltet werden. Hierzu haben sich auch eine Anzahl Frauen als Helferinnen zur Verfügung gestellt. Als Beginn der Spiele ist der kommende Sonntag, 7. Juli, festgelegt. Treffpunkte sind Chaussee, Ede Dorfstraße und Chaussee.

Ede Kurfürststraße um 9 Uhr vormittags. Der Abmarsch findet pünktlich um 1/2 10 Uhr nach dem Gemeindefestplatz, Ringstraße, statt. Dort wird auch noch mitgeteilt, an welchen Tagen in der Woche Spiele abgehalten werden.

Die Eltern werden gebeten, für recht zahlreichen Besuch zu sorgen und die Kinder mit Mundvorrat zu versehen. Beendigung der Spiele 12 Uhr.

Neukölln.

Zu dem Spielfest am Sonntag treffen sich die Teilnehmer mittags 1 Uhr auf den Bezirksfesteplätzen. Der Abmarsch erfolgt Punkt 2 Uhr von der Redarstraße aus.

Adlershof.

Das diesjährige Gewerkschaftsfest findet Sonntag, den 7. Juli, in Westfens Lustgarten unter Mitwirkung des Arbeiter-Gewerksvereins „Proffinn“ und des Arbeiter-Turnvereins statt.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Am Donnerstag fand die letzte Sitzung vor den Ferien statt. Zunächst handelte es sich um das Ortsstatut über die Zusammenlegung der Verwaltungsdeputationen vom 11. Januar 1908. Der Magistrat empfahl eine Vermehrung der Mitglieder der Deputationen. Vorgelegt wurde, die Zahl der Magistratsmitglieder und Stadtverordneten wie bisher bestehen zu lassen, mit den Änderungen, daß sowohl die Straßenreinigungsdeputation, wie auch die Straßenbau-Deputation durch 7 statt bisher 5 Stadtverordnete besetzt wird. Im übrigen sollten die Deputationen durch 1 resp. 2 stimmfähige Bürger, sogenannte Bürgerdeputierte, verstärkt werden. Die Ansichten über die Magistratsvorschlüge gingen sehr auseinander. Mehrere Redner sprachen sich für die Heranziehung möglichst vieler Bürgerdeputierter aus, die mit ihrem sachverständigen Rat sehr im Interesse der Stadt bei allen Verwaltungsangelegenheiten mitwirken könnten. Die Stadtverordneten seien allein nicht in der Lage, die Arbeit bewältigen zu können, und nur zu häufig komme es vor, daß die Sitzungen schwach besucht seien. Demgegenüber wurde betont, daß die Bürgerdeputierten an der jetzigen Mierte nichts ändern könnten, im Gegenteil würden sich die Stadtverordneten denn noch mehr auf jene verlassen. Genosse Piesch wies bei dieser Gelegenheit von neuem darauf hin, daß der Mißstand darauf beruhe, daß einzelne Stadtverordnete bis zu neun Deputationshöfen einziehen; es sei einem einzelnen unmöglich, diese Arbeitslast auf sich zu nehmen. Eine Besserung könne nur durch die schon geplante Vermehrung der Stadtverordneten erzielt werden und durch die gerechtere Verteilung der Deputationshöfe, von denen z. B. die sozialdemokratische Fraktion nur einen verhältnismäßig geringen Anteil einnehme. Die Vorlage wurde hierauf an den Magistrat zurückverwiesen. — Es wurde dann das Einverständnis der Stadtverordneten mit folgendem Beschlusse der Finanzdeputation gefordert: In der Kämmereikasse bleiben nach Abzug von 50 000 M. für den bewilligten Automobilschlag noch 236 151,59 M. verfügbar. Davon sollen angeführt werden: dem Etat 1913 125 000 M., dem Straßenregulierungsfonds 20 000 M., dem Schulhausbaufonds 40 000 M. und dem Feuer- und Gasausgleichsfonds 51 151,59 M. Vorgelegt werden sollen ein Heftbetrag in der Gasfasse mit 22 707,86 M., ein Heftbetrag in der Kanalisationsfasse mit 10 797,86 M. und ein Heftbetrag in der Elektrizitätsfasse mit 2367,28 M. Der Ueberfluß der Wasserwerkfasse mit 1047,95 M. soll dem Reiserfonds zugeführt werden, ebenso der Ueberfluß der Straßenbahnfasse mit 8 764,65 M. In der Debatte wurde allgemein Klage darüber geführt, daß die Abschlässe der Werkstätten sehr unklar sind, jedoch nur der Einzelne sich darin zurechtfinden könne. So wird z. B. in der Vorlage gesagt, die Einnahmen und Ausgaben der Konsumdammbahn gehen auf. Die Freunde über die Rentabilität dieser Bahn wird aber, wie Stadtverordneter Dr. Baumert betonte, beträchtlich gelindert durch die Tatsache, daß in den Ausgaben der Spandauer Straßenbahn ein Posten gebucht steht: Voranschlag für die Konsumdammbahn 72 000 Mark. Stadtv. Graesschel nannte diese Art der Rechnungslegung eine Bilanzverschleierung. Nicht viel anders liegt es bei den Gaswerken. Hier wird Genosse Piesch darauf hin, daß in der Presse die finanzielle Lage der Spandauer Gaswerke als eine prekäre hingestellt worden sei. Das sei aber gar nicht der Fall. Die Gaswerke haben 1911 einen Ueberfluß von 144 000 M. und 1910 einen solchen von 198 000 M. gebracht. 1909 habe sich allerdings ein Heftbetrag von 72 000 M. herausgestellt, der aber dadurch entstanden sei, daß wegen der zurzeit billigen Preise ein großer Kohlenvorrat angekauft worden sei, was sich in diesem Jahre dadurch bemerkbar mache, daß 1911 80 000 M. weniger für Kohlen ausgegeben worden seien. Auch die Anschaffung der Tausende von Gasmessern und Handlabern werde in der Abrechnung gar nicht berücksichtigt, daß sei doch aber ein Inventarwert, der auch in der Einnahme gebucht werden müsse. Die angeblich schlechte Lage der Gasanstalt habe nun dazu geführt, eine Prüfung durch Sachverständige vornehmen zu lassen. Dabei soll der Direktor der Gasanstalt Mariendorf die Schuld auf die hohen Arbeitslöhne zurückgeführt haben. Dies müsse energig zurückgewiesen werden, denn die Löhne seien nur ganz unmerklich gestiegen. Die Gasanstalt werde immer noch einen ganz guten Ueberfluß ab, sie werde aber leider

als die meißende Kuh für die Kämmereikasse betrachtet. Oberbürgermeister Roslyge versuchte, diesen Ausführungen entgegenzutreten und wies auf die Abnahme des Gasverbrauchs hin; im vorigen Jahre habe die Gasannahme 54 000 M. weniger betragen, als in den Etat eingestellt worden waren. Den Geldwert auf dem Papier will er nicht gelten lassen, nur bar Geld laßt bei ihm. Die nachfolgenden Redner, die Stadtv. Dr. Baumert und Prager, schlossen sich aber den Ausführungen des Genossen Piesch an; es sei notwendig, daß jedes Jahr der Bestand aufgenommen werde, damit man ein klares Bild gewinne. Wo der Schaden zu suchen ist, verriet der Stadtv. Roslyge, welcher anführte, daß ein Gasverlust von 18,14 Proz. zu verzeichnen ist, während andere Gasanstalten nur mit einem Gasverlust von 4—6 Proz. rechnen. Stadtrat Paul konnte diese Worte nicht entkräften, er mußte zugeben, daß eine ganze Anzahl undichter Stellen im Rohrnetz vorhanden sind; es sollen dies aber nur alte Röhren sein, die der Reparatur bedürftig sind. Stadtv. Dender wies aber darauf hin, daß gerade bei den neuen Röhren die größte Undichtigkeit konstatiert sein soll; das beste wäre die Erneuerung des ganzen Rohrnetzes, das dafür ausgetragene Geld würde durch die Gasersparnis wieder eingebracht werden. Stadtverordneter Dr. Kantorowicz schlug dann noch vor, die Gaspreise zu ermäßigen, damit auch ärmeren Familien Gelegenheit zum Gasverbrauch gegeben werde und die Lage der Gasanstalt sich dadurch bessere. Hierauf erklärte sich die Versammlung mit dem Beschlusse der Finanzdeputation einverstanden. — Für den Neubau eines Arbeiterwohnhauses auf dem Gasanstaltsgrundstück am Konsumdamm wurden dann 35 000 M. bewilligt, nicht ohne vorher noch den Widerspruch des Stadtv. Dr. Baumert herausgefordert zu haben, der hierin eine Gefährdung der Hausbesitzerinteressen zu erblicken scheint. — Eine Reihe kleinerer Vorlagen gelangte ebenfalls ohne wesentliche Debatte zur Annahme.

Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Die angelegten Festspiele am vorigen Sonntag mußten des schlechten Wetters wegen ausfallen und finden deshalb morgen Sonntag Punkt 1/2 9 Uhr statt.

Tempelhof-Mariendorf. Sonntag, den 7. Juli: Spielausflug nach Johannisthal. Treffpunkt für Mariendorf 1/2 9 Uhr Kanalbrücke, für Tempelhof 1/2 9 Uhr Ringbahnhof. Abfahrt 2 10. Fahrgeld 20 Pf.

Marktbericht von Berlin am 4. Juli 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Getreide, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00. Spriebohnen, weiße, 30,00—32,00. Linen 40,00—42,00. Kartoffeln (Kleinh.) 9,00—15,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,70. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 8,20—4,80. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,20. Kalle 1,00—3,20. Banber 1,60—3,60. Gedülte 1,20—2,80. Parfä 0,80—2,40. Schlete 1,40—3,20. Weiz 0,80—1,00. 60 Stück Ackerse 2,50—4,00.

Witterungsübericht vom 5. Juli 1912.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad C
Spandau	768,5	1 wolkig	17	Saparanda	754,9	5 wolkig	15				
Hamburg	769,5	2 Dunst	15	Berlin	763,5	1 heiter	13				
Berlin	768,0	2 halb bb.	15	Schiff	766,0	2 heftig	14				
Frankfurt	768,0	2 heftig	18	Köpenick	771,5	1 wolkig	12				
München	768,0	3 heiter	14	Potsd.	766,0	2 halb bb.	15				
Wien	766,0	4 heftig	19								

Wetterprognose für Spandau, den 6. Juli 1912. Trocken und vorwiegend heiter, etwas wärmer, bei mäßigen nachdrücklichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 4. 7.		am 5. 7.		Wasserstand	am 4. 7.		am 5. 7.	
	cm	ft	cm	ft		cm	ft	cm	ft
Remel, Mühl	120	-1	120	-1	Saale, Großh.	66	+4		
Bregel, Urtichburg	-49	0	-49	0	Saale, Spandau	38	-5		
Wischel, Thorn	-46	-2	-46	-2	Wittenberg	20	+1		
Dber, Rathbor	-	-	-	-	Spree, Spremberg	86	0		
Proffen	110	-0	110	-0	Preßkom	74	0		
Frankfurt	128	-3	128	-3	Berlin, Köpenick	121	+7		
Märkte, Schinim	-2	-4	-2	-4	München	501	-1		
Wandberg	-5	-3	-5	-3	Wien, Maximiliansau	530	-2		
Rehe, Bordanm	6	+6	6	+6	Rand	283	+4		
Gibel, Zellmerich	4	+1	4	+1	Söln	269	-1		
Dresden	-110	-5	-110	-5	Redar, Heilbronn	44	+1		
Ward	185	-25	185	-25	Wald, Danau	120	-5		
Magdeburg	151	-17	151	-17	Wesel, Xrier	87	+10		

) + bedeutet Sturz, - Fall, - Unterpegel.

Erdrückende Beweise gegen unsere Feinde

Um unsere Behauptungen, die H. K. G. sei die billigste Bezugsquelle für Herren- und Knaben-Bekleidung und biete dem Publikum bedeutende Ersparnisse, jederzeit beweisen zu können, haben wir bei mehreren Konkurrenten Einkäufe machen lassen und festgestellt, dass diese Artikel bei regulären Verkaufspreisen erheblich, und zwar

bis zu 25 % teurer sind wie bei uns.

Eine Firma, die bestimmte Artikel zu „enorm billigen“ Preisen anbot, ist trotz der „enorm billigen“ Preise mit einem Artikel noch 20 % teurer wie wir.

Die Beurteilung dieses Tatbestandes, welcher jedes Misstrauen und jeden Zweifel gegen unser Verkaufssystem beseitigt, überlassen wir dem geehrten Publikum!



Herrn-Kleider-Vertriebs-Ges.
Nur: Neue Schönhauser Strasse 1 *

Ecke Weinmeister- und Münzstrasse.



Selbstkostenpreis + 10 %

Deutschlands größtes Special-Geschäft für Herren-, Jünglings-, Knaben-, Sport- und Berufsbekleidung jeder Art mit dem Verkaufs-System Selbstkostenpreis + 10 %

Selbstkostenpreis + 10 %

Gerichts-Zeitung.

Unterschlagungen im Polizeifundbureau.

Schwere Verfehlungen eines Polizeisekretärs lagen einer Anklage wegen Unterschlagung und Fälschung öffentlicher Urkunden zugrunde, welche gestern das Schwurgericht des Landgerichts III beschäftigte.

Aus der Untersuchungshaft wurde der Polizeisekretär Otto Dieb vorgeführt, mitangeklagt wegen Beihilfe war die frühere Wirtschaftlerin des D. Antonie Schwarz, mit der er während des schwebenden Strafverfahrens die Ehe eingegangen war. Der Vorsitz im Gerichtshofe führte Landgerichtsdirektor Hesse, als Verteidiger fungierten die Rechtsanwälte Dr. Frech und Dr. Krieger. Der Angeklagte Dieb, welcher Jura studiert hat, trat im Jahre 1892 bei dem Berliner Polizeipräsidium als Zivilanwärter ein. Er wurde dann im Jahre 1895 als Polizeisekretär an das Polizeipräsidium Charlottenburg berufen. Hier wurde er der Abteilung 5 zugewiesen, welche unter anderem auch die Fundstücke zu bearbeiten hatte. Wie sich später herausstellte, hat D. stets ein sehr lockeres Leben geführt und viel Geld für „Weiß und Wein“ verbraucht. Von der Mitangeklagten, mit der er jahrelang in wilder Ehe gelebt hat, stammen 5 uneheliche Kinder, denen er erst jetzt, nachdem das Strafverfahren anhängig war, durch Heirat der Mutter seinen Namen gegeben hat. Als D. vor einiger Zeit durch einen anderen Beamten vertreten wurde, stellte es sich heraus, daß er jahrelang sich an den seiner Obhut anvertrauten Fundstücken bereichert hatte. Um die Unterschlagungen selbst zu verdecken, soll er, wie die Anklage behauptet, in die amtlichen Register falsche Eintragungen gemacht und ferner mehrere Quittungen mit den Namen von fungierenden Personen gefälscht haben, die angeblich die Fundstücke abgeholt hatten. Neben den als gefunden abgegebenen Wertgegenständen soll D. auch Schmucksachen und Pelzwerk sich angeeignet und teils selbst veräußert, teils durch seine jetzige Ehefrau haben veräußern lassen. Der auf diese Weise entstandene Schaden wird auf circa 4500 M. beziffert.

In dem Vorverfahren hatte der Angeklagte die Straftaten selbst zugab und erklärte, daß er in der drückendsten Not dazu gekommen sei. Er habe sich seinerzeit in Wucherhänden befunden und habe schließlich nicht mehr aus noch ein gewußt. — Im Laufe des Ermittlungsverfahrens stellten sich erhebliche Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten ein. Er wurde deshalb zur Beobachtung seines Geisteszustandes der Irrenanstalt Buch überwiesen, in der er sich noch bis vor kurzem befunden.

Die Geschworenen kamen, da die Sachverhältnisse das Vorliegen des § 51 verneint hatten, zu einer Verurteilung der Schuldfragen im Sinne der Anklage. Weiden Angeklagten wurden mildernde Umstände zugestanden. Der Staatsanwalt beantragte gegen D. 3 Jahre Gefängnis und gegen die Ehefrau D. 6 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete gegen Dieb auf 2 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, unter Anrechnung von 6 Monaten der erteilten Untersuchungshaft, und gegen die Ehefrau D. auf 4 Monate Gefängnis. Der Angeklagte erklärte, sich bei dem Urteil beugen zu wollen.

Untreue eines Gelbbriefträgers.

Ein ungetreuer Gelbbriefträger hatte sich vor dem Schwurgericht des Landgerichts II unter der Anschuldigung des Amtsverbrechens und der fortgesetzten Unterschlagung zu verantworten. Angeklagt war der Postbote Frh Schulz.

Der Angeklagte war als Briefträger zur Bestellung von Filialpostanweisungen bei dem Postamt 30 in der Neuen Winterfeldtstraße in Schöneberg angestellt gewesen. Da er jung verheiratet war und von seinen Gläubigern aus der Jungesellenzeit her, denen er bei seinem Einkommen von 90 M. nicht gerecht werden konnte, hart bedrängt wurde, erlag er eines Tages der Versuchung, sich rechtswidrig amtliche Gelder anzueignen. Anstatt die ihm übergebenen Postanweisungen zu bestellen, begab er sich in eine Schankwirtschaft, wo er auf der Rückseite der Anweisung den Quittungsvermerk des Empfängers fälschte und dann die Beträge in seine eigene Tasche steckte. Diese Fälschungen wiederholte er an mehreren Tagen und legte sich so in den Besitz von etwa 750 M.

Vor Gericht war der Angeklagte in vollem Umfang geständig. Rechtsanwalt Dr. Herbert Fuchs hat die Geschworenen, dem Angeklagten die mildernden Umstände nicht zu verlagern, weil dieser offensichtlich kein verbrecherisch veranlagter Mensch sei, sondern gedrängt von seinen Schulden einer augenblicklichen Verzerrung zum Opfer gefallen sei. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage unter Jubilation mildernder Umstände. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat der Untersuchungshaft. Der Angeklagte wurde aus der Haft entlassen.

Haftung der Drogisten.

Für eine weitgehende Haftung der Drogisten aus Versehen hat sich am Donnerstag das Reichsgericht entschieden. Der Kaufmann H. betreibt in Hattingsen ein großes Kolonialwarengeschäft, verbunden mit dem Handel mit Drogen und Chemikalien zu Arzneizwecken. Er unterhält in verschiedenen Städten 80 Filialgeschäfte, die ihre Waren von der Zentrale in Hattingsen zugeführt erhalten. In dem Filialgeschäft in Hamm kaufte die Ehefrau G. am 24. Mai 1910 für 10 Pf. Karlsbader Salz. Ihre 20jährige Tochter nahm am folgenden Tage einen halben Teelöffel davon mit Wasser ein; sie erkrankte aber alsbald, weil das Pulver nicht Karlsbader Salz, sondern Potassche war. Infolge der schweren Verbrennung der Speiseröhre und des Magens ist sie dauerndem Sickerium verfallen. Im Prozeßwege verlangt nun Fräulein G. von dem Geschäftsinhaber H. Schadenersatz durch Erstattung der Heilungskosten, Zahlung eines Schmerzensgeldes und einer Rente. Es ist gerichtlich festgestellt worden, daß der Beklagte im Dezember 1909 von der Firma D. in Düsseldorf 50 Kilo grobkörniges Karlsbader Salz bestellt hat und daß darauf ein Faß mit 70 Kilo einging, dessen Inhalt als feingemahlenes Karlsbader Salz bezeichnet war, das aber in Wirklichkeit Potassche enthielt. Das Pulver ist von einem in der Zentrale angestellten 18jährigen Lageristen P. als Karlsbader Salz ausgegeben und ein halbes Kilo davon im Januar 1910 an die Hammer Filiale gesandt worden. Die Klage ist darauf gegründet, daß den Beklagten deshalb ein Verschulden treffe, weil er dem unerfahrenen jungen Mann das verantwortliche Auszeichnen der Ware überlassen hat.

Das Landgericht Essen hat die Klage abgewiesen. Dagegen ist vom Oberlandesgericht Hamm der Klagenantrag dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt worden. Begründend führt hierzu das Oberlandesgericht aus: Mit der unstreitigen Tatsache, daß der Frau G. in dem Filialgeschäft des Beklagten in Hamm anstatt Karlsbader Salz eine derartig gefährliche Substanz gegeben worden ist, steht objektiv fest, daß es in dem Geschäft des Beklagten an der nötigen Aufsicht gefehlt haben muß. Der Lagerist P. war ein unerfahrener 18jähriger Mensch, der Karlsbader Salz von Potassche nicht unterscheiden konnte. Der Beklagte durfte deshalb diesen die Auszeichnung der Ware nicht überlassen. Es wäre seine Pflicht gewesen, einen zuverlässigen Mann anzustellen, der die Chemikalien genau unterscheiden konnte. Nun hat der Beklagte allerdings behauptet, er habe die Aufsicht nicht dem P., sondern dem zuverlässigen 40jährigen K. aufgetragen gehabt. Aber der Beklagte kann sich damit von seiner Pflicht nicht befreien. Der Unfall stellt sich dar als die Folge der unzureichenden Betriebseinrichtungen des Beklagten. Dieser hätte Anordnungen treffen müssen, wodurch verhindert wurde, daß der 18jährige P., wie tatsächlich geschehen ist, die ankommenden Chemikalien auszeichnete. In der Unterlassung solcher Anordnungen liegt ein dem Beklagten nach § 223 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Last fallendes Verschulden.

Der Beklagte versuchte es ohne Erfolg mit dem Rechtsmittel der Revision: das Reichsgericht bestätigte das Urteil des Oberlandesgerichts.

Die gleiche Haftung trifft natürlich auch die Apotheker.

Verfehltes Strafverfahren gegen den Verwalter eines sozialdemokratischen Kaffees.

Der sozialdemokratische Verein Schweinitz (Regierungsbezirk Merseburg) besitzt ein Kaffeehaus, für das eine Schankerlaubnis nicht besteht. Der Kaffeehausverwalter Zeidler wohnt etwa 80 Meter entfernt, wo er einen Handel mit Flaschenbier betreibt. Eines Tages hatte nun der Arbeiter-Kadaververein „Vorwärts“ in dem Kaffeehaus ein Vergnügen. Die Teilnehmer kauften sich im Geschäft Zeidlers Flaschenbier und nahmen es mit in das Kaffeehaus, um es dort zu trinken. Auch wurde einmal ein ganzer Kasten mit Bier geholt. Auf Grund dieser Vorgänge wurde Zeidler wegen unbefugter Ausübung des Schankgewerbes und wegen Vergehens gegen das Gewerbeverordnungs-Gesetz angeklagt.

Das Landgericht in Halle a. S. sprach ihn frei, weil Zeidler in seinem Hause das Bier verkauft habe, wozu er berechtigt gewesen sei, und weil andererseits in diesem Verfahren keine Ausübung des Schankgewerbes im Kaffeehaus des sozialdemokratischen Vereins gefunden werden könne.

Die Staatsanwaltschaft legte gegen das Urteil Revision ein und machte geltend, daß J. doch das Schankgewerbe ausgeübt habe, indem er das Bier an die Festteilnehmer verkauft habe, von denen er wußte, daß sie es alsbald in dem nahen Kaffeehaus austrinken würden.

Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht vermochte dieser halbbrecherischen Deduktion nicht zu folgen. Auch das Kammergericht verwarf dieser Tage die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: In Uebereinstimmung mit dem Oberstaatsanwalt habe der Senat die Revision der Staatsanwaltschaft nicht für begründet erachtet können. Voraussetzung für die Annahme der Ausübung der Schankwirtschaft durch den Angeklagten würde sein, daß ein räumlicher Zusammenhang zwischen der Wohnung J. und dem Kaffeehaus bestände. Das sei aber nach dem Urteil des Landgerichts nicht der Fall. Es müsse bei der Freisprechung bleiben.

Schutz vor Schuldeuten.

Die Strafkammer in Dortmund verurteilte nach zehnstündiger Verhandlung den Polizeikommissar Heide ausörde wegen Mißhandlung im Amte zu der milden Strafe von einem Monat Gefängnis und sprach ihn von der Anklage der Freiheitsberaubung frei, da er sich anscheinend der Rechtswidrigkeit seiner Handlungsweise nicht bewußt war. Die Verurteilung erfolgte, weil der Angeklagte einen Arbeiter, der angeblich eine Tat nicht eingesehen wollte, geohrfeigt hatte. Der Staatsanwalt hatte 8 Monate Gefängnis beantragt.

Zuchthaus gegenüber solchem Amtsmißbrauch wäre zulässig und angemessen gewesen.

Etwas aus dem Reich der Mitte.

Das Konsulargericht Tientsin hat am 4. April d. J. den Konzeur Edward Wimmer wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung, Beleidigung, Bedrohung und Verübung groben Unfugs zu einer Gesamtsstrafe von 12 Monaten Gefängnis und 3 Wochen Haft verurteilt.

Der seinerzeit stellungslose Angeklagte hatte am 24. Februar d. J. bereits von vormittags an gezecht und hatte dann abends in einem Hotel in bequehmem Zustande sich allerlei zuschulden kommen lassen. Schließlich sah sich der Wirt, dessen Aufforderung das Lokal zu verlassen fruchtlos geblieben war, gezwungen, die Polizei zu Hilfe zu nehmen. Der darauf hinzugelommene chinesische Polizist war aber dem sich widersprechenden Angeklagten, den man gewaltsam aus dem Lokal entfernte, auf der Strafe auch nicht mehr gewachsen. Erst als noch einige japanische Polizisten zu Hilfe gekommen waren, gelang es, den sich sträubenden Angeklagten auf die Wache zu bringen, wo er gefesselt wurde. Hier nun soll der Angeklagte die Schuldeuten durch Schimpfworte und Anpötte beleidigt, einen sogar geißelt haben. Demgegenüber hatte der Angeklagte in der Hauptverhandlung behauptet, er sei sinnlos betrunken gewesen. Er sei von den Polizisten, soweit er in seinem Zustande noch gemerkt, auf der Wache geflohen, geohrfeigt und mit einem Drahtseil an einen Pfosten gebunden worden. Auch habe einer der Schuldeuten versucht, ihm das Bein aus der Tasche zu nehmen, wogegen er sich vielleicht durch heißen gerechert haben möge. Diese von dem Angeklagten behaupteten Uebergriffe sind als nicht erwiesen angesehen worden.

Gegen dies Urteil hatte sowohl der Konsul, als auch der Angeklagte Berufung eingelegt, die am Donnerstag das Reichsgericht beschäftigte. Dem Konsul war die Strafe zu gering, dem Angeklagten zu hoch. Der Reichsanwalt war der Ansicht, daß das Urteil zu verschiedenen Bedenken Anlaß gebe. Zunächst sei nicht festgestellt, ob der chinesische Polizist überhaupt zur Festnahme berechtigt war und nicht ein deutscher, nach dem der Angeklagte auch verlangt hatte. Weiterhin sei nicht gesagt, ob nach japanischem Recht auch der Widerstand bestraft wird, der einem nur zu Hilfe kommenden Beamten geleistet wird. Ferner seien die Zeugnisaussagen nicht genügend gewürdigt; denn ein Zeuge habe bestimmt bezeugt, gesehen zu haben, daß der Angeklagte Ohrfeigen erhalten hat, während sich die anderen Polizisten „drumrum“ brüden, indem sie sagen, sie haben nichts gesehen. Aus diesen Gründen beantragte der Reichsanwalt, der Berufung des Angeklagten stattzugeben, also das Urteil aufzuheben und den Angeklagten milder zu bestrafen. Die Berufung des Konsuls aber als unbegründet zu verwerfen. — Das Reichsgericht wird seine Entscheidung am Montag, den 8. d. M., verkünden.

Aus aller Welt.

Auswandererschiffsal.

Ueber die krawigen Erlebnisse mehrerer deutscher Landarbeiterfamilien in der südamerikanischen Republik Uruguay lesen wir in der deutschen „La Plata-Zeitung“ folgende Schilderung:

Auf Veranlassung des Industrieministers Dr. Acevedo wurden von der Regierung von Uruguay sechs Landarbeiterfamilien in Schleswig-Holstein engagiert. Bekanntlich hat Uruguay sehr wenig Ackerbau und fast gar keine Einwanderung und es war die Anstellung dieser Familien auf einem staatlichen Mustergut eines der vielen Projekte der Regierung zum Aufschwung des Landes. Die Familien trafen im Februar dieses Jahres ein und obwohl schon vor fünf Monaten der Auftrag zu dem Experiment erteilt war und mehrfach die Regierung auf die bevorstehende Ankunft der Leute erinnert war, hatte man weder Wohnung noch Arbeitsgelegenheit für die zukünftigen Kolonisten vorbereitet. Sie wurden zunächst in dem sehr primitiven „Hotel de Inmigrantes“ untergebracht, wofür sie unter Ungezieser und mehr noch unter dem Mangel an Beschäftigung zu leiden hatten. Erst jetzt wurde beschloffen, die Familien nach der agronomischen Station in Bahjandu zu schicken und telegraphisch wurde derselben Auftrag erteilt, provisorische Wohnungen einzurichten. Eine Familie zog es vor, in Montevideo auf die weitere Tätigkeit bei der Regierung zu verzichten. Die übrigen fünf fanden in Bahjandu einen Kamp von 1300 Hektar vor, mit einem Zelt für die Heune und einem Schuppen aus Wellblech durch vier Bände von demselben Material in fünf Räume geteilt, ohne Fenster und Fußböden. Die besagten Kolonisten mit ihren zahlreichen Kindern richteten sich auch hier wieder so gut es ging, geduldig ein in der Hoffnung, daß der schon seit Monaten beschlossene Bau von Wohnungen sich rasch vollziehen werde.

Mit Behmut dachten sie an ihre behaglichen Häuschen in der Heimat, wenn die Hitze auf dem Viehdach auf Blutttemperatur stieg und dann wieder bei dem Pampero eisige Kälte eintrat, oder bei Regen der Fußboden sich überhitzte. Nicht nur Frauen und Kinder, auch Männer erkrankten. Die Kinder verwilderten ohne Schule und ordentliche Hauslichkeit zusehends. Wohl wurde der versprochene Lohn ausbezahlt, aber Lebensmittel und die nötigen Gebrauchsgüter kosteten das Doppelte und Dreifache wie in Deutschland. Selbst Gemüse zu bauen und sich Vieh zu halten war infolge der Unordnung und Unfähigkeit der staatlichen Verwaltung des Mustergrundes nicht möglich. Eine Familie mit drei erwachsenen Töchtern fand ihre Unterkunft in einem einzigen Raum durch Blechwände von anderen Familien getrennt, so daß nicht nur jedes Wort durchdrang, auch unbefugte Blicke sich durch Ritzen und Spalten schleichen konnten. Und als für die Mädchen sich doch keine passende Arbeit bot, und sie namentlich vor den Nachstellungen der Männer nicht sicher waren, eine sogar von dem Raschisten unter dem Vorwande eine gute Stellung zu finden, nach einem Hotel in der nahen Stadt gelockt wurde, wußten sich die Eltern keinen andern Rat, als ihre Töchter, deren Ueberfahrtskosten die uruguayische Regierung gezahlt hatte, als Dienstmädchen zu guten deutschen Familien in Argentinien zu vermieten. Und das Giend der menschenunwürdigen Unterbringung änderte sich nicht.

Bei solchen unerhörten Zuständen sollten es die Arbeiter sich reichlich überlegen, ehe sie den Lockungen gewissenloser Auswanderungsagenten Folge leisten.

Todessturz zweier englischer Militärflieger.

Auf dem Flugplatz von Stonehenge sind am Freitag morgen die Militärflieger Hauptmann Lorraine und Major Wilson bei Flugversuchen aus beträchtlicher Höhe abgestürzt. Die Verletzungen der Verunglückten waren so schwer, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Zirkus Schumann und die Presse.

Unser Frankfurter Parteiblatt, die „Volkstimme“ brachte vor kurzer Zeit eine abspredhende Kritik über das Ausstattungsgeld des in Frankfurt a. M. gastierenden Zirkus Albert Schumann. Die Direktion, die Pressevertreter mit Freibeitlichmorrera verwechselte, entzog aus Kerger über die kritische Würdigung ihrer künstlerischen Leistungen der Redaktion unseres Parteiblattes die Plakate für den Zirkus. Mehrere Frankfurter Zeitungen schickten aus Anlaß dieser Veräufung auch ihre Karten zurück. Am Donnerstag nahm nun der Frankfurter Journalisten- und Schriftstellerverein Stellung zu dem eigenartigen Vorgehen der Direktion. Die einmütige Auffassung ging dahin, daß es sich um eine, die ganze Presse angehende Angelegenheit handele, die eine entschiedene Stellungnahme erfordere. Es wurde eine Resolution gefaßt, in welcher betont wird: da der Zirkus Schumann bisher eine Rechtfertigung seines Vorgehens unterlassen hat, erachtet es der Verein für geboten, daß die Presse auch weiterhin von einer Berichterstattung über den Zirkus Schumann Abstand nimmt, und beschließt zugleich, den Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Presse über die Angelegenheit zu unterrichten und ihn zu ersuchen, eine allgemeine Stellungnahme des Verbandes herbeizuführen.

Zur Eisenbahnkatastrophe im Staate New York.

Ueber die Ursachen des Zusammenstoßes der beiden Eisenbahzüge bei Corning wird gemeldet: Die Lokomotive des Personenzuges hatte auf offener Strecke einen Defekt erlitten. Der Zug war zum Stehen gebracht worden und das Personal des Zuges machte sich an die Arbeit, um den Schaden zu reparieren. Inzwischen war aber auf dieser Strecke das Herannahen eines Schnellzuges signalisiert worden. Man entfannte daher, da sehr kurzer Nebel herrschte, zwei Mann mit Laternen, dem Sitzuge entgegen, um diesen ebenfalls zum Halten zu veranlassen. Die Unfallstelle liegt in einer Kurve, die der Schienenstrang nach einer Strecke von 10 Meilen macht. Gewöhnlich fahren die Züge auf dieser Strecke mit einer großen Geschwindigkeit und verlangsamen ihr Tempo in der Kurve nicht; so fuhr auch dieser Schnellzug mit einer Geschwindigkeit von 50 englischen Meilen in der Stunde. Infolge des dichten Nebels bemerkte nun der Lokomotivführer des Schnellzuges die beiden Beamten des Personenzuges, die mit ihren Laternen Signale gaben, nicht, so daß der Zug auf den stehenden Personenzug aufstieß.

Der Pfarrer als Prophet.

Eine politische Grabrede leistete sich der Pfarrer und Schulinspektor Scheuer in Holzlirchen (Oberbayern) bei der Beerdigung eines sozialdemokratischen Arbeiters. Die ganze Rede richtete sich gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Pfarrer Scheuer verglich diese mit dem Untergang der „Titanic“ und meinte:

Wie die „Titanic“ von ihrer Höhe in den Abgrund des Meeres, so wird auch die Arbeiterbewegung in den Abgrund verschwinden.

O sancta simplicitas!

Kleine Notizen.

Schwerer Automobilunfall. In der letzten Nacht ereignete sich auf einer Chaussee in der Nähe von Darmstadt ein schwerer Automobilunfall. Das Automobil des Dr. Fiedler aus Wangstadt stieß bei der Heimfahrt in der Nähe der Haltestelle Ludwigs Höhe mit einem Fuhrwerk zusammen. Infolge des Zusammenstoßes wurden die beiden Insassen des Automobils Dr. Fiedler und Frau schwer verletzt. Dr. Fiedler farb auf dem Transport ins Krankenhaus; das Automobil wurde zerschmettert.

Eisenbahnunglück in Ungarn. Auf der Station Darda stießen infolge falscher Weichenstellung ein Personenzug mit einem Expresszug zusammen. 3 Reisende und 4 Bahnbedienstete wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten will ich hierdurch mein in der

Oranienstraße 103

gelegenes Lokal in empfehlende Erinnerung bringen. Kräftigen

60 Pf. Mittagstisch 60 Pf.

Abendstisch à la carte zu billigen Preisen.

Saal und Vereinszimmer, bis 150 Personen fassend, sind zu vergeben.

Mittig Klara Augustin.

Schuhwarenhaus „Kothuser Damm“ 12a eine Treppe

gibt Lesern dieser Zeitung 5 Proz. in bar!

Bieten reichhaltige Auswahl reeller Schuhwaren zu festen aber auffallend billigen Preisen.

Herrenstiefel von 675, Damenstiefel von 575 an

Großes Lager in Sandalen und Turnschuhen.

Eingegangene Druckschriften.

Leubners Einzelkarten zur Wirtschaftsgeographie Deutschlands. Nr. 1. Binnenschiffahrtsverkehr. Von R. v. d. Wa. Mit Text- und Zeichnungen. Braunkohle, Eisenerz und Eisenindustrie. Leipzig. 24 Text- und Zeichnungen. Jede Karte mit Text 4,00 M. R. v. Leubner, Leipzig.
Die Wustl. Heft 19. Erscheint monatlich zweimal. Quartal 4 M. Schuler u. Koefler, Berlin W. 57.

Der Geburtenrückgang in Deutschland. Von D. Kresse. 75 Pf. John Schöner, Berlin O. 27.
Die idealistische Lebensarbeit. Von Lord Halban. Herausgegeben von Dr. H. Denel. 250 M. G. Kühnmann, Dresden.
Handbuch für Meer und Flotte. Herausgegeben von G. v. Miller. Lieferung 45-47. Lieferung 2 M. Bong u. Co., Berlin W. 57.
Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung. Herausgegeben von Dr. G. Braun. 1. Bd., 6. Heft 3,50 M. J. Springer, Berlin T. 9.



14 Billige Verkaufstage

Von Sonnabend, den 6. Juli bis Sonntag, den 21. Juli

Billige Preise für gute moderne Waren ist das beste Mittel die Saisonbestände zu räumen. So stelle ich auch diesmal eine ganze Reihe einzelner

Anzüge, Ulster, Beinkleider, Leichter Sommer-Kleidung, Knaben-Anzüge usw. usw.

für zum Teil noch unter **der Hälfte des bisher. Preises**

zum Verkauf

Man beachte die Saisonverkaufspreise in meinen 12 Schaufenstern

Gottlieb Weiß

Schöneberg, Hauptstraße 161 Ecke Stubenrauch-Gasse

Zöpfe. Wirklich reelle Ware. Größte Auswahl zu den allerbilligsten Preisen. Otto F. Kafka, Neukölln, Erksstr. 3. Zöpfe- und Perückenfabrik.

Möbel kaufen Sie gegen bar am billigsten nur bei Kluge, Wilmersdorferstr. 19.

Ansichtskarten vom Harz, Riesengebirge, Sächsische Schweiz, Berlin, Dresden usw. Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 69 (Laden).

H. Pfau, Bandagist Berlin Direksenstraße 20 C. zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Goltzplatz. — Amt Kat. 3208. Für Damen Frauen-Bedienung. Lieferant für alle Brautpaare. Abonnement erhält 10% Rabatt.

Für die Reise Sonntags-Verkauf nur von 8-10 Uhr

Anzüge in 24 Größen fertig am Lager. 24⁵⁰ 27⁵⁰ 29⁵⁰ 32-36-38⁵⁰ 40⁵⁰ 46-60-M.

Moderne Ulster in 24 Größen am Lager. 25⁵⁰ 27⁵⁰ 30-38⁵⁰ 42-45-48-52-56-60-M.

Beinkleider 5-7-9-12-14-16-18-20-M.

Pelerinen von 3⁵⁰ an
Bozener Mäntel 19⁵⁰ 21⁵⁰
Gummi-Mäntel von 23 an
Touristen-Anzüge von 22 an

Lüster-Kleidung
Leinen-Kleidung
Wash-Kleidung

M. Schulmeister BERLIN SO. 26 Dresdener Straße 4 Kottbusser Tor.

Gustav Blumenfeld & Co. Berliner Str. 47/48 Neukölln gegenüber Rathaus.

Nach beendeter Inventur **Großer Ausverkauf** von Restbeständen der Saison.

Große Posten Blusenstoffe moderne Streifen 1⁵⁰, 1¹⁰, 75 Pf. Meter
Große Posten Kleiderstoffe nur moderne Farben, 1⁹⁵, 1⁴⁵, 95 Pf. Meter
Große Posten Seidenstoffe früher bis 6⁵⁰, jetzt 1⁹⁵, 1⁴⁵, 95 Pf. Meter

Ca. 3000 Mtr. Waschstoffe, nur neue Muster, jetzt Mtr. 33, 28, 18 Pf.
5000 Meter Elsass. Wäschestoffe, jetzt durchw. Mtr. 48, 33, 22 Pf.
Ca. 500 eleg. Unterröcke prima Alpaka herabgesetzt auf 2⁸⁵

Moderne Damen-Reisemäntel u. Paletots bisher 8⁵⁰, 10⁵⁰, 14⁵⁰, 20⁰⁰ jetzt 3⁹⁵, 4⁹⁵, 6⁹⁵, 9⁸⁵

Teppiche, Vorleger, Säuer, Schlaf- u. Steppdecken zum Teil unter Einkauf.

Ca. 6000 Meter **Gardinen** Mtr. 1²⁵, 75, 48, 28 Pf.
Ca. 2000 **Damenhemden u. Beinkleider**, Wert bis 2⁵⁰, zum Aussuchen 1⁶⁵, 1²⁵
Ca. 4000 **Wirtschaftsschürzen, Blusen, Kimono u. Reformschürzen** durchweg 1²⁵, 1¹⁰, 88 Pf.

Für die Reise! Damen-Panama (imit. 2⁹⁵ mit hübscher Seidengarn.
Damen-Kimono-Blusen aus Waschenmusselin zum Aussuchen, Stück 58 Pf.

Neuköllner Rabattmarken. Reichs-Sparrmarken. Eigene Prämien-Rabattmarken.

Brust- und Rostträger.



Ein Korsettafah ohne Stangen und Schließen, feinerer Druck auf den Magen ausübend, vollkommene Atmung zulassend. Besonders wichtig für Mädchen in den Entwicklungs-jahren, weil er Wärme und Licht vor Anstellung bewahrt. Erwachsene verschafft er volle, gute Figur bei ungewöhnlicher Haltung, ohne irgendwie in der Beweglichkeit zu hindern. — Geringer Preis aus bestem Material in grau und weiß, alle Größen, das Stück 4,50.

Ausführliche erklärende Druckschriften über gesunde Kleidung, vernünftige Körperpflege, reine Nahrung frei.

Gesundheit-Zentrale Berlin W., am Potsdamer Platz, Linkstr. 1 hochparl. 10 eigene Geschäfte. Fernspr.: Bismarck 4135, 6328, 1976.

Feine Wurst- u. Fleischwaren Spezialität: Landhäutchen. Kottbusser Oskar Klähn, Damm 3. a. Wd.

Olter Landhäutchen . . . 1,30
H. Kollhäutchen . . . 1,35
Delikatesshäutchen . . . 1,30
Lachshäutchen . . . 1,65
Schinkenped . . . 1,15
Landjager, fett u. mager . . . 0,85
Hohelohm . . . 0,95
Riesenschinken . . . 0,95
Sommerliche Landjagerwurst . . . 0,95
Fleischwurst . . . 0,95
H. Kalbsleberwurst . . . 1,05
Dörfelner Schinkenwurst . . . 1,35
Salami . . . 1,35
H. Leberwurst . . . 1,20
Bei Abnahme von 5 Pfd. Wurstwaren 5 Pf. pro Pfund Preisermäßigung.

Bergstr. 65 am Ringbahnhof **L. Katz & Co.** Hermannstr. 35 Ecke Wanzliestr. Neu eröffnet!

Zur Reise und für den Sommer-Aufenthalt offerieren wir zu **Extra-Preisen:**

Reisetaschen, braun, in Leder . . . 2⁹⁵ 2⁴⁵ 1⁴⁵ 0,95
Reisekoffer, leicht und bequem . . . von 2⁵⁰ bis 12-
Picknickkoffer . . . 48 75 0,95
Picknickkoffer mit Blecheinsatz . . . 1²⁵ 1⁴⁵
Reisetaschen zum Umhängen . . . 0,95 0,48

Rucksäcke imprägniert Leinen, garantiert wasserdicht in großer Auswahl 4⁵⁰ 3⁷⁵ 3⁴⁵ 2⁷⁵ 2⁴⁵ 1⁶⁵ 1⁴⁵ 1²⁵ 0,95 0,65 0,48

Plaid-Riemen . . . 1⁴⁵ bis 0,48
Taschen-Trinkbecher . . . 50 25 10 Pf.

Spazierstöcke in großer Auswahl, elegante Neuheiten . . . 3⁵⁰ bis 0,50
Hängematten . . . 5⁵⁰ bis 2³⁵
Spirituskocher . . . 0,75 0,48 0,25
Armbretter Ia Bezug . . . 0,48
Gießkannen, lackiert . . . 1³⁵ 0,95 0,75 0,48

Für Laubenfeste und Kremserpartien Große Auswahl in Girlanden, Lam-pions, Papiermützen etc. etc. Dtz. 0,75 0,60 0,25
Sicherheits-Rasierapparate . . . 3⁰⁰ 0,95 0,48
Sommerspiele in großer Auswahl
Gummi-Bälle, Fuß-Bälle in allen Größen und Preislagen.

Feldstühle mit Lehne, sehr bequem . . . 0,95
Feldstühle mit Armlehne . . . 2⁶⁵
Feldstühle mit Arm- und Fußlehne, sehr billig . . . 3⁹⁵
Garten- u. Balkonstühle, zusammenklappbar . . . 2⁶⁵
Kindertische, gut gearbeitet . . . 1⁹⁵
Kinderstühle . . . 1⁷⁵ 1²⁵ 0,95
Gartengeräte, Spaten, Schaufeln, Harken . . . 48, 25, 9 Pf.

Ein Waggon **braunes Tongeschirr** steht zu außergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf.

Jeder Käufer erhält gratis einen eleganten Katz-Panama-Hut